Situations- und Ressourcenanalyse

im Rahmen des Bundesprogramms
„Demokratie leben!“ für die Stadt Siegen



Autor*innen: Max Barnewitz & Hannah Jestädt

Mit wissenschaftlicher Begleitung von
Prof. Dr. Thomas Coelen und Prof. Dr. Alexander Wohnig

Impressum

Eine Studie im Auftrag der Stadt Siegen und der Partnerschaft für Demokratie in Siegen

In Kooperation mit der Universität Siegen

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Quelle des Titelbildes: Graffiti in der Siegener Oberstadt. Aufnahme von Max Barnewitz.

Autor*innen
Max Barnewitz
Hannah Jestädt

September 2026

Inhaltsverzeichnis

Vorwort – Prof. Dr. Thomas Coelen & Prof. Dr. Alexander Wohnig 5
1. Einleitung 7
2. Fragestellung und Methoden 8
3. Zur Stadt Siegen 11
3.1 Demokratiefreundliche und -feindliche Ereignisse in Siegen in der Rückschau 11
3.2 Wahlen und politische Einstellungsmuster 12
3.3 Siedlungsstruktur, Demographie und Sozioökonomie 13
3.4 Raumstrukturelle Situation und regionale Faktoren 14
3.5. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Partnerschaft für Demokratie in Siegen 16
4. Situationsanalyse 18
4.1 Kommunal(politisch)e Situation 18
4.1.1 Themen und Konflikte in und um Siegen 19
4.1.2 Verwaltung und Behörden 23
4.2 Situation der Zivilgesellschaft 24
4.2.1 Ehrenamtliches Engagement 24
4.2.2 Vernetzung und Vernetzungsstrukturen 26
4.2.3 Finanzielle Situation und Förderstrukturen 28
4.2.4 Situation marginalisierter Gruppen 30
5. Ressourcen und Möglichkeitsräume 35
5.1 Zivilgesellschaftliche Netzwerke und Initiativen 35
5.2 „Schlüsselpersonen“ 37
5.3 Orte und Räume 38
5.4 Feste und Veranstaltungen 40
5.5 Beteiligungsformate 41
5.5.1 Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche 41
5.5.2 Vereine und Verbände 43
5.5.3 Gremien und Beiräte 43
5.5.4 Bürger*innenbeteiligungsprozesse und der Bürger*innenrat 45
6. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in Siegen 48
6.1 Das Bundesprogramm und seine aktuelle Situation 48
6.2 Formate in und für Siegen 50
6.3 Projektförderung und geförderte Projekte 53
6.4. Ein kurzes Resümee: Zur Bedeutung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ für Siegen 55
7. Zusammenfassung und Ausblick 58
8. Anhang: Glossar und Literaturverzeichnis 62

Dank

Wir danken allen Gesprächspartner*innen für Ihre Einblicke und Impulse, für Ihre Einschätzungen und Ihre Zeit. Sie bilden die Grundlage und das Herzstück dieses Berichtes – und nicht nur dessen.

Vorwort

Prof. Dr. Thomas Coelen und Prof. Dr. Alexander Wohnig

Der vorliegende Text berichtet mit sozialwissenschaftlicher Expertise über die aktuelle Situation und die zukunftsträchtigen Ressourcen der lokalen Demokratiekultur in Siegen. In kürzester Zeit haben die beiden Autor*innen zahlreiche Interviews geführt und Dokumente ausgewertet, sodass eine thematisch gesättigte Analyse der Siegener Zivilgesellschaft zustande gekommen ist. Ein Bericht kann Situationen nicht verändern, jedoch Anregungen für baldige Entwicklungen enthalten. Bei den nun darauf aufbauenden Diskussionen und Entscheidungen, Maßnahmen und Debatten beteiligt sich die Universität Siegen auch weiterhin äußerst gerne, denn auch wir verstehen uns als Teil der lokalen Demokratiekultur. Die lokale Siegener Kultur ist aufs Engste verflochten mit den politischen Entwicklungen in den Bundesländern, in unseren europäischen Nachbarstaaten sowie weltweit. Die Lage ist komplex und fragil, aber wir finden hier in diesem Bericht zahlreiche und kräftige Bestätigungen für die Zentralität demokratischer Organisation von Kommune und Zivilgesellschaft.

Insgesamt fügen sich die Ergebnisse des Berichtes auch in die aktuellen Entwicklungen von „Demokratie Leben!“ ein. Der Umbau des Förderprogramms seit dem Sommer 2026 hat große Unruhe und Besorgnis in der Trägerlandschaft ausgelöst – die weiteren Kontextbedingungen dafür werden in dem vorliegenden Bericht deutlich.

Die Analyse zeigt, neben vielen wichtigen Einzelaspekten, erstens, dass politische Polarisierungen Folgen für die demokratische Zivilgesellschaft mit sich bringen und die Vielfalt der Trägerlandschaft auch lokal gefährden. Hier sind, auch in Blick auf Siegen, v.a. Strategien der neuen autoritären Rechten zu nennen, die Projekte und Träger aber auch Einzelpersonen aus dem Feld der demokratischen Zivilgesellschaft zu delegitimieren (teilweise auch massiv rassistisch und diskriminierend zu agieren) und zu stören versuchen. Wichtig erscheint sowohl Solidarität untereinander als auch ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bund, Kommune und Verwaltung auf der einen, sowie der demokratischer Zivilgesellschaft auf der anderen Seite. In dem Bericht werden die Auswirkungen der als polarisierend empfundenen Situation und der dadurch entstehenden Verunsicherungen ambivalent beschrieben: Die Zivilgesellschaft erscheint als lebendig und plural, aber auch als in Konkurrenz stehend und nicht immer kooperativ; zudem wird der Zusammenhalt innerhalb der Zivilgesellschaft als schwindend empfunden – die Problembeschreibung richtet sich also nicht ausschließlich an die Kommune.

Die Kommune erscheint als die Zivilgesellschaft fördernd, teilweise wird sich aber mehr „Haltung“ gegen die neue autoritäre Rechte gewünscht. Das Vertrauensverhältnis von Kommune und Zivilgesellschaft könnte verbessert werden, indem Beteiligungsformate stärker demokratisch rückgekoppelt und Räume zur Selbstorganisation den Akteur*innen noch niedrigschwelliger zur Verfügung gestellt werden. Hier scheint es eine große Sensibilität bei den Akteur*innen hinsichtlich des Schwindens von Räumen für den demokratischen Austausch zu geben. Zweitens, und vermutlich damit verbunden, scheinen die Projektförderung, die Logik der kurzen Projektlaufzeiten und Anforderungen an die Projektbeantragung und -abwicklung oftmals für Probleme in der Arbeit der Träger zu führen. An dieser Stelle könnte kommunal über Möglichkeiten der weiteren Verbesserung der Situation nachgedacht werden, auch wenn in Hinblick auf das Programm „Demokratie Leben!“ viele im Bericht als kritisch angemerkte Aspekte (etwa die Kurzfristigkeit der

Bewilligungsmitteilung) nicht in den Händen der Kommune liegt. Die im Bericht aufgezeigte aktive und plurale demokratische Zivilgesellschaft in Siegen bietet allerdings eine sehr gute Ausgangslage, um demokratische Verhaltensweisen, Bildungsmöglichkeiten und Strukturen in einem Modus des Vertrauens und gegenseitigen Respekts auszubauen. Es ist zu wünschen, dass auch die Strukturen des Programms „Demokratie Leben!“ eine solche Entwicklung unterstützen und auch der Diskurs rund um das Programm wieder vermehrt auf ein respektvolles Vertrauen in die Arbeit der pluralen (manchmal glücklicherweise auch ungemütlichen) Zivilgesellschaft setzt.

Kurzzusammenfassung

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse untersucht die demokratische und zivilgesellschaftliche Situation in Siegen und dient als Grundlage für die Weiterentwicklung solcher Strukturen und der Partnerschaft für Demokratie. Auf der Basis von Dokumentenanalysen, statistischen Daten sowie qualitativen Einzel- und Gruppeninterviews werden lokale politische Entwicklungen, demokratiegefährdende Strukturen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Netzwerke sowie bestehende Beteiligungs- und Förderstrukturen in den Blick genommen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Siegen über eine vielfältige und engagierte Zivilgesellschaft, zahlreiche Vereine und Beteiligungsformate verfügt. Gleichzeitig wird eine zunehmende Sichtbarkeit und politische Verankerung von Akteur*innen und Vorfeldorganisationen der extremen Rechten, rassistische, antisemitische und queer-feindliche Vorfälle, eine Polarisierung politischer und gesellschaftlicher Debatten sowie ungleiche soziale und räumliche Teilhabechancen beobachtet. Zivilgesellschaftliche Strukturen werden durch begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen, kurzfristige Förderungen, Nachwuchs- und Bindungsprobleme, prekäre Räumlichkeiten und Bündniskonflikte herausgefordert. Die etablierte Zivilgesellschaft kann hier wachsam und aktiv unterstützen.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Partnerschaft für Demokratie übernehmen eine zentrale Rolle bei der Förderung lokaler Projekte, der Vernetzung von Akteur*innen, der Ermöglichung von Formaten der Beteiligung und der politischen Bildung.

1. Einleitung

„Und ich habe den Leuten immer gesagt:
Siegen ist ein bisschen das, was man daraus macht."
(Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger)

Demokratie lebt nicht vom Staat allein, zumal sie, wie Oskar Negt schreibt, „die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss" (Negt 2004: 197). Politischer Bildung und insbesondere Demokratiebildung kommen daher wesentliche Rollen zu, ebenso wie einer pluralen und lebendigen Zivilgesellschaft: Sie trägt, hinterfragt, mobilisiert, kritisiert – im besten Falle mit demokratisierenden Wirkungen. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!" erhebt den Anspruch, an dieser Stelle politischer und demokratischer Bildung sowie zivilgesellschaftlichen Engagements anzusetzen. Mit ihm sollen zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Kommunen bei der Entwicklung kommunaler Handlungskonzepte zur Förderung demokratischer zivilgesellschaftlicher Kontexte und Formate unterstützt werden. Diese Handlungskonzepte stehen jedoch nicht im luftleeren Raum. Sie gedeihen auf einem bereits jahrzehntealten Humus gewachsener gesellschaftspolitischer Erfahrungen, Netzwerke und Strukturen. Manche Themen bewegen eine Kommune mehr als andere, manche wiederum müssen bereits auf eine lange Suche nach Antworten zurückblicken.

Zur Erfassung dieser, für Siegen spezifischen Kontexte, beauftragte die Stadt Siegen im Januar 2026 Max Barnewitz und Hannah Jestädt, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an der Universität Siegen, mit der Erstellung einer Situations- und Ressourcenanalyse. In Kooperation mit der Universität Siegen in Person von Prof. Dr. Thomas Coelen und Prof. Dr. Alexander Wohnig wurden Forschungsschwerpunkte und -design erarbeitet, Daten erhoben und in diesen Bericht überführt. Um einen überschaubaren Umfang zu wahren, wurden thematische Schwerpunkte vor allem an denjenigen Stellen gesetzt, denen in den Daten eine herausgehobene Relevanz zugeschrieben wurde.

Der Bericht ist in mehrere aufeinander aufbauenden Teile gegliedert: Nach der gebündelten Darstellung der Fragestellungen und des methodischen Vorgehens wird zunächst die Stadt Siegen hinsichtlich ihrer politischen, gesellschaftlichen, demografischen und räumlichen Rahmenbedingungen betrachtet. Daran schließt die Situationsanalyse an, die sowohl die kommunal(politisch)e Situation als auch die Situation der Zivilgesellschaft in den Blick nimmt. Anschließend werden vorhandene Ressourcen und Möglichkeitsräume für zivilgesellschaftliches Engagement und Beteiligung herausgearbeitet, bevor das Bundesprogramm „Demokratie leben!" und seine Bedeutung für Siegen betrachtet werden. Das Schlusskapitel bündelt die zentralen Erkenntnisse und gibt einen Ausblick.

Dieser Bericht schließt bewusst nicht mit einem Katalog von Handlungsempfehlungen. Die Begründung liegt einerseits darin, dass durch den Bericht weiterführende Maßnahmen in einer kollaborativen, möglicherweise auch konflikthaften Aushandlung an Schnittstellen zwischen Bund, Kommune und Zivilgesellschaft demokratieförderndes Potenzial entfalten könnten; andererseits sind diejenigen, die in solche Aushandlungsprozesse eingebunden sind, als Expert*innen des eigenen Sozialraums zu verstehen, weshalb aus Sicht der Autor*innen ebendiese am besten über ein weiterführendes Handlungskonzept beraten und entscheiden können. Um es mit den Worten einer befragten Person zu sagen: „Ich glaube, dass der Dialog zwischen allen eigentlich das Wundermittel ist, um ein gutes Zusammenleben zu haben." (Interview 5, Geförderter Projektträger).

2. Fragestellung und Methoden

Ausgangspunkt der Situations- und Ressourcenanalyse war die vom BMBFSFJ bereitgestellte Orientierungshilfe mit angehängtem Fragenkatalog zur Erstellung einer solchen Analyse, die in einer Kick-Off-Veranstaltung im Februar 2026 gemeinsam mit den Verantwortlichen der „Partnerschaft für Demokratie“ (PfD) der Stadt Siegen konkretisiert wurde. Der besondere **Fokus der Analyse** lag folglich auf folgenden Fragestellungen:

Welche **antidemokratischen und demokratiegefährdenden Strukturen und Entwicklungen** zeigen sich in der Stadt Siegen? Welche Kontexte und Rahmenbedingungen ermöglichen bzw. begünstigen diese Problemlagen?
Welche **Akteur*innen und Netzwerke der Zivilgesellschaft**, die zu einem demokratischen Miteinander beitragen, sind in Siegen präsent? Wie ist deren **Zustand** und welche **Unterstützungsstrukturen** benötigen diese Akteur*innen und Gruppen bei der Durchführung und Entwicklung ihres Engagements?
Welche **Angebote und Möglichkeiten zur Partizipation und demokratischen Mitgestaltung** gibt es in Siegen? Wie werden diese Formate genutzt und bewertet?
Welche weiteren **kommunalpolitischen Akteur*innen, Organisationen und Individuen** tragen maßgeblich zu einem demokratischen Miteinander bei? Inwiefern können diese Akteur*innen zu einer **konstruktiven Bearbeitung möglicher Problemlagen** beitragen?
Welche Rolle spielt das **Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Partnerschaft für Demokratie (PfD) in Siegen** im Kontext der dargestellten Situation?

Orientiert an weiteren Untersuchungen, die rechtsextreme, antidemokratische und menschenfeindliche Agitationsformen, Ereignisse und Entwicklungen in lokalen Kontexten untersuchen (Quent und Schulz 2015; Helmert et al. 2025a; Helmert et al. 2025b), der Orientierungshilfe des BMBFSFJ und den Gesprächen mit lokalen Akteur*innen fokussiert die vorliegende Analyse **vier Kernbereiche**:

1.	**Raumkontext**: Historisches, politische Einstellungsmuster, sozioökonomische und demografische Lage sowie raumstrukturelle Besonderheiten (vgl. Kapitel 3)
2.	**Situation** demokratischer Gremien, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft (vgl. Kapitel 4)
3.	**Ressourcen und Möglichkeitsräume**: zentrale Gruppen, Netzwerke und Akteur*innen sowie Beteiligungsformate (vgl. Kapitel 5)
4.	**Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in Siegen** (vgl. Kapitel 6)

Zur Analyse dieser Schwerpunktbereiche wurden verschiedene **qualitative Erhebungsmethoden** kombiniert:

1. **Explorative (Gruppen-)Interviews:** In einer ersten Erhebungsphase im April/Mai 2026 wurden auf der Grundlage von Leitfäden heterogene (Gruppen-)Interviews mit jeweils drei bis fünf zentralen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung durchgeführt (Misoch 2019)**.**
2. **Fokussierte Einzelinterviews:** Im Sinne eines ‚theoretical sampling' wurden aufbauend auf den ersten Ergebnissen der (Gruppen-)Interviews in der zweiten Erhebungsphase im Mai/Juni 2026 weitere Akteur*innen für leitfadengestützte fokussierte Einzelinterviews angefragt, sodass relevante Themen aus den (Gruppen-)Interviews tiefergehend erörtert werden konnten (Merton und Kendall 1984).
3. **Dokumentenanalyse:** Insbesondere zur Darstellung des Raumkontextes wurden nach Bedarf kommunale Dokumente, wie Sozialberichte, Statistiken sowie parlamentarische Anträge und Anfragen gesichtet und ausgewertet (Wolff 2022).

Die Auswertung der anonymisierten Interviewtranskripte erfolgte anhand der inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2024) und mit Unterstützung der Analysesoftware MAXQDA. Ziel dieser Auswertungsmethode ist es, das Material anhand verschiedener Kategorien, die induktiv wie deduktiv gebildet werden, zu codieren und damit zu strukturieren (ebd., S. 104). Anhand dieser Kategorien erfolgt die Ergebnisdarstellung. Vor dem Verfassen des Abschlussberichts wurden die Zwischenergebnisse mit lokalen Akteur*innen zur weiteren Fokussierung der Ergebnisse besprochen.

Auf diese Weise stellt sich das **Sample** zusammen: Über einen Zeitraum von April bis Juni 2026 wurden vier explorative Gruppeninterviews und zwölf fokussierte Einzelinterviews im Umfang von jeweils ca. 30 bis 90 Minuten durchgeführt, wie die folgende Übersicht zeigt:

Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie (4 Personen)
Gruppeninterview 2, Geförderte Projektträger (3 Personen)[1]
Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen (3 Personen)
Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger (3 Personen)
Interview 1, Jugendarbeit (2 Personen)
Interview 2, Jugendarbeit
Interview 3, Verwaltung
Interview 4, Verwaltung
Interview 5, Geförderter Projektträger

[1] Mit „Geförderte Projektträger" sind solche Träger gemeint, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" von der Stadt Siegen gefördert wurden.

Interview 6, Verwaltung
Interview 7, Verwaltung
Interview 8, Geförderter Projektträger
Interview 9, Soziale Arbeit
Interview 10, Mobile Beratung
Interview 11, Weitere Initiative
Interview 12, Geförderte Projektträger (2 Personen)

Eine einordnende Bemerkung zu den **Besonderheiten und Begrenztheiten** ist dem inhaltlichen Teil dieses Berichts vornewegzustellen. Der Bericht basiert nicht auf einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung der Stadt Siegen, vielmehr konnte auf der Grundlage der Gespräche mit insgesamt 26 engagierten Personen ein thematisch gesättigter Eindruck von demokratiefreundlichen sowie auch -gefährdenden Strukturen und Kulturen in der Stadt Siegen gewonnen werden. Die Befragung unterschiedlicher Akteur*innen mit verschiedenen Hintergründen ermöglichte es, verschiedenste Blickwinkel in die Analyse miteinzubeziehen. Aufgrund der knappen Projektlaufzeit und der teils verhaltenen Rückmeldungen einiger Akteur*innen konnten nicht alle für das Projekt relevant erscheinenden Perspektiven tiefergehend in den fokussierten Einzelinterviews zu Wort kommen. Dies betrifft insbesondere die Perspektive von Studierenden sowie von Akteur*innen mit weniger stark ausgeprägtem politischen Selbstverständnis und solche, die zivilgesellschaftlich (bisher) nicht engagiert sind.

Zudem werden im Glossar Begrifflichkeiten verwendet, die gegebenenfalls nicht selbsterklärend sind. Die diesen Begriffen zugrundeliegenden Begriffsverständnisse sind im angehängten Glossar erläutert (vgl. Kapitel 8).

3. Zur Stadt Siegen

Das folgende Kapitel ermöglicht einen ersten Überblick über politische, gesellschaftliche und raumstrukturelle Rahmenbedingungen der Stadt Siegen, um die lokalen Voraussetzungen, Ressourcen wie Herausforderungen für Demokratieförderung und zivilgesellschaftliches Engagement einordnen zu können. Dabei werden sowohl demokratieförderliche wie -feindliche Entwicklungen als auch politische Einstellungsmuster, demografische und sozioökonomische Merkmale sowie regionale Besonderheiten in den Blick genommen. Abschließend wird das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mit der Partnerschaft für Demokratie (PfD) in Siegen als zentrale Struktur der Demokratieförderung vorgestellt.

3.1 Demokratiefreundliche und -feindliche Ereignisse in Siegen in der Rückschau

Aus der Dokumentenanalyse und den Interviews wird Siegen als Stadt sichtbar, in der sich demokratiefreundliche Mobilisierungen immer wieder gegen demokratiefeindliche Ereignisse und Akteur*innen – hier insbesondere Organisationsformen der extremen Rechten – formieren. Solche Mobilisierungen zeigten sich etwa schon 1968 im Protest gegen einen NPD-Landesparteitag (Westfälische Rundschau 2008) sowie in der lokalen Erinnerungs- und Bündnisarbeit nach dem Mord an Bruno Kappi durch zwei Männer, mutmaßlich aus der rechten Skinhead-Szene 1992 (DGB NRW 2025). Als besonders prägnantes Beispiel für Widerständigkeit wird in den Interviews wiederholt der Umgang mit der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“, die seit 2015 in der Region aktiv ist und 2020 ein Parteibüro in Siegen eröffnete, genannt. Die Partei sei wiederholt durch queer-feindliche und antisemitische Aktionen, etwa auf CSD-Kundgebungen oder einer Stolperstein-Aktion, in Erscheinung getreten (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus 2020). Die Gegenreaktionen aus Stadtgesellschaft und Kommunalpolitik führten – so die Erzählung der Befragten – zum Schließen des Parteibüros in Siegen und die Abwanderung der Partei nach Hilchenbach. Dies wird als „Paradebeispiel“ für widerständiges und demokratiefreundliches Engagement der Stadt beschrieben.

Die Jahre 2014/2015 sowie 2022 werden als Phasen starker solidarischer lokaler Praxis gegenüber Geflüchteten hervorgehoben:

„Die Bereitschaft, die Solidarität, Sprachkurse, wie viele Leute sich engagieren, Spenden gesammelt haben oder Wohnraum zur Verfügung gestellt haben. Das empfinde ich als sehr warmherzig auch, was die Siegener Bevölkerung auch leisten kann.“ (Interview 6, Verwaltung)

Als besonders demokratiefeindlich werden die Jahre der Covid-19-Pandemie erinnert, in denen vor allem Akteur*innen der „Querdenker“-Szene mit „wahnwitzigen politischen Thesen“ mit Autokorsos und Verschwörungsnarrativen in der Stadtgesellschaft sichtbar wurden; in diesem Zusammenhang wird auch der Aufstieg der AfD als besorgniserregend und demokratisch destabilisierend wahrgenommen (vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 0).

Deutlich negativ benannt werden wiederkehrende queer-feindliche Angriffe auf den andersROOM (u. a. Westfalenpost 2024, Siegener Zeitung 2023) sowie rechtsextreme und antisemitische Schmierereien, Sticker und Flyer im öffentlichen Raum, die als fortgesetzte demokratiefeindliche Markierungen des Stadtraums wahrgenommen werden.

Insgesamt zeigt sich Siegen damit als Stadt, in der wiederholt rechtsextreme Akteur*innen, Gruppen und sonstige Mobilisierungsformen sichtbar werden, die – wenn auch teilweise eher punktuell – auf demokratische Gegenmobilisierungen treffen.

3.2 Wahlen und politische Einstellungsmuster

Ausgehend von den Ergebnissen der Bundes- und Kommunalwahlen 2025 zeigt sich für die Stadt Siegen ein politisches Feld, das weiterhin eher bürgerlich-konservativ geprägt ist, zugleich aber eine deutliche Verschiebung nach ‚Rechts' zugunsten der AfD erkennen lässt. Bei den Kommunalwahlen 2025 liegt der Zuspruch zur AfD deutlich über dem Landesdurchschnitt. Im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen wird sichtbar, dass CDU und SPD zwar ihre zentrale Stellung behalten, während die AfD sowohl bundes- als auch kommunalpolitisch deutlich hinzugewinnt. Besonders stark sind die Verluste bei der Partei Die Grünen, wie die folgende Übersicht zeigt:

	Bundestagswahl (Zweitstimmen)		**Kommunalwahl (Ratswahl)**		
	2025 (Stadt Siegen)	**2025 (gesamt BRD)**	**2020 (Stadt Siegen)**	**2025 (Stadt Siegen)**	**2025 (gesamt NRW)**
CDU/CSU	26,3	28,5	31,3	28,2	33,3
SPD	19,9	16,4	21,7	23,9	22,1
Grüne	10,5	11,6	17,0	9,8	13,5
UWG	-	-	8,0	2,2	-
Die Linke	10,6	8,8	5,0	7,0	5,6
FDP	3,9	4,3	6,3	4,8	3,7
AfD	19,5	20,8	7,3	17,0	14,5
Volt	0,8	0,7	3,0	4,1	1,1
BSW	5,2	5,0	-	-	1,1
Sonstige	3,3	3,9	0,4	3,0	5,1

Wahlergebnisse der Bundestags- und Kommunalwahlen im Vergleich (Stadt Siegen 2026, Die Bundeswahlleiterin 2025, Die Landeswahlleiterin NRW 2025).

2025 haben unter der Federführung der Jugendringe Siegen und Siegen-Wittgenstein **U18-Bundestagswahlen** in allen Kommunen des Kreisgebiets mit insgesamt 22 Wahllokalen stattgefunden. Insgesamt nahmen 945 Jugendliche aus der Stadt und dem Kreisgebiet teil (vgl. Radio Siegen 2025; DJI 2025). Im Vergleich zu den bundesweiten Wahlergebnissen zeigt sich für Siegen mit Blick auf die nebenstehende Tabelle ein überdurchschnittlicher Zuspruch zur AfD und zum BSW sowie der deutlich geringere Zuspruch zu den Grünen. Auffällig ist zudem, dass die AfD in Siegen-Wittgenstein mit 19,2 Prozent stärkste Kraft bei den U18-Jährigen wurde, während dies auf Bundesebene die Partei Die Linke war. Insgesamt deutet die U18-Wahl in Siegen-Wittgenstein auf eine politische Ausdifferenzierung des Wahlverhaltens junger Menschen hin, macht zugleich jedoch eine stärkere regionale Verankerung rechtsaffiner Einstellungen unter Jugendlichen sichtbar.

	U18-Wahl 2025 (gesamt BRD)	U18-Wahl 2025 (Siegen-Wittgenstein)
CDU/CSU	15,7	15,5
SPD	17,9	18,9
Grüne	12,5	8,3
Die Linke	20,8	18,7
FDP	3,4	2,8
AfD	15,5	19,2
Tierschutzpartei	3,8	3,4
BSW	3,4	5,3
Sonstige	7	7,9

Wahlergebnisse der U18-Wahlen für Siegen-Wittgenstein (Radio Siegen 2025; DJI 2025).

3.3 Siedlungsstruktur, Demographie und Sozioökonomie

Die Universitätsstadt Siegen ist in sechs Stadtbezirke mit insgesamt 23 Stadtteilen und einzelnen Orten gegliedert. Insgesamt leben dort ca. 105.000 Menschen. Die Stadtteile mit den meisten Einwohner*innen sind Siegen-Weidenau, Siegen Mitte und Geisweid, während die umliegenden Ortsteile deutlich dünner besiedelt sind. Mit Blick auf die Flächennutzung sind Weidenau, Geisweid und Kaan-Marienborn die Flächen mit dem prozentual höchsten Anteil an Industrie und Gewerbe. Zudem gibt es in und um Siegen einen hohen Waldanteil (Stand 31.12.2025, Kommunal-atlas.de o.J.).

Demografisch zeigt sich seit 2010 ein leichter Bevölkerungszuwachs. Nachdem die Anzahl von Einwohnenden von 100.725 im Jahr 2010 auf 105.099 im Jahr 2025 gestiegen ist, war lediglich um das Jahr 2020 herum ein kurzzeitiger Rückgang zu verzeichnen, der insbesondere mit dem pandemiebedingten Wegfall von Studierenden zusammenhängen dürfte. Die Bevölkerung ist wie folgt strukturiert: Rund 14 Prozent der Bevölkerung sind unter 14 Jahren, etwa 21 Prozent sind 65 Jahre oder älter und der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt bei rund 27 Prozent (Stand: 2024, Kommunal-atlas.de o.J.).

Sozioökonomisch weisen die Zahlen im Vergleich zu Gesamtdeutschland auf eine stärker belastete Lage hin. Die Arbeitslosenquote lag 2023 in Siegen mit 9,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (7,1 Prozent); ebenso die Quote der Arbeitslosen unter 25 Jahren (SI: 8,5 Prozent, BRD: 6,5 Prozent). Auch die Kinder- und Jugendarmutsquoten liegen über dem Vergleichswert für Deutschland. So liegt die

Kinderarmut Siegen bei 19,8 Prozent (BRD: 13,7 Prozent) und die Jugendarmut bei 17,4 Prozent (BRD: 12,4 Prozent) (Wegweiser Kommune 2026a; Wegweiser Kommune 2026b).

Insgesamt verweist die siedlungsstrukturelle, demografische und sozioökonomische Struktur Siegens auf eine Stadt mit deutlichen Binnenunterschieden: eine verdichtete Kern- und Hochschulstadt mit industriell geprägten Teilräumen, zugleich aber auch mit peripheren, dünner besiedelten Ortsteilen mit einem hohen Waldanteil. Die demografische Entwicklung ist insgesamt stabil mit leichtem Wachstum, während die sozialen Kennzahlen auf eine überdurchschnittliche Belastung von Arbeitslosigkeit und Armut hindeuten. Siegen erscheint damit als Stadt mit einer relativ heterogenen Raum- und Sozialstruktur.

3.4 Raumstrukturelle Situation und regionale Faktoren

Wie zuvor beschrieben wurde, weist Siegen eine besondere Mischung aus städtischen und ländlich geprägten Strukturen auf. Die Stadt verfügt etwa über einen urbanen Kern; zugleich prägen mehrere Stadtteile, Seitentäler und eine tendenziell kleinstädtische Struktur das Stadtbild. Dabei würden sich – so einige der Interviewten – die unterschiedlichen Sozialräume stark voneinander unterscheiden, was sich auch in der Ausformung von Differenzen in den jeweils vorherrschenden Mentalitäten zeige. Dieser Sozialraumbezug ist für den vorliegenden Kontext deswegen relevant, da Bedarfe und Zugänge je nach Sozialraum unterschiedlich ausfallen können.

Dieser Differenzierung zum Trotz wird Siegen als eine **überschaubare Stadt mit kleinstädtischem Charakter** beschrieben, in der sich eine Vielzahl der in einem Feld tätigen Akteur*innen kennen. Die Kleinräumigkeit ermögliche in dieser Hinsicht kurze und vertraute Wege zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Institutionen. Das wird jedoch nicht nur positiv gesehen:

„Also was Siegen ausmacht, finde ich, ist die Größe, die gerade so groß ist, dass man viele der Akteure und Akteurinnen kennt. Wenn man länger sich in den Netzwerken bewegt, dann kennen sich alle. Also, das ist so, das hat Vorteile, hat auch Nachteile. […] Dass es eben so alteingesessene Netzwerke gibt, wo man auch jetzt als neuer Träger zum Beispiel auch unter Umständen schwer hat, da reinzukommen.“ (Gruppeninterview 2, Geförderte)

Eine zentrale Herausforderung besteht in der Erreichbarkeit und Anbindung innerhalb der Stadt sowie aus dem Umland. Die dezentral geprägte Stadt- und Siedlungsstruktur und die topografischen Bedingungen mit zahlreichen Höhenlagen und Tälern führen zu teilweise langen Wegen. In den Interviews wird angesichts dessen eine starke Abhängigkeit vom Auto beschrieben und mit der Forderung nach einem ausgebauten und dichter getakteten ÖPNV verknüpft. Während zentrale Busverbindungen vergleichsweise oft bedient werden, nehme die Taktung in den peripher gelegenen Stadtteilen und dörflichen Bereichen deutlich ab. Damit wird gesellschaftliche Teilhabe zu einer Frage der Mobilität: Veranstaltungen, Bildungsangebote und Begegnungsräume können nur dann niedrigschwellig genutzt werden, wenn Menschen diese auch tatsächlich erreichen können. Eine interviewte Person bringt diesen Zusammenhang prägnant zur Sprache:

„Dieser öffentliche Nahverkehr, das kann Siegen nicht. Das geht nicht und man kommt nirgendwo hin. Man ist – egal, wo man wohnt – auf ein Auto eigentlich angewiesen, um hier adäquat durchzukommen. Also, es sei denn, man wohnt wirklich in der Innenstadt und braucht nicht viel mehr drumherum. Aber auch da ist ja alles auseinandergezogen, die Geschäfte, also die Oberstadt hoch auch. Das hat Charme, keine Frage und finde ich auch sehr schön, aber die Wege sind halt für alles recht weit.“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen)

Hiermit sind mindestens zwei machtbezogene Dimensionen verbunden: Zum einen erhöht ein als unzureichend wahrgenommener öffentlicher Personennahverkehr die Notwendigkeit, auf ein privates Kraftfahrzeug zurückzugreifen. Damit stellt sich zugleich die Frage nach der ungleichen Verteilung der hierfür erforderlichen Ressourcen. Zum anderen sind damit Fragen der Inklusion und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen aufgeworfen (weiterführend hierzu: Kapitel 4.2.4.2 sowie 4.2.4.3).

Auch über die Stadtgrenzen hinaus ist Siegen regional verflochten und auf **regionale Verkehrsverbindungen** angewiesen. In den Interviews wird die Erreichbarkeit Siegens ambivalent bewertet: Einerseits wird die Anbindung an größere Städte wie Köln als Vorteil beschrieben, andererseits werden insbesondere die Bahnverbindungen über die Region hinaus als kritisch eingeschätzt: „Also so schön es ist, im Dreiländereck zu wohnen, das ist ein Problem. Also weil man infrastrukturell von vielen weg ist. […] So, und da kann man dann schwer mit arbeiten, ne?“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger). Dies wird in den Interviews mehrfach zurückgebunden an die bestehenden Zugverbindungen: „Ich finde, es ist schwer rauszukommen aus Siegen, weil die Bahnverbindungen immer scheiße sind“ (Interview 2, Jugendarbeit). Anlässlich der aufgrund von Bauarbeiten geplanten Sperrung verschiedener Streckenabschnitte der Rhein-Sieg-Strecke bis mindestens Juli 2027 (Stand: August 2026) wird die Abhängigkeit Siegens von verlässlichen regionalen Verkehrsverbindungen besonders deutlich.

Als **Universitätsstadt** verfügt Siegen zudem über eine besondere Gruppe von Personen, die oft eine nur zeitlich begrenzte Bindung zu Siegen aufrechterhält. Einerseits bezieht sich dies auf häufig begrenzte Zeithorizonte, etwa durch die Dauer eines Arbeitsvertrags oder eines Studiums. Andererseits verweist es auf die vielfach durch Pendelmobilität geprägten Lebensverhältnisse von Personen, die mit der Universität verbunden sind. Auch wenn, so beurteilt es eine interviewte Person, Siegen – anders als Städte wie Marburg – nicht durch ein lebendiges Studierendenleben geprägt sei, sei doch die Präsenz der Universität in Siegen in vielerlei Hinsichten bemerkbar. Auf die Frage, wie sich das Engagement von Personen mit einem gegenwärtigen universitären Lebensweltbezug – beispielsweise als Studierende oder Mitarbeitende – in der Stadt ausdrücke, antwortet eine Person:

„Ich sage häufig, dass Siegen eine Stadt ist, bei der wenige Leute viel machen und lange hierbleiben und viel gestalten und viele ein bisschen sehr auf der Durchreise sind. Die das Ganze nicht als ihren Lebensmittelpunkt langfristig sehen. Und das merkt man der Stadt, finde ich, ziemlich an, dass man in vielen Räumen, wo man ist und sich aufhält oder gestalten möchte, immer auf dieselben Leute trifft und sich ganz oft fragt, wo denn der ganze Rest dieser Großstadt ist.“ (Interview 11, Weitere Initiative)

Engagement und Aktivismus werde demnach vor allem von denselben Personen und Gruppen getragen. Zivilgesellschaftliche Strukturen – ehrenamtlich wie hauptberuflich formalisierte – stellt dies vor Herausforderungen, da sie eine **hohe Fluktuation und geringe Bindungstendenz** bei denjenigen Ehrenamtlichen beobachten, die sie längerfristig in die eigenen Strukturen zu integrieren versuchen.

Insgesamt erweist sich die Raumstruktur Siegens damit als ambivalent: Die Überschaubarkeit der Stadt, die kurzen Wege und die Dichte persönlicher Netzwerke bieten das Potential für eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft. Zugleich führen die räumliche Zersiedelung, die topografischen Bedingungen sowie die unterschiedlichen Erreichbarkeiten und (wenn auch keineswegs nur) die asymmetrisch verteilten Mobilitätsoptionen zu ungleichen Möglichkeiten, am gesellschaftspolitischen Leben teilzuhaben.

3.5. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Partnerschaft für Demokratie in Siegen

Das **Bundesprogramm „Demokratie leben!“** des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) ist ein zentrales Förderprogramm des Bundes zur Stärkung von Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlicher Teilhabe sowie zur Prävention von Extremismus[2] und demokratiefeindlichen Entwicklungen (BMBFSFJ 2026a). Das Bundesministerium beschreibt es selbst als „wichtiges Instrument der Demokratiebildung und Extremismusprävention in Deutschland“ (BMBFSFJ 2026b). Seitdem es 2015 unter der damaligen Bundesregierung ins Leben gerufen wurde, verspricht es, entsprechende Projekte und Strukturen auf mehreren Ebenen zu unterstützen. Mit dem Beginn der dritten Förderperiode im Jahr 2025 wurde das Programm inhaltlich und strukturell neu ausgerichtet – was keineswegs unumstritten ist (vgl. exemplarisch: bap et al. 2026; Kapitel 0).

Im vielfältigen Angebotsrepertoire des Bundesprogramms bildet die kommunale Ebene weiterhin einen von mehreren wesentlichen Schwerpunkten des Programms. Über die **Partnerschaft für Demokratie** (PfD) werden Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, im Sinne der Förderrichtlinien lokale Strategien zu entwickeln und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft umzusetzen. Seit 2015 gibt es auch in der Stadt Siegen eine solche PfD mit den dazugehörigen Instanzen und Gremien, wie dem Federführenden Amt, der Koordinierungs- und Fachstelle, dem Bündnis für Demokratie (ehemals: Begleitausschuss) und dem Jugendforum (vgl. ausführlicher dazu für die Stadt Siegen Kapitel 6.2, 6.3, 6.4). Die PfDs sind dabei keine eigenständigen Institutionen, sondern Kooperations- und Förderrahmen innerhalb der jeweiligen Kommune. Ziel dessen ist es, kommunale Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft miteinander zu verzahnen und eine möglichst breite Verantwortungsgemeinschaft zu entwickeln.

Gefördert werden insbesondere **Maßnahmen**, die demokratische Teilhabe und Selbstwirksamkeit stärken, gesellschaftliche Vielfalt fördern, den Umgang mit Konflikten und demokratiefeindlichen Entwicklungen verbessern und lokale Akteur*innen miteinander vernetzen. Die konkreten Schwerpunkte sollen sich an den jeweiligen Bedingungen und Herausforderungen vor Ort orientieren. Eine Grundlage dessen ist die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse, die als Rahmen für die Weiterentwicklung eines lokalen Handlungskonzepts in der Kommune dienen soll.

Mit der Bundesförderung ist zugleich ein **kommunaler Eigenanteil** verbunden. Dieser besteht insbesondere in der Bereitstellung von personellen und sachlichen Ressourcen innerhalb der Kommunalverwaltung zur Steuerung der Partnerschaft. Damit wird deutlich, dass Demokratieförderung im Rahmen von „Demokratie leben!“ nicht ausschließlich als zeitlich befristete, durch Bundesmittel finanzierte Projektaufgabe verstanden wird, sondern auch eine kommunale (Mit-)Verantwortung voraussetzt.

Die **institutionelle Ausgestaltung** von „Demokratie leben!“ steht zugleich unter dem Eindruck politischer und finanzieller Veränderungsprozesse und tiefgreifender Disruptionen. So wurden Ende Juni 2026 die Förderaufrufe für die neue Programmstruktur veröffentlicht (BMBFSFJ 2026b). Die

[2] Für eine Diskussion des Extremismuskonzeptes allgemein vgl. Salzborn (2018). Für eine Kritik des Extremismuskonzeptes aus Perspektive der politischen Bildung und Demokratiebildung vgl. statt vieler Achour & Gill (2020).

Partnerschaften für Demokratie sollen demnach grundsätzlich fortgeführt, zugleich aber stärker auf Demokratiebildung, Extremismusprävention, Begegnung und Dialog sowie auf die Einbindung von Akteur*innen aus bestehenden Regelstrukturen ausgerichtet werden. Unter anderem der neu zugeschnittene inhaltliche Vektor des Bundesprogramms sowie das Auslaufen etablierter Projekte sind Anlässe vehementer politischer Debatten (vgl. ausführlicher dazu Kapitel 0.1).

Insgesamt bietet das Bundesprogramm und die Partnerschaft für Demokratie in Siegen seit 2015 einen wichtigen Rahmen, um Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu vernetzen und lokale Projekte zu fördern (vgl. ausführlicher dazu Kapitel 6).

4. Situationsanalyse

Das folgende Kapitel ist als eine Art Bestandsaufnahme der kommunalen und zivilgesellschaftlichen Situation zu verstehen. Dabei werden – sowohl auf der Grundlage von statistischen Berichten, aber insbesondere aus der Perspektive der Befragten – zentrale lokale Themen und Konflikte sowie die Wahrnehmung von Verwaltung und Behörden betrachtet. Anschließend steht die Situation der Zivilgesellschaft und die von marginalisierten Gruppen, die in den Interviews explizit benannt wurden, im Mittelpunkt. Ziel des Kapitels ist es, zentrale Herausforderungen zu identifizieren.

4.1 Kommunal(politisch)e Situation

Mit den Kommunalwahlergebnissen im September 2025 sind im Rat der Stadt Siegen acht Fraktionen sowie zwei fraktionslose Mitglieder vertreten: CDU (21 Sitze), SPD (17), AfD (12), Bündnis 90/Die Grünen (7), Die Linke (4), FDP (3), UWG (3) und Volt (3). Insgesamt ist der Siegener Rat damit stark fragmentiert. Dies erschwert eindeutige Mehrheitsverhältnisse und macht kommunalpolitische Entscheidungen in hohem Maße von Koalitionen, wechselnden Mehrheitsverhältnissen und einer intensiven Abstimmung zwischen unterschiedlichen Akteur*innen abhängig. Mit der Kommunalwahl 2025 wurde auch die Position des/der Bürgermeister*in neu gewählt. In einer Stichwahl gewann Tristan Vitt, Kandidat der SPD, mit 50,01 Prozent und sieben Stimmen Vorsprung gegenüber dem seit 2007 amtierenden Bürgermeister Steffen Mues, Kandidat der CDU (Universitätsstadt Siegen 2025). Damit ist erstmalig seit 1999 wieder ein SPD-Bürgermeister im Amt.

Seit der Kommunalwahl 2020 ist die AfD im Rat der Stadt Siegen vertreten. Die Partei wird auf Bundesebene vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall (Stand: 05.08.2026) beobachtet und einige Landesverbände gelten als gesichert rechtsextrem. In der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion wird sie zudem aufgrund ihrer Programmatik und ihrer Positionierung und diversen personellen Verbindungslinien zu militant-rechtsextremistischen Akteur*innen vielfach als demokratiegefährdend eingeordnet (vgl. exempl. Heitmeyer et al. 2020; Correctiv 2024; Frankenberg & Heitmeyer 2025; Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. 2026).

In Siegen trat sie 2020 erstmals zur Kommunalwahl an und erreichte sieben Prozent, 2025 stieg ihr Stimmanteil auf 17 Prozent. Auch der von ihr gestellte Bürgermeisterkandidat erhielt bei der Kommunalwahl 2025 acht Prozent der Stimmen. Auffällig ist zudem, dass die AfD mit einer eigenen Liste bei den Wahlen zum Integrationsrat antrat und dort mit 28,95 Prozent zweitstärkste Kraft wurde. Da nur drei Kandidat*innen nominiert waren, konnten die ihr zustehenden vier Sitze nicht vollständig besetzt werden (Westfalenpost 2025). Die Siegener AfD-Ratsfraktion trat in den vergangenen Jahren wiederholt durch interne Konflikte und programmatische Auseinandersetzungen in Erscheinung, die 2022 zur Spaltung der Fraktion und zur Gründung einer weiteren Gruppe unter dem Namen „Liberal-Konservatives Bündnis“ führte.

In der Gesamtschau zeigt sich die kommunalpolitische Situation Siegens fragmentiert, wobei der Einfluss der im „autoritären Nationalradikalismus“ (Heitmeyer 2025) zu verortenden AfD zunehmend wächst (vgl. Kapitel 5.5.3). Auch wenn es gegenüber der AfD einen „Konsens“ (Interview 4, Verwaltung) gebe, wie eine Person aus der Verwaltung schildert, sei eine Gefahr dadurch nicht notwendigerweise gebannt. Eine interviewte Person formuliert beispielsweise im Hinblick auf das

allgemeine politische Klima den folgenden Gedanken: „Ich habe das Gefühl, Behörden und Politik richten sich nach AfD. Wenn sie an den Markt kommen, was sollen wir machen?“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Dabei wird auf Diskurse verwiesen, die nicht mehr allein bei Akteur*innen der extremen Rechten zu verorten sind – beispielsweise um eine vermeintliche „Neutralität“ zivilgesellschaftlicher Organisationen.[3] Dass das Deutungsmuster, Zivilgesellschaft habe sich „neutral“ zu verhalten, bereits von weitaus etablierteren Akteur*innen geteilt wird, löst hier Unsicherheiten aus. So sagt eine interviewte Person:

„Viele sind verwirrt, irritiert, unsicher. Dann sind wir beim Begriff ‚Neutralität‘. Wie, was darf ich, wie kann ich mich verhalten? Und was ich dann regional wie überregional sehe, ist, dass es oft dann den Effekt hat: ‚Dann lasse ich es lieber.‘“ (Interview 9, Soziale Arbeit)

Angesichts dieser Verunsicherungen wird in den Interviews häufiger in einem würdigenden Sinne an den abgewählten Bürgermeister Steffen Mues erinnert:

„[Ich] war nie ein Fan von Steffen Mues damals. […] Aber im Einsatz gegen Rechtsextremismus konnte man schon immer viel auf ihn bauen. Auf jeden Fall. Und da hat er auch viel in Eigenregie und auch gegen den Willen seiner eigenen Partei gemacht. […] Er hat sehr deutliche Worte immer wieder gefunden gegen die AfD. [...] Und, was ich respektabel finde: Er hat in der eigenen Regie sich sehr dafür eingesetzt, dass alle Ortsbürgermeister der Stadt Siegen zur Teilnahme an der großen Demo gegen den AfD-Neujahrsempfang aufrufen. Er hat sich da sehr dafür eingesetzt, auch gegen deren Widerstände.“ (Interview 11, Weitere Initiative)

In diesem Sinne wird bei den in der Zivilgesellschaft verankerten Interviewten mehrfach der Wunsch nach einer klaren, demokratisch artikulierten Haltung deutlich – „und zwar ganz, ganz praktisch“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger; vgl. Kapitel 5.2).

4.1.1 Themen und Konflikte in und um Siegen

Mit dem Blick auf in Siegen besonders relevante Themen beschreiben mehrere Befragte eine grundlegende Verschiebung der Kultur politischer Auseinandersetzungen. Diese seien von „gefährliche[m] Halbwissen“ (Interview 12, Geförderte Projektträger) und Verkürzungen geprägt. Zudem würden Diskussionen zunehmend in sozialen Netzwerken und immer seltener im persönlichen Austausch stattfinden. Als Beispiel werden wiederkehrend Debatten um die Umweltspur sowie der Windkraftausbau genannt. Mit Steffen Mau und seinen Kollegen lässt sich hier ein „Triggerpunkt“ (Mau et al. 2023) ausmachen, der sich als ein Kulminationspunkt kommunaler Polarisierungsprozesse verstehen lässt. Wiederkehrende Themen kreisen damit um die Frage des Miteinander-Lebens in als polarisiert empfundenen Kontexten.

In den Interviews wird häufig auf die **zunehmende Präsenz rechter und rechtsextremer Akteur*innen** als eines der zentralen Themen der Siegener Zivilgesellschaft verwiesen. Insbesondere die AfD wird als politisch sichtbarer und einflussreicher wahrgenommen. „Das macht uns Angst“ (Gruppeninterview 4,

[3] Hier ist an die von der AfD ins Leben gerufenen Meldeportale „Neutrale Schule“ zu denken, ebenso wie die kurz vor der Bundestagswahl 2025 von der damaligen Unionsfraktion veröffentlichte Kleine Anfrage zur „Neutralität“ zivilgesellschaftlicher Organisationen wie auch an eine beispielsweise im März 2026 im Rat Siegen gestellten Anfrage unter dem Titel „Politische Ausgewogenheit und Neutralität bei der Veranstaltung ‚Pizza mit Politikern‘ des Jugendparlaments Siegen“. Aus didaktischen, wie auch aus juristischen und demokratietheoretischen Perspektiven heraus wird ein solches Verständnis von Zivilgesellschaft und politischer Bildung scharf kritisiert (vgl. statt vieler Wohnig und Zorn 2022).

Geförderte Projektträger), formuliert es eine andere Person und verweist auf die zunehmende Präsenz der AfD in politischen Gremien. Gleichzeitig wird eine gewisse Ohnmacht angesichts dieser Entwicklungen beschrieben. So resümiert eine interviewte Person, „dass man das Gefühl hat, man arbeitet dagegen, aber man hat im Grunde kaum noch Landgewinn“ (Interview 10, Mobile Beratung), während die Zustimmung zur AfD stetig wachse.

„Der III. Weg“ wird demgegenüber als zahlenmäßig kleine, aber methodisch aggressiver auftretende Partei eingeordnet. In diesem Kontext berichten Beratungsstellen von gezielten Einschüchterungsversuchen gegenüber Engagierten sowie von Überschneidungen mit Teilen der lokalen Fan-Szene der Sportfreunde Siegen. Der Protest gegen das vormalige Parteibüro in der Siegener Hammerhütte wird dabei als wiederkehrender Ankerpunkt zivilgesellschaftlichen Widerstands beschreiben (vgl. Kapitel 3.1). Eine solche Erzählung wird jedoch auch kritisch hinterfragt. So sei beispielsweise keineswegs ausgemacht, dass die Bedingungen für zivilgesellschaftlichen Protest gegen das nun in Hilchenbach ansässige Parteibüro des III. Weges tatsächlich günstigere seien. Eine derartige Erfolgserzählung drohe gegenwärtige Solidarisierungsnotwendigkeiten – etwa angesichts rassistisch motivierter Gewalt – zu verdecken.

Demokratie wird angesichts dessen von mehreren Befragten als fragil und leicht zu erodieren beschrieben. Diese Sorge beschränkt sich nicht nur auf Kontinuitäten des III. Wegs und das Erstarken der AfD, sondern auch auf Beobachtungen, die beispielsweise als „**Rechtsruck“** (Interview 8, Geförderter Projektträger) eingeordnet werden. In diesem Zuge rücken auch Parteien jenseits dieser beiden Gruppierungen in den Fokus der Kritik, welche vergleichbare Programmatiken und Strategien in das jeweils eigene Portfolio zu integrieren suchen, insbesondere mit Blick auf die CDU. „Mit großer Sorge“ (Interview 12, Geförderte Projektträger), so schilderte es eine interviewte Person, blicke sie auf diese Entwicklungen. In diesem Zuge wird von Interviewten auch auf die Leipziger Autoritarismus-Studien (vgl. Decker et al. 2024) sowie auf das Aushöhlen demokratischer Strukturen wie in der Türkei oder in Ungarn verwiesen.

Abseits dessen wird Siegen insgesamt als ein grundsätzlich **sicherer Ort** wahrgenommen. So sagt in den Interviews eine befragte Person: „Siegen, ich kritisiere sehr viel. Aber Siegen ist eine sicherere Stadt.“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Ausgenommen hiervon seien für Städte dieser Größe klassische Orte, wie etwa die Bahnhofsgegend. Insbesondere prekarisierte Bevölkerungsgruppen seien hier stärker mit Unsicherheitsgefühlen und -lagen konfrontiert (siehe Kapitel 4.2.4).

Der **gesellschaftliche Zusammenhalt** wird eng mit der Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung verbunden. Auch wenn die Engagementquote überdurchschnittlich hoch sei, sei diese in der Tendenz jedoch rückläufig. In damit verknüpften Individualisierungs- und Rückzugstendenzen wird für einige Interviewte eine Gefährdung des demokratischen Miteinanders verortet. Zurückgeführt wird dies von vielen Interviewten auf ein nachlassendes Gefühl kollektiver Verantwortung, insbesondere für das eigene Umfeld. So beschreibt es eine interviewte Person folgendermaßen:

„Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich einzubringen und Zeit aufzuwenden für die Gemeinschaft, für einen Zweck, der nicht nur mir selber dient, der geht extrem zurück.“ (Interview 4, Verwaltung)

Angesichts diverser soziologischer Zeitdiagnosen (vgl. exempl. Reckwitz 2017) liegt die Vermutung auf der Hand, dass es sich damit nicht um eine für Siegen spezifische Situation handelt.

Nichtsdestoweniger ergeben sich für Siegen und die Siegener Zivilgesellschaft aus einer solchen Beobachtung und Diagnose heraus maßgebliche Herausforderungen, etwa im Hinblick auf die Einbindung von (potenziell) Engagierten. Zugleich wird in den Interviews mehrfach auf die Bedeutung einer aktiven Zivilgesellschaft verwiesen. Bildungsarbeit, Positionspapiere und lokale Initiativen werden ausdrücklich als positive Gegenbewegung zu antidemokratischen Entwicklungen benannt. Als wiederkehrender Ankerpunkt tauchen in den Interviews Großkundgebungen auf, beispielsweise anlässlich der Correctiv-Recherchen zu dem konspirativen Treffen rechter und extrem rechter Akteur*innen nahe Potsdam (Correctiv 2024).

Insgesamt zeichnen die Interviewaussagen somit das Bild eines schwindenden gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls. Dieses verbindet sich mit dem **Eindruck einer zunehmenden Polarisierung.** Beschrieben wird das Gefühl einer gesellschaftlichen „Spaltung“ auf der Einstellungsebene, bei der „die Meinungen immer extremer werden und es wenig Grautöne irgendwie zwischendrin gibt“ (Interview 2, Jugendarbeit) und „andere Meinungen nicht mehr ausgehalten werden“ (ebd.). Damit verbunden sei eine abnehmende Bereitschaft, sich argumentativ mit anderen Positionen auseinanderzusetzen (vgl. differenzierend hierzu Mau et al. 2023). Auch im kommunalen Kontext wird diese Entwicklung als Problem des Dialogs wahrgenommen: „Es gibt zu viele Gruppen von Menschen, die nicht miteinander reden können“ (Interview 6, Verwaltung). Zugleich wird in manchen Interviews deutlich, dass **Konflikt und Streit nicht grundsätzlich als Problem verstanden werden**. Vielmehr wird betont, dass demokratisches Zusammenleben gerade voraussetze, unterschiedliche Positionen im demokratischen Rahmen argumentativ auszuhandeln. Problematisch werde Polarisierung dort, wo diese Fähigkeit verloren gehe und aus kontroverser Auseinandersetzung ein „Wir gegen die“ (Interview 2, Jugendarbeit) werde.

Insgesamt verweisen die Aussagen damit weniger auf einen einfachen Verlust von Gemeinschaft als auf eine **doppelte Herausforderung**: Einerseits nimmt die Bereitschaft zur gemeinschaftlichen Verantwortungsübernahme und zum Engagement für das unmittelbare Umfeld ab. Andererseits erschwert eine wahrgenommene zunehmende Polarisierung den offenen Austausch zwischen unterschiedlich positionierten gesellschaftlichen Gruppen.

Insbesondere die **Pandemie** wird im Rückblick und mit dem Fokus auf zivilgesellschaftliche Verhältnisse als Zäsur beschrieben, in der integrations- und gemeinschaftsfördernde Bestrebungen ausgebremst worden seien. Damals haben sich zudem im Querdenken-Milieu verankerte Gruppierungen herausgebildet, die vor allem durch regelmäßige Kundgebungen in Erscheinung traten. So ließ sich

„beobachten, wie sich diese Querdenken-, Anti-Impf-Leute; also wie die unglaublich starken Zulauf hatten, auch jahrelang dann noch diese Autokorsos gefahren sind mit wahnwitzigsten politischen Thesen. Die haben, würde ich sagen, relativ wenig Widerspruch erfahren, wenig Gegendemos und Gegenkundgebungen. Das lief lange so. Man hat die irgendwie so machen lassen und da hatte irgendwie so die demokratische Zivilgesellschaft oder politische anders eingestellte Gruppen irgendwie nicht so den langen Atem. Das fand ich interessant.“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger)

Auch wenn sich die montäglichen Spaziergänge durch die Siegener Innenstadt nicht fortsetzen, erinnert sich eine interviewte Person, dass gerade „diese Siegener Gruppe da schon auch sehr, sehr aktiv [war], so im Verhältnis. In anderen Städten ist das früher eingebrochen“ (Interview 10, Mobile Beratung). Dieser Umstand könne auch als ein Indiz dafür betrachtet werden, dass von der Abwesenheit öffentlicher Präsenz derartiger Gruppierungen nicht auf die Abwesenheit eines

möglichen Mobilisierungspotentials zu schließen sei.

Darüber hinaus werden **knappe Ressourcen und drohende Kürzungen** (vor allem im sozialen Bereich) in den Interviews als Ausdruck einer zunehmenden sozialen und strukturellen Herausforderung wahrgenommen. Dabei gehe es um die Frage, inwieweit vorhandene soziale Hilfesysteme in der Lage seien, auf steigende Bedarfe zu reagieren. Dies betreffe insbesondere die Unterstützung von Menschen in prekären Lebenslagen, aber auch die Handlungsfähigkeit derjenigen, die in unterstützenden Systemen verankert sind. Die Interviews verweisen damit auf eine Spannung zwischen einem hohen gesellschaftlichen Unterstützungsbedarf und begrenzten Möglichkeiten der sozialen Infrastruktur. Gerade dort, wo Ressourcen knapp seien, bestehe die Gefahr, dass sich soziale Konflikte verschärfen und besonders vulnerable Gruppen weiter an den Rand gedrängt werden. Zudem droht angesichts eines Diskursklimas schwindender Ressourcen eine Substanz gesellschaftspolitischen Zusammenhalts weiter zu erodieren. Dies drückt sich beispielsweise in der Sorge vor rigiden Sparpolitiken aus, „die „auch teilweise jetzt Demokratieprojekte in Gefahr [bringen], weil wirklich der Rotstift angesetzt wird“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen). Damit wird an die wiederholt formulierte Sorge angeknüpft, dass gesellschaftliche Verantwortung zunehmend auf wenige Engagierte konzentriert werde und diese dadurch an Belastungsgrenzen geraten (vgl. kritisch dazu van Dyk & Haubner 2021).

Migration und Asyl gehören zu den Themen, an denen sich gesellschaftliche Spannungen besonders deutlich bündeln. Einerseits wird auf eine starke Hilfsbereitschaft während der Fluchtbewegungen 2014–2016 verwiesen. So hätten sich damals viele Initiativen organisiert, die „versucht haben, das zu gestalten und viel möglich gemacht haben und viel sichtbar gemacht haben“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger), beispielsweise in Form von Kleiderspenden oder der Vermittlung von Dolmetscher*innen. Andererseits wird eine zunehmende Regression im Politikfeld Migration und Asyl wahrgenommen und kritisiert. Besonders problematisch erscheint dabei die Verbreitung vereinfachender oder falscher Narrative über Geflüchtete oder das Streichen unterstützender Maßnahmen, wie etwa der Asylverfahrensberatung durch das Bundesinnenministerium (vgl. weiterführend Strube 2026). Auch angesichts dessen wünschen sich manche der Befragten eine „breite Solidarität“ (Interview 11, Weitere Initiative), die aktuell jedoch ausbleibe.

Mit dem 07. Oktober 2023 rückte das **Thema des israelisch-palästinensischen Konfliktes** auch in Siegen stärker in den Fokus. So schildert eine im Bildungsbereich tätige Person, die für dieses Projekt interviewt wurde, mehrere antisemitische Vorfälle. Exemplarisch wird von mehreren Personen unter anderem auf schulische Kontexte, auf antisemitische Schmierereien und Aussagen in öffentlichen Räumen verwiesen. Darüber hinaus:

„Ich glaube nicht, dass der 7. Oktober unbedingt Kanalisationspunkt war für das, was schon da war. Bei einigen bestimmt auf jeden Fall, aber bei vielen war es einfach auch irgendwie der Startpunkt ihrer politischen Sozialisation und es gab wenig kritische Interventionen von vielen Gruppen, von den Schulen, von den Familien, aber auch von anderen Gruppen, die sich dafür eingesetzt haben […], um eben dieses Kippen in eine Richtung von Antisemitismus zu verhindern.“ (Interview 11, Weitere Initiative)

Die Stadt Siegen, so beschreibt es die Person auch im Hinblick auf Siegens Parteien und Politik, „rühmt sich sehr damit, antisemitismuskritisch zu sein“, was aber auch „ganz fatale Folgen“ (Interview 11, Weitere Initiative) habe. Denn in der Art und Weise zeige sich ein „sehr instrumenteller Umgang“ (ebd.), der die Benennung antisemitischer Vorfälle und Gewaltakte erschwere und damit zu

deren Verdeckung beitrage. Um dem entgegenzuwirken, fordert eine in der Jugendarbeit verankerte Person die proaktive Berücksichtigung des Konfliktes und der angegliederten Fragen in auch pädagogischen Settings:

„Also die Jugendlichen sagen: Wir wollen das besprechen. Wir wollen darüber reden. Und wir wollen dazu auch Sachen wissen. Aber in der Öffentlichkeit wird da wenig irgendwie angeboten. Auch […] zugemacht, weil… Also die einen, würde ich sagen, die agieren dann direkt tatsächlich antisemitisch, wenn sie dieses Thema angehen. Und die anderen haben Angst, dass sie so platt gemacht werden. Einfach nur aus dem Grund, weil sie ein Angebot dazu machen wollen." (Interview 2, Jugendarbeit)

Die Stadt Siegen wie die Siegener Zivilgesellschaft steht demnach aus mehreren Gründen vor der Aufgabe, auf diese Gleichzeitigkeiten konstruktive sowie sensible Antworten zu finden.

4.1.2 Verwaltung und Behörden

Im Hinblick auf die Rolle der (Kommunal-)Verwaltung und Behörden finden sich in den Daten mehrere Passagen, in denen der hohe Grad an **Bürokratisierung** und Ausdifferenzierung von Verwaltungshandeln problematisiert wird. Angesichts dessen greife bei Menschen in Siegen „ein extrem großes Gefühl von Ohnmacht und Hilflosigkeit" (Interview 12, Geförderte Projektträger) um sich. Daran geknüpft ist der mehrfach formulierte Wunsch nach einer leichteren Zugänglichkeit und nach entbürokratisierten Verfahrenswegen (z.B. im Hinblick auf Unterstützungsleistungen wie dem Wohngeld). Dies entfalte insbesondere bei Personen mit strukturell bedingten Beratungs- und Unterstützungsbedarfen eine besondere Relevanz.

Angesichts einer sich im Allgemeinen als zuspitzenden wahrgenommenen gesellschaftspolitischen Situation werden drohende und tatsächliche **Kürzungen im sozialen Bereich** als Weg in die falsche Richtung beschrieben. Vielmehr wird beispielsweise auf den Auf- und Ausbau einer „allgemeine[n] soziale[n] Beratung" (Interview 12, Geförderte Projektträger) Wert gelegt, die alle Menschen und weniger einzelne Zielgruppen adressiere. Zugleich seien die bestehenden Strukturen mit der Bewältigung dieses Zuwachses konfrontiert und durch diesen erheblich herausgefordert:

„Jeder muss immer mehr arbeiten. Also, was [es] vor 20 Jahren noch an Zeit für Gespräche und Projekte gegeben hat, das gibt es einfach nicht mehr, weil man muss einfach geben, geben, geben. Und dann wird auch gesagt, da kannst du noch ein bisschen mehr geben und ja. Das passt irgendwie nicht, das geht überhaupt nicht mehr auf. Und wir machen unser System damit kaputt." (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen)

Das stark steigende Arbeitspensum – etwa im Hinblick auf den bürokratischen Aufwand zur Bearbeitung eingehender Anträge – wird auch aus Verwaltungskreisen heraus kritisch betrachtet. Verknüpft wird dies mit dem Wunsch nach einer „Vereinfachung und Zusammenführung" bestehender Strukturen:

„Ich sage jetzt mal: Das Schönste wäre, es gäbe eine Sozialleistung sozusagen, die relativ simpel zu beantragen und zu bewilligen ist." (Interview 3, Verwaltung)

Zugleich habe sich die Verwaltungsstruktur im Verlauf der vergangenen Jahre stärker für verschiedene Arten von Beteiligungsformaten (vgl. Kapitel 5.5) geöffnet, mit dem ein Zielkonflikt hervorgetreten sei: Durch die Zunahme und Intensivierung von Beteiligungsformaten – so die Erzählung einer Person aus Verwaltungskreisen – habe sich verwalterisches Handeln insofern verkompliziert, als dass mit zunehmender Beteiligung weitere Anpassungsschleifen erforderlich seien. Neben dem vergrößerten

zeitlichen Faktor sei darüber hinaus das Ende eines verwalterischen Prozesses zu dessen Beginn weniger absehbar. Beides stelle verwalterisches Handeln vor größere Herausforderungen als es noch vor einigen Jahren der Fall gewesen sei. Zugleich erhöhe es auch das Frustrationspotential bei jenen involvierten Akteur*innen, da ihnen Beteiligungsmomente und deren Outputs bzw. Outcomes zunehmend auseinanderzufallen scheinen.

Insgesamt skizzieren die Befunde damit ein Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach einer zugänglicheren und weniger bürokratischen Verwaltung einerseits und einer zunehmenden Belastung bestehender Strukturen andererseits. Während der Ausbau sozialer Unterstützungsangebote und Beteiligungsmöglichkeiten als notwendig erachtet wird, führen begrenzte Ressourcen und komplexer werdende Verfahren zugleich zu Überlastung und Frustration. Damit stellt sich die Frage, wie Verwaltungsstrukturen künftig so gestaltet werden können, dass sowohl Zugänglichkeit und Beteiligung als auch die Handlungsfähigkeit der beteiligten Akteur*innen gewährleistet bleiben.

4.2 Situation der Zivilgesellschaft

Das folgende Kapitel beleuchtet die Rahmenbedingungen, unter denen sich Zivilgesellschaft vor Ort engagiert und organisiert. Dabei handelt es sich um jene Aspekte, die in den Interviews als besonders relevant hervorgehoben wurden. Zunächst werden Formen und Entwicklungen des ehrenamtlichen Engagements sowie bestehende Vernetzungen und Vernetzungsstrukturen in Siegen näher betrachtet. Anschließend stehen die finanzielle Situation und Förderstrukturen im Mittelpunkt, bevor schließlich die Situation marginalisierter Gruppen in den Blick genommen wird.

4.2.1 Ehrenamtliches Engagement

Auf Fragen nach dem ehrenamtlichen Engagement verweisen einige Befragte auf eine **Vielfalt der Möglichkeiten zum Engagement** in der Stadt und der Umgebung. Laut der Anfang 2024 von dem Meinungsforschungsinstitut forsa erhobenen Daten ist das Engagement in NRW überdurchschnittlich hoch. Die Quote der im gesamten Kreis Siegen-Wittgenstein engagierten Personen liegt bei 67 Prozent (forsa 2024: 4) und damit im Vergleich der Landkreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens auf dem zweithöchsten Rang. Gemeinsam mit einer hohen Vereinsdichte wird dies als Ausweis einer besonderen zivilgesellschaftlichen Qualität Siegens betrachtet:

„Allein bei der Stadt Siegen haben wir 550 registrierte Vereine. Das sind wahrscheinlich noch nicht einmal alle. In einem Stadtgebiet von 103.000 Menschen ist das unglaublich viel. Und das Thema ist auch: Die sind unglaublich aktiv. Und das gesamtgesellschaftliche Engagement ist unglaublich hoch. Und das zeichnet Siegen, glaube ich, aus.“ (Interview 4, Verwaltung)

Zudem wird auch die **demokratiebezogene Relevanz ehrenamtlicher Strukturen** unterstrichen. Auf die Frage, woran sie merke, dass in Siegen Demokratie gelebt werde, antwortet eine interviewte Person:

„Also zunächst das Wichtigste ist einmal, finde ich, das Ehrenamt. Das Ehrenamt ist für mich also ein sehr wichtiger Punkt, ja, dass Demokratie gelebt wird und vor allen Dingen auch umgesetzt wird, ja. […] Es gibt in Siegen unzählig viele Vereine, ganz tolle Dinge, wo also wirklich mit Herzblut gearbeitet wird.“ (Interview 7, Verwaltung)

Gleichzeitig schildern viele ehrenamtliche Engagierte diverse **Herausforderungen und Probleme**, mit

denen sie sich in ihrem Engagement konfrontiert sehen. Dazu gehört zunächst ein tiefgreifender **Strukturwandel des Engagements**. Die Interviewten schildern mehrfach im Hinblick auf die Kontexte, in denen sie sich engagieren, den Schwund von (Vereins-)Mitgliedern. Der Rückgang werde durch einen ausbleibenden Generationenwechsel in den jeweiligen Strukturen verstärkt. Mehrere Akteur*innen berichten von der Schwierigkeit, neue und vor allem junge Mitglieder für sich und die eigenen Vorhaben gewinnen zu können.

Bei denjenigen und vor allem jüngeren Personen, die sich dennoch in Strukturen einbringen, ließen sich **stärkere Flexibilitätsbedürfnisse und sinkende Bindungskapazitäten** beobachten: „Viele möchten sich nicht mehr so festlegen“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen). Auch wenn die Präsenz der Universität und der Studierenden in der Stadt auch im Hinblick auf das Ehrenamt klar spürbar sei und begrüßt wird, folgen daraufhin meist ambivalentere Einordnungen. Denn der zeitliche Horizont der Studierenden im Hinblick auf ihren Verbleib in Siegen begrenzt sich meist – und damit auch das jeweilige Engagement – auf die Dauer des Studiums. Für ehrenamtliche Strukturen bleibt dies nicht folgenlos:

„Wir erleben: Es gibt hohes Engagement, [viele] wollen sich beteiligen, ehrenamtlich was Sinnvolles tun. Aber eben nicht langfristig. […] Es gibt ganz wenige Althasen sozusagen, die ganz lange bleiben. Und die Neuen sind immer zwei, drei, Jahre, vier Jahre und sind dann weg dann. Und dann das ist so, man denkt: da sind tolle Sachen gewachsen und dann fängt man wieder von vorne an.“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen)

Insbesondere, wenn es sich bei wegziehenden Personen um zentrale „Schlüsselpersonen“ (vgl. Kapitel 0) handelt, kann das für ein Projekt bzw. für eine Initiative zur existentiellen Belastungsprobe werden. In systemischer Hinsicht führt dies zu der Folge, dass sich die ehrenamtlich anfallende Arbeit auf weniger Schultern verteilt, die dafür umso stärker beansprucht werden. Die Hürde für neue mögliche Engagierte mit Hemmschwellen, sich fest einzubinden (z.B. durch die Übernahme von Vereinsämtern) steigt damit potenziell weiter an.

Darüber hinaus schildern mehrere Interviewte trotz der Vielfalt von Vereinen und Initiativen **Erfahrungen des Frustes sowie eines Neben- statt Miteinanders**. Auch wenn es sich bei Siegen um keine Metropolstadt handele, so schildert eine befragte Person, sei ihr „wieder aufgefallen, dass es in Siegen verschiedene Akteure gibt, die zu dem Thema im weitesten Sinne arbeiten und sich zum Teil überhaupt nicht kennen“ (Interview 5, Geförderter Projektträger). Doch auch im Falle einander bekannter Akteur*innen zeigen sich stellenweise Ermüdungs- und Frustrationserfahrungen. In einem Gruppeninterview, an dem zwei Mitglieder einer Initiative teilnahmen, formulierte es eine Person folgendermaßen:

„Ja, du lädst immer ein, wenn wir was haben, wenn wir einen Stand haben. […] Es kommt keiner. Obwohl sie immer alle einlädt und wir auch auf Insta Werbung machen, und was weiß ich. Das finde ich also schon sehr traurig. Wir gehen eigentlich überall hin, wenn jemand einlädt, wenn es eine Demo gibt oder wenn irgendwas ist. Bei uns ist wenig Resonanz.“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger)

Solche Frustrationserfahrungen werden als die eigene Motivation dämpfend beschrieben. Der Faktor Zeit wird dabei mehrfach hervorgehoben; was auch auf die bundespolitische Ebene zurückgebunden wird: „Und das Thema Ehrenamt und Berufstätigkeit zu vereinbaren, was ja unser Herr Merz am liebsten von den Vollbeschäftigten auch noch verlangt, das ist schier unmöglich.“ (Interview 12, Geförderte Projektträger). Häufiger wird in diesem Rahmen auch auf ein sinkendes Verantwortungsgefühl für die eigene Umgebung, für das eigene Umfeld problematisiert. Statt eines

solidarischen Gesellschaftsverständnisses richte sich das eigene Engagement zunehmend an der Abwägung eines individuellen und „persönlichen Mehrwert[s]“ (Interview 8, Geförderter Projektträger) aus.

Zugleich wird von denjenigen Akteur*innen, die jene Probleme ehrenamtlichen Engagements skizzieren, der **wahrgenommene Handlungsdruck** als gleichzeitig stark steigend beschrieben. Dies führe zu einem Klima, das „sehr angstbesetzt und auch einfach sehr emotional“ (Interview 11, Weitere Initiative) sei. Im Umgang mit dieser Gemengelage schildern die Befragten unterschiedliche Umgangsweisen. Während die einen an bestehenden Strukturen, Formen des Engagements und Erzählungen festhalten, argumentieren andere für eine grundlegende (Selbst-)Befragung eigener Vorgehensweisen und grenzen sich damit zum Teil explizit von dem Modus des Festhaltens am Bestehenden ab:

„[E]s gibt nicht wirklich die Möglichkeit einer nüchternen Analyse, weil irgendwie man sich auch nicht eingestehen kann, dass etwas nicht gut läuft. […] Dass es eigentlich keinen Raum für Scheitern gibt in diesen Gruppen. Und deswegen werden selbst die kleinsten Erfolge, die man sich nicht selber auf die Fahne schreiben kann, dann selber auf die Fahne geschrieben.“ (Interview 11, Weitere Initiative)

Der Möglichkeit einer auch tiefgreifend selbstreflexiven Verortung werde damit das Wasser abgegraben. Die Wiederholung von Frustrationserlebnissen und den mit ihnen verbundenen Ermüdungserfahrungen sei damit – dieser Perspektive folgend – geradezu vorprogrammiert. Dies betrifft schließlich insbesondere auch Fragen der Vernetzung mehrerer Akteur*innen untereinander.

4.2.2 Vernetzung und Vernetzungsstrukturen

Werden die Interviewten nach bestehenden Möglichkeiten zur Vernetzung Ehrenamtlicher und von zivilgesellschaftlichen Organisationen gefragt, zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch hier wird prägnant auf eine **Vielzahl unterschiedlicher Netzwerke und Bündnisse** im zivilgesellschaftlichen Sektor verwiesen. Häufig genannt werden beispielsweise das Netzwerk gegen Diskriminierung oder auch das Siegener Bündnis für Demokratie. Ein Vorzug dessen bestünde – so berichtet ein Teil der Interviewten – in der Atmosphäre wechselseitiger Bekannt- und Vertrautheiten: „man kennt sich irgendwie untereinander“ (Gruppeninterview 2, Geförderte). Die lokale Ebene sei „relativ gut vernetzt“ und funktioniere „in weiten Teilen in Siegen recht gut“ (Interview 2, Jugendarbeit).

Diese Dynamik werde durch ein mit ihr verknüpftem Risiko konterkariert: Denn die Vertrautheit der Etablierten untereinander kann es jungen oder kleineren Akteur*innen erschweren, in diesen Netzwerken und Strukturen Fuß zu fassen (vgl. Elias 2002). Häufiger finden sich hierzu auch Erzählungen von einer spezifisch siegerländerischen Mentalität. Dieser hafte etwas „Bodenständiges“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen) und eine – auch positiv konnotierte – Behäbigkeit an. Damit ginge stellenweise auch eine gewisse „Sturköpfigkeit“ (Interview 6, Verwaltung) einher. Dabei ist zunächst sekundär, ob diese Erzählung tatsächlich zutreffen ist oder ob sie am Realen vorbeiläuft. Sie entfaltet bereits als Erzählung eine Eigenlogik, die die Art und Weise der Umgangsweisen prägen. Deswegen bestünde darin für neue Akteur*innen in Siegen tatsächlich die Herausforderung, in stärker etablierten Kontexten Anschluss zu finden.

Zurück zu den Netzwerken: In manchen Interviews finden sich im Hinblick auf deren Teile und Strukturen Sättigungsbeschreibungen wieder. Die Netzwerke und Bündnisse seien grundsätzlich

hilfreich, jedoch bestünde die Gefahr einer zu ausgeprägten Selbstreferenzialität – sowohl im Hinblick der Strukturen selbst als auch in Bezug auf in den Blick genommene Zielgruppen (z.B. von Formaten politischer Bildung):

„Die Leute, die sich sehr engagieren wollen und sich vernetzen wollen und da irgendwie was machen, die erreichen wir. Aber ich glaube, die Schwierigkeit ist eher, diejenigen zu erreichen, die das bräuchten und vielleicht explizit nicht möchten." (Gruppeninterview 2, Geförderte Projektträger)

Darin zeigt sich ein Phänomen, das im Feld der politischen Bildung als „Konfirmation der Konfirmierten" (vgl. statt vieler Barp & Engartner 2019: 12) beschrieben wird. Die Erarbeitung reflexiver Umgangsweisen mit diesem Phänomen sei einerseits zwar dringend geboten. Andererseits werde der sich schnell potenzierende Aufwand – etwa zusätzlich zu einem laufenden Berufsalltag – schnell problematisch: „Ich glaube, dass das sehr schwer ist, einfach diese Vernetzung nochmal weiter zu treiben" (Interview 5, Geförderter Projektträger). Nichtsdestotrotz ließen sich in den vergangenen Jahrzehnten hier bereits Öffnungsbewegungen bemerken, wie eine vor gut vierzig Jahren nach Siegen zugezogene Person berichtet: „Ich finde, dass Siegen sich schon in den letzten Jahren verändert hat und auch geöffnet hat" (Gruppeninterview 4, Geförderte).

Die Pluralität und hohe Anzahl der Netzwerke werden auch in einer anderen Hinsicht kritisch eingeordnet. So tauchen in Gesprächen mit den Interviewten stellenweise **Metaphern eines Gegeneinanders und eines Zersplitterns** auf, die jene eben dargestellte Pluralität eher im Modus eines Neben-, wenn nicht gar Gegeneinanders erscheinen lassen:

„Also wenn ich an 2019 zurückdenke, dann war das einfach durch viel breites, sogenanntes zivilgesellschaftliches Engagement auch geprägt. Und auch durch viel außerparlamentarischen Protest und Aktivismus und Gespräche, die da stattgefunden haben. Im ganz breiten Stil und Vernetzung untereinander. Und das findet heute nicht mehr statt." (Interview 11, Weitere Initiative)

Zwar ließe sich in der Positionierung gegen den III. Weg und AfD sowie die sie unterstützenden Vorfeldorganisationen ein gemeinsamer Vektor ausmachen. Dieser sei jedoch nur von stark begrenzter Reichweite. So berichten mehrere Interviewte von bündnisbezogenen Abgrenzungsbemühungen, die die Bearbeitung darüberhinausgehender Fragen und Themen erschweren bis verunmöglichen würden:

„Also es gibt in Siegen mittlerweile oder im Siegerland auf jeden Fall mindestens sieben Bündnisse, die sich alle als breites zivilgesellschaftliches Bündnis verstehen, und sich alle auf der einen Seite als unfassbar offen für alles geben und auf der anderen Seite unfassbar abgrenzen zu irgendwie vermeintlich extremistischen [gemeint sind antifaschistisch positionierte, Anm. d. Verf.] Menschen oder Gruppen." (Interview 11, Weitere Initiative)

Eine weitere Person formuliert es folgendermaßen:

„Ich würde mir ein größeres gemeinsames Wirken da noch wünschen, auch wenn man so in Richtung Demonstrationen und so schaut. […] Und wenn die sogenannte bürgerliche Mitte und die demokratischen Parteien aus der Mitte dann auch mit ins Boot kommt, die nicht dabei sind. Wenn so betitelte Linksextremist*innen oder was weiß ich dabei sein. Und naja, […] diesen Stempel kriegt man recht schnell in Deutschland, auch in letzter Zeit." (Interview 9, Soziale Arbeit)

Mit diesen Schilderungen ist die Frage aufgeworfen, wie breit die angesprochenen Bündnisse sich in ihrer Praxis aufstellen vermögen, und wie es um ihre Bündnisfähigkeit bestellt ist. Letzten Endes handelt es sich dabei um das politische Austarieren eines Spannungsfeldes zwischen Ähnlichkeit und Differenz unterschiedlicher Akteur*innen mit- und bisweilen gegeneinander. Eine interviewte Person unterstreicht in diesem Themennexus emphatisch:

„Oder auch diese, wie heißt das nochmal, Einigkeit zur Uneinigkeit. Das wird eigentlich schöner ausgedrückt, aber ihr wisst,

was ich meine. Einigkeit zur Uneinigkeit. Also dass man sagt: ‚Okay, wir erreichen hier keinen Konsens, aber wir können trotzdem respektieren, dass wir für das Gleiche einstehen.' Und irgendwie habe ich manchmal das Gefühl, dass also das finde aber gesamtgesellschaftlich, dass sich halt die Fronten zu sehr verhärten. Und das empfinde ich halt auch hier so." (Gruppeninterview 4, Geförderte)

Hier deuten sich somit Diskussionen um (Un-)Vereinbarkeiten sowie der Gewährung bzw. des Entzugs von Unterstützung innerhalb einer pluralen Landschaft von Akteur*innen an, wie sie auch auf bundespolitischer Ebene zu finden sind. Die damit aufgeworfenen Fragestellungen werden daher aller Voraussicht nach auch in Siegen nicht überraschend schnell an Bedeutsamkeit verlieren.

4.2.3 Finanzielle Situation und Förderstrukturen

In den Interviews wird wiederholt die Bedeutung verlässlicher Förderstrukturen für zivilgesellschaftliches Engagement hervorgehoben. Eine befragte Person bringt dies pointiert zum Ausdruck: „Also die Ehrenamtsstrukturen, […] die leben von Fördergeldern." (Interview 12, Geförderte Projektträger). Die **kommunalen Förderstrukturen** der Stadt Siegen werden mit Blick auf das ehrenamtliche Engagement positiv bewertet. Trotz kommunaler Sparzwänge werde nicht erwogen, an diesen Stellen zu kürzen:

„Es ist aber auch generell bei der Stadtverwaltung so, dass wir feststellen, dass an den Mitteln quasi, was dieses soziale Engagement angeht oder auch freiwillige Leistungen sind, nicht ernsthaft nachgedacht wird, daran zu sparen." (Interview 6, Verwaltung).

Die Verwaltung versteht die Förderung von Ehrenamt als eine zentrale „Aufgabe der öffentlichen Verwaltung". Dazu gehöre es, finanzielle und personelle Mittel bereitzustellen, „um Menschen dazu zu bewegen, sich zu beteiligen oder sich politisch zu engagieren" (Interview 3, Verwaltung).

Insbesondere die Förderung von Demokratie und Vielfalt sowie die Beteiligung am Bundesprogramm „Demokratie leben!" werden als Ausdruck eines stabilen „Grundverständnisses" innerhalb der Verwaltung beschrieben. Dieses habe auch politischen Infragestellungen standgehalten. So sei in Diskussionen über einen möglichen Rückzug aus bestimmten Bündnissen und Organisationen deutlich geworden, dass eine parlamentarische Mehrheit an diesem Grundverständnis festhalte:

„Und wir haben ja, wir haben auch jüngst ja Diskussionen gehabt, wo sozusagen die Fragestellung aufkam durch eben politische Anträge, sollen wir nicht Sachen auch sein lassen oder austreten aus bestimmten Bündnissen und Organisationen, wo dann sich sehr klar gezeigt hat, dass eine Mehrheit nicht dafür ist, sondern dieses Grundverständnis auch weiterträgt." (ebd.).

Zu dieser Mehrheit zähle nicht „die AfD" (ebd.). Als besonders relevant werden in diesem Zusammenhang demokratisch positionierte Schlüsselpersonen benannt, wie der Sozialdezernent oder der ehemalige Bürgermeister Steffen Mues, der, wie eine befragte Person wiedergibt, erklärt habe, „dass es für ihn selbstverständlich ist, dass diese Mittel nach wie vor bereitgestellt werden" (Interview 6, Verwaltung).

Als zweite zentrale Förderstruktur wird die Finanzierung über **private Quellen** genannt. Teilweise seien die Vereine „sehr gut organisiert" und hätten „keine wirklichen finanziellen Probleme": „Wenn da Geld benötigt wird, dann machen die einen Spendenaufruf oder machen ein paar kleine Veranstaltungen, ja. […] Also von daher sehr gut, ja (Interview 7, Verwaltung). Gleichwohl mache sich auch hier die steigende Inflation bemerkbar: „Oft wird ja auch sehr viel Geld, privates Geld in Ehrenamt reingesteckt,

ja, merkt man da natürlich auch mittlerweile, ja, die privaten Kassen sind auch knapp.“ (ebd.)

Auch **Stiftungen und Unternehmen** werden als relevante Fördermittelgeber beschrieben. Der Zugang zu diesen Mitteln sei häufig „einfacher, unkomplizierter“ als die Beantragung staatlicher Fördergelder. Zugleich wird kritisch angemerkt, dass private Stiftungen und Unternehmen zunehmend Aufgaben übernehmen, die als staatliche Verantwortung verstanden werden:

„Manchmal habe ich den Eindruck [von Stiftungen und Unternehmen] […] gibt es mehr Gelder wie von Vater Staat? […] Zumal Vater Staat, Kürzung an so demokratischen Schulungssachen und so Kürzung, wo ich das erst recht völlig absurd und gruselig finde. Also das kann meiner Meinung nicht sein, dass Stiftungen das eigentlich finanzieren müssen, was eine demokratische Struktur eigentlich sicherstellen muss, dass sie demokratisch bleibt.“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen)

Eine zentrale Förderstruktur bildet das **Bundesprogramm „Demokratie leben!“** mit der PfD in Siegen (vgl. Kapitel 6). Durch das Programm könnten insbesondere „kleinere Vereine“ unterstützt werden. Gleichzeitig wird die projektförmige und zeitlich begrenzte Finanzierung als problematisch beschrieben. Unsicherheit besteht insbesondere hinsichtlich des Fortbestands des Programms:

„Also, hat der jetzt in letzter Zeit, finde ich, immer wieder viel so in Nachrichten gehört, von Demokratie leben. Wird das sich jetzt verändern? Wird das weiter bestehen? Und da, finde ich, herrscht noch ein bisschen Unsicherheit. Und ich finde, dass Demokratie leben so weiter besteht als Förderprogramm, ist sehr wichtig. […] Viele von unseren Projekten werden auch mitfinanziert durch die Demokratie leben. […] Und das heißt, dass irgendwie Gelder für unabhängige Projekte da sind, finde ich, sehr wichtig. (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie)

Zudem weisen die Interviews auf **Zugangshürden zu Fördermitteln** hin. Für die Beantragung von Fördermitteln, wie die des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, seien unter anderem „solide Deutschkenntnisse, eine solide Kenntnis der Strukturen, der behördlichen Strukturen, der behördlichen Sprache“ erforderlich (Interview 12, Geförderte Projektträger). Personen, die über diese Kenntnisse nicht verfügen, könnten bei der Antragsstellung auch nur begrenzt unterstützt werden, da es „am Ende […] ja trotzdem die Person [sei], die es dann schreibt“ (Interview 5, Geförderter Projektträger). Eine weitere Zugangshürde ergibt sich aus der starken Ausrichtung kommunaler Förderstrukturen auf eingetragene Vereine. Lose Gruppen und informelle Zusammenschlüsse verfügten häufig nicht über die notwendigen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen, um kommunale Fördermittel zu erhalten. So wird kritisiert, dass freie Gruppen, die Bürger*innen einbeziehen, „viel zu wenig gefördert werden“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Gleichzeitig wird von anderen Personen auch vor zu starken Abhängigkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen gewarnt. Wenn staatlichen Fördermitteln in der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge eine zu zentrale Rolle zukommt, besteht die Gefahr, dass diese ihr „kritisches Potenzial“ (Interview 11, Weitere Initiative) einbüßen. Damit ist die Frage aufgeworfen, wie zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt werden können, ohne sie in einem gleichen Maße wieder einzuhegen. Schließlich wird die Kurzfristigkeit der Projektförderung kritisiert. Für den langfristigen Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen brauche es mehr „Verlässlichkeit“.

Insgesamt bilden öffentliche wie private Förderstrukturen eine wichtige Grundlage für zivilgesellschaftliches Engagement in Siegen, wobei insbesondere die kommunale Unterstützung und das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ als zentral bewertet werden. Zugleich zeigen sich strukturelle Grenzen, sodass es für eine nachhaltige Demokratieförderung vor allem verlässlichere, niedrigschwelligere und langfristigere Finanzierungsformen braucht.

4.2.4 Situation marginalisierter Gruppen

Die Situation marginalisierter Gruppen ist im Folgenden aus einer intersektionalen Perspektive zu betrachten (vgl. Walgenbach 2017; Hill Collins 2023). Obwohl einzelne Gruppen getrennt dargestellt werden, ist zu berücksichtigen, dass sich verschiedene (Un-)Gleichheitskategorien und Formen der Diskriminierung überschneiden. Die getrennte Darstellung dient daher ausschließlich der inhaltlichen Strukturierung und soll nicht den Eindruck voneinander unabhängiger oder in sich homogener Gruppen erwecken.

4.2.4.1. Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche werden in den Interviews „nicht nur im Kontext Schule“ (Interview 1, Jugendarbeit) als von Benachteiligung und Diskriminierung betroffen beschrieben. Dies betreffe insbesondere ihre öffentliche und politische Wahrnehmung. Eine befragte Person formuliert folgenden Wunsch:

„Ich wünsche mir, dass Jugendliche viel mehr das Gefühl haben, gesehen zu werden und ernst genommen zu werden. Und auch in ihrer Verschiedenheit gesehen zu werden und ernst.“ (Interview 1, Jugendarbeit)

Als Beispiel wird der Umgang mit dem Jugendparlament angesprochen. So seien Entscheidungen der Jugendlichen von anderen politischen Vertreter*innen infrage gestellt worden und mit Konsequenzen zu Lasten der Finanzierung des Jugendparlaments gedroht worden – teilweise auch über Social Media. Eine befragte Person spricht von einer „Schlammschlacht auf Social Media“, in deren Rahmen das Jugendparlament „schon ziemlich direkt angegriffen“ worden sei. Einzelnen Mitgliedern „ging es da jetzt nicht so toll mit“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Solche Auseinandersetzungen vermitteln den Jugendlichen den Eindruck, nicht ernst genommen zu werden. Entsprechend wird betont, dass das Jugendparlament „genauso ernst genommen werden [müsse], wie andere Gremien und andere Akteure“ (ebd.).

Über die bestehenden Beteiligungsformate hinaus wird ein Bedarf an weiteren, niedrigschwelligeren Partizipationsmöglichkeiten formuliert. Diese sollen auch Jugendliche erreichen, „die sich vielleicht nicht so gut artikulieren können oder ihre Bedürfnisse nicht so gut darstellen können“ (Interview Jugendarbeit 1) oder „die keine deutsche Sprache sprechen“ (Interview 2, Jugendarbeit). Dabei wird auf die begrenzte Reichweite formalisierter Beteiligungsstrukturen, wie des Jugendparlament, verwiesen.

Als weitere Benachteiligung werden fehlende frei zugängliche Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum genannt. Abseits von Schule und Jugendzentren gäbe es nur wenige Orte, „wo Jugendliche auch unbeobachtet von Erwachsenen rumhängen können“ und dort auch akzeptiert werden (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger). Zwar existieren einzelne Angebote, wie ein Skatepark, diese seien jedoch häufig „sehr an den Rand gedrängt“ und dadurch für Jugendliche teilweise nur schwer erreichbar (Interview 1, Jugendarbeit). Solche Orte werden als wichtige Voraussetzung für die Entwicklung eigener Jugendkulturen beschrieben, „da Jugendkultur […] auch von diesen selbstgestalteten Orten“ lebe (ebd.).

Darüber hinaus wird die Sicherheit bestimmter Wege kritisiert. So stelle sich häufig die Frage: „Wo sind wird? Und ist es okay, da alleine lang zu gehen?“. (Interview 2, Jugendarbeit). Dies betreffe etwa den

Weg zwischen BlueBox und Oberstadt, das Siegufer, den Bahnhof und die Unterstadt (vgl. Kapitel 5.3).

Kinder und Jugendliche werden somit als Gruppe beschrieben, deren Teilhabe durch mangelnde Anerkennung, begrenzte Beteiligungsformate, fehlende frei zugängliche Räume und Sicherheitsfragen teilweise eingeschränkt wird.

4.2.4.2. Senior*innen und hochaltrige Menschen

Für Senior*innen und hochaltrige Menschen werden in den Interviews vor allem der Umgang mit Behörden sowie eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten als Herausforderung beschrieben. Einige Personen seien beispielsweise mit der Beantragung ihrer Rente „komplett überfordert“ (Interview 12, Geförderte Projektträger). Umso wichtiger seien Institutionen, die über ausreichend Zeit und personelle Ressourcen verfügen, um bei solchen Beantragungen zu unterstützen.

Erschwert werde die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zudem durch die Topografie Siegens und begrenzte Erreichbarkeiten durch den öffentlichen Personennahverkehr. So gebe es ältere Menschen, die „auf ihren Bergen hocken und nicht mehr runterkommen, und nicht mehr zum Einkaufen oder sonst was“ kommen (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen). Die räumliche Lage einzelner Wohnorte kann damit zu sozialer Isolation und einer eingeschränkten Versorgung im Alltag beitragen.

Das kulturelle Angebot für ältere Menschen wird positiv bewertet. Die Möglichkeit, daran teilzunehmen, setze jedoch Eigeninitiative und ausreichend Mobilität voraus: „Es kommt keiner und klingelt oder kommt mit dem Bus und fährt dich mal zu irgendeinem Event. Wenn man will, kann man vieles machen.“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger). Als besonders positiv werden die Angebote des Begegnungszentrums „Haus Herbstzeitlos“ hervorgehoben.

Insgesamt wird die Teilhabe älterer Menschen vor allem durch bürokratische Hürden, eingeschränkte Mobilität und fehlende aufsuchende Angebote begrenzt.

4.2.4.3 Menschen mit Beeinträchtigung

Für Menschen mit physischen Beeinträchtigungen werden in den Interviews insbesondere die Topografie und die Abhängigkeit vom öffentlichen Personennahverkehr als zentrale Herausforderungen beschrieben. Die teilweise großen Entfernungen und Höhenunterschiede erschwerten den Zugang zu Angeboten und gesellschaftlicher Teilhabe. Eine befragte Person fasst dies folgendermaßen zusammen:

„Aber die Wege sind halt für alles recht weit […]. Wir können die Berge nicht platt machen und wir müssen was anderes tun, um Menschen, die beeinträchtigt sind oder die so am Leben nicht teilhaben können, irgendwie mit ins Boot zu holen und nicht zurückzulassen.“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen)

Zugleich wird von einem wachsenden Unterstützungsbedarf berichtet, der sich unter anderem in einer steigenden Anzahl von Anträgen, auch im Zusammenspiel mit psychischen Belastungen, zeige. Aus Sicht eines Wohlfahrtsträgers dürften die hierfür erforderlichen Mittel zur Unterstützung dieser Personengruppe nicht gekürzt werden (ebd.).

Als weitere Lücke wird die unzureichende Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit

sozialpädagogischem Förderbedarf sowie Menschen mit geistiger Behinderung in demokratische Bildungs- und Beteiligungsprozesse benannt. Diese Gruppen würden in entsprechenden Angeboten häufig „vergessen“. Einzelne Initiativen, etwa im Rahmen von „Aktion Mensch“, setzten hier bereits an (Interview 8, Geförderter Projektträger).

Für eine stärkere gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen werden zudem bauliche Maßnahmen als notwendig erachtet. Genannt werden insbesondere barrierefreie Wohnungen in zentralen Lagen sowie generationenübergreifende „neue Wohnformen“ (ebd.).

Die Interviews verweisen damit sowohl auf infrastrukturelle und finanzielle als auch auf partizipative Barrieren, durch die Menschen mit Beeinträchtigung in ihrer gleichberechtigten Teilhabe eingeschränkt werden.

4.2.4.4 Migrantisierte Menschen

Die Situation migrantisierter Menschen in Siegen wird in den Interviews ambivalent beschrieben: Einerseits wird Siegen als „schon immer eine offene Stadt […] für Zuwanderung“ (Interview 6, Verwaltung) und als „aufnahmefreundliche Kommune“ (Interview 3, Verwaltung) charakterisiert, die sich wiederholt bereit erklärt habe, bestimmte Gruppen von geflüchteten Menschen aufzunehmen. Insbesondere in Phasen verstärkter Migration habe sich eine hohe Hilfsbereitschaft innerhalb der Stadtgesellschaft gezeigt. Genannt wurden unter anderem Spendenaktionen, Sprachkurse, die Bereitstellung von Wohnraum und vielfältiges ehrenamtliches Engagement. Eine befragte Person resümiert: „Das empfinde ich schon als sehr warmherzig auch, was die Siegener Bevölkerung da auch leisten kann“ (Interview 6, Verwaltung). Darüber hinaus stelle die Stadt Siegen verschiedene Unterstützungsangebote und Projekte für zugewanderte Menschen bereit.

Andererseits werde eine zunehmend angespannte „gesellschaftliche Grundstimmung“ (Interview 12, Geförderte Projektträger) gegenüber migrantisierten Menschen wahrgenommen. Dies äußere sich in „plakativen politischen Statements“ und Beiträgen in sozialen Medien und führe dazu, „dass Menschen […] allgemein Angst [hätten], wie sehr sich die politische Stimmung geändert hat“ (ebd.).

Als Ausdruck dieser Entwicklungen werden verbreitete Vorurteile und rassistische Zuschreibungen beschrieben. Eine befragte Person berichtet, dass sich viele Menschen über „Ausländer“ aufregen (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Zudem würden Falschmeldungen dazu beitragen, dass migrantisierten Menschen pauschal die Verantwortung für gesellschaftliche Probleme zugeschrieben werde: „und dann heißt es immer, da, das hängt alles damit zusammen, weil wir zu viele Menschen mit Migrationshintergrund haben“ (Interview 7, Verwaltung). So würden „migrantische junge Männer“ im öffentlichen Raum häufig pauschal mit „aggressiven jungen Männern“ gleichgesetzt werden (Interview 9, Soziale Arbeit). Darüber hinaus wird von körperlichen Übergriffen im öffentlichen Raum berichtet, die kaum Thema öffentlicher Wahrnehmung und Debatten seien: „Dass da Geflüchtete wegrennen müssen, nachts am Bahnhof und so weiter. Oder Menschen, die wie Geflüchtete aussehen, […] das wird nicht thematisiert.“ (Interview 1, Weitere Initiative). Betroffene kritisieren, dass sie nach solchen Übergriffen kaum danach gefragt werden, „wie man sich dann fühlt“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie).

Die Interviews verweisen zudem auf konkrete Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen am

Arbeitsplatz und in der Schule. Teilweise würden diese Vorfälle von betrieblichen und schulischen Verantwortlichen nur unzureichend aufgearbeitet.

Auch die bestehenden Unterstützungsangebote stehen nach Einschätzung der Befragten zunehmend unter politischem Druck. Es werden „gravierende Änderungen“ befürchtet (Interview 8, Geförderte Projektträger). Zugleich beobachten Fachkräfte der Sozialen Arbeit einen wachsenden „Sozialneid“ gegenüber Angeboten für Menschen mit Migrationsgeschichte. So gerieten auch zunehmend Personen unter Druck, die sich für migrantisierte oder geflüchtete Menschen engagieren; ihnen werde zunehmend mit Unverständnis bis Ablehnung begegnet.

Schließlich werden klassische Beteiligungsformate als teilweise zu hochschwellig beschrieben. Parteipolitische Aktivitäten und formalisierte Gremien seien für viele Menschen mit Migrationsgeschichte nur schwer zugänglich. So beschreibt eine Person:

„also ich glaube auch mit Menschen mit Migrationshintergrund und solche Sachen, das ist viel zu weit weg sozusagen, diese Abläufe und so, deswegen, ganz viele unterschiedliche, auch von Fragen von Stadtfest, wo man irgendwie mit den Leuten ins Gespräch kommt und ganz konkret ihre Anliegen erhebt und guckt und durch Social Media, durch Kanäle, die jungen Leute irgendwie und solche Sachen.“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen)

Die geringe Repräsentation von Menschen mit „internationaler Familiengeschichte“ im Stadtrat wird in diesem Zusammenhang als weiterer Hinweis auf begrenzte politische Teilhabe genannt (Interview 4, Verwaltung).

Insgesamt zeigen die Interviews eine Gleichzeitigkeit von Hilfsbereitschaft und Unterstützungsstrukturen einerseits sowie deutlich zunehmende Diskriminierung migrantisierter Menschen, eine steigende Abwertung von Unterstützer*innen und hohen gesellschaftlichen wie politischen Druck andererseits.

4.2.4.5 Queere Menschen

Queere Menschen und ihre Unterstützungsstrukturen sind in Siegen wiederholt von queer-feindlichen Übergriffen betroffen. Besonders häufig werden in diesem Zusammenhang Angriffe auf den andersROOM, das Zentrum der Queeren Initiative Siegen e.V., genannt. Zu den Vorfällen zählen Beleidigungen und Bedrohungen, Sachbeschädigungen – etwa das Zerstören von Schaukästen oder das Anzünden der gehissten Regenbogenflagge – sowie Einbrüche in deren Räumlichkeiten. Die Situation wird als so bedrohlich beschrieben, „dass die Jugendlichen da terrorisiert werden, wöchentlich, dass denen aufgelauert wird, dass die eingeschüchtert werden“ (Interview 11, Weitere Initiative).

Kritisch wird zugleich darauf hingewiesen, dass die betroffenen Personen und die konkreten Folgen der Angriffe nur unzureichend öffentliche Aufmerksamkeit und Anteilnahme erhalten. Auch eine breite Solidarisierung mit der Initiative und den betroffenen Personen bleibe aus. Eine befragte Person formuliert dies wie folgt:

„Also man beschäftigt sich nie mit den Leuten, die jetzt schon darunter leiden. Es gab keine breite Solidarisierung mit dem AndersROOM, als er ja in den letzten Jahren sechsmal angegriffen wurde und da Brandsätze gelegt wurden. Und man ist einfach dagegen, gegen die Leute, die sowas machen. Aber man beschäftigt sich nicht damit, was das wirklich bedeutet.“ (Interview 11, Weitere Initiative)

Die Interviews machen deutlich, dass queere Menschen und ihre Unterstützungsstrukturen wiederholt mit queer-feindlicher Gewalt konfrontiert werden und sich dabei in und von Siegen nur unzureichend gesehen und solidarisch unterstützt fühlen. Zugleich ist die Bedeutung queerer Initiativen wie des andersROOMs hervorzuheben: Sie schaffen Räume für Begegnung, Beratung, Schutz und Unterstützung. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Hasskriminalität gegen LSBTIQ* (Bundeskriminalamt 2026), die am 25. Juli 2026 durch den tödlichen Angriff auf dem Berliner CSD einen traurigen Höhepunkt erreichte. Insbesondere in ländlich geprägten Regionen scheinen solche Strukturen besonders wichtig, denn dort bestehen in besonderem Maße weiterhin queer-feindliche Vorurteile und es fehlt an etablierten Unterstützungsnetzwerken (Ministerium für Kinder, Jugend, Familie Gleichstellung, Flucht und Integration NRW 2025: 95 ff.).

Zudem ist dies in einem bundespolitischen Fahrwasser zu verorten, in dem einige Unterstützungsstrukturen queerer Menschen und Kontexte ausgetrocknet zu werden drohen. Dazu zählt unter anderem die Beendigung des nationalen Aktionsplans durch die Bundesfamilienministerin Karin Prien sowie die überraschende Kündigung der Rahmenvereinbarung und der Bundesförderung für das queere Jugendnetzwerk Lambda e.V. zum Jahresende 2026. Beides ist Gegenstand vehementer Kritik, auch angesichts der Zunahme der Gewalt gegen queere Menschen (vgl. exempl. LSDV* 2026; Bundesverband Trans* 2026; Jugendnetzwerk Lambda e.V. 2026). Der andersROOM stellt damit eine notwendige Infrastruktur und wichtige Bereicherung für Siegen und die gesamte Region dar.

4.2.4.6 Offen antifaschistisch positionierte Menschen und Gruppen

In den Interviews wird von Angriffen auf linke und offen antifaschistisch positionierte Personen, Gruppen und Einrichtungen berichtet, z. B. auf Mitglieder der Linksfraktion, das VEB und die Bücherkiste. Insbesondere um die 2010er Jahre sei es wiederholt zu Anschlägen auf das Kreis- und Fraktionsbüro der Partei Die Linke Siegen-Wittgenstein gekommen (vgl. Die Linke 2011). Auch habe es Angriffe auf und einen Einbruch in die Bücherkiste gegeben, wo „alles kurz und klein gehauen“ worden sei (Interview 11, Weitere Initiative). Auch wird betont, dass die betroffenen Räume und Personen weiterhin geschützt und als Orte antifaschistischen Engagements erhalten bleiben müssten.

Darüber hinaus wird beschrieben, dass linke und antifaschistische Akteur*innen und Gruppen in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen teilweise ausgeschlossen und pauschal als extremistisch eingeordnet werden. Eine befragte Person führt aus, dass Veranstaltungen für Demokratie und Vielfalt mehr Menschen erreichen könnten, wenn man aufhöre, „Leute die man als links liest“, unmittelbar als Extremist*innen einzuordnen (Interview 9, Soziale Arbeit). Dieses Narrativ werde durch rechtsextreme Akteur*innen und soziale Medien befördert. So würden Personen, die gegen rechte Strukturen demonstrieren, pauschal als „militante Linksextremisten“ oder gewaltbereit dargestellt (ebd.).

Zugleich wird bei vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Gruppen ein ausgeprägtes „Abgrenzungsbedürfnis“ wahrgenommen. Zwar bestünde punktuell Offenheit und Unterstützung für links und antifaschistisch positionierte Aktionen, zugleich werde jedoch schnell eine Grenze gezogen, sobald Aktionen über einen engen Konsens – etwa die Ablehnung der AfD – hinausgingen. Alles, was als zu kritisch eingestuft werde, sei dann „nicht mehr diskutabel“ und werde zurückgewiesen. Bei gemeinsamen Aktionen werde dann vielfach darauf geachtet, nicht zu kritisch aufzutreten, da die weiteren Beteiligten befürchteten, andernfalls „die breite Masse“ zu verlieren.

5. Ressourcen und Möglichkeitsräume

Das Kapitel nimmt die Ressourcen und Möglichkeitsräume in den Blick, die zivilgesellschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe vor Ort ermöglichen und stärken. Im Fokus stehen dabei zunächst zivilgesellschaftliche Netzwerke und Initiativen sowie die Funktion zentraler Schlüsselpersonen, anschließend Orte und Räume und gemeinschaftsstiftende Feste und Veranstaltungen. Schließlich werden verschiedene Formen und Formate der Beteiligung näher betrachtet – von Angeboten für Kinder und Jugendliche über Vereine und Verbände sowie Gremien und Räte bis hin zu weiteren Beteiligungsprozessen, wie dem bislang nicht ins Leben gerufene Bürger*innenrat.

5.1 Zivilgesellschaftliche Netzwerke und Initiativen

Die breit aufgefächerte **Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteur*innen** wird von vielen der Interviewten würdigend hervorgehoben. Die benannte Breite reicht dabei exemplarisch von Heimatvereinen bis zu aktivistisch ausgerichteten Gruppen und Räumen sowie von freiwilligen Feuerwehren bis hin zu Sport- und Fanvereinen. Die Pluralität zivilgesellschaftlichen Engagements sei eine wesentliche Säule dessen, was Siegen auszeichne, wie es eine Person schildert:

„Positiv an Siegen finde ich, dass Siegen bunt ist. Das ist es. Es wird immer bunter. […] Also das Ehrenamt in Siegen empfinde ich als sehr stark. Auch von den verschiedenen Trägern, wo es immer wieder Berührungspunkte und Austausch gibt.“ (Interview 12, Geförderte Projektträger)

Zugleich sieht sich diese Pluralität mit **Kontinuitäten älterer Konfliktlagen sowie dem Aufbrechen neuerer Disruptionen** konfrontiert. Auch angesichts von „Traditionslinien von militant-neonazistischen Strukturen“ (Interview 10, Mobile Beratung) seien insbesondere als explizit politisch auftretende Akteur*innen aufgerufen, sich intensiv mit Sicherheitskonzepten auseinanderzusetzen. Dies betrifft sowohl konkrete Aspekte (z.B. angesichts des Auftretens in öffentlichen Räumen) wie auch Fragestellungen institutioneller Art. Relevant sind dabei etwa vereinsrechtliche Punkte, nicht zuletzt auch im Hinblick auf Hausordnungen und Satzungen:

„Naja, wie gehen wir halt im Verein damit um, wenn eines unserer Mitglieder im Grunde dort rechtsextreme Positionen vertreten hat? Wenn auf einer Vereinsfeier es zu entsprechenden Äußerungen kamen, verfassungsfeindliche Symbole getragen wurden und so? Wie gehen wir da als Verein mit um?“ (Interview, Mobile Beratung 10)

Wesentlich gehe es dabei auch um **Aspekte des jeweiligen Selbstverständnisses**. Akteur*innen, die sich selbst als per se a- oder unpolitisch verstünden, liefen sehr viel stärker Gefahr, eine Bearbeitung solcher Fragen bereits im Vorhinein zu verdecken, statt proaktiv zu bearbeiten. Dabei benötige es insbesondere angesichts diverser Logiken der Verunsicherheitlichungen – exemplarisch sei auf die Diskussion um die vermeintliche „Neutralität“ zivilgesellschaftlicher Organisationen oder um das Gemeinnützigkeitsrecht verwiesen – couragierte Herangehensweisen und Positionierungen. Diese seien in präventiver Hinsicht vor allem deshalb bedeutsam, da zu vermuten ist, dass der Druck dieser Mechanismen auf absehbare Zeit nicht abflauen wird. In einer weniger gefahrenzentrierten Lesart liegt eben hier auch ein großes Potential, wie eine interviewte Person es beschreibt:

„Wir sprechen ja viel auch so aus der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Akteure, nenne ich das jetzt mal, also, die auch mit einer politischen Agenda überhaupt antreten, an ihr tun und handeln. Ich glaube, das Riesenpotenzial besteht eigentlich auch in Vereinen und Initiativen, die eigentlich ganz andere Ziele haben. Also, ein Fußballverein existiert ja vor allem, um

Fußball zu spielen, aber auch da, das ist ja auch eine Notwendigkeit, dass sie irgendwie demokratisch organisiert sind, aber was besteht denn über den, ich sag mal, formalen Vereinskram hinaus an Beteiligungsmöglichkeiten, an Aushandlungsmöglichkeiten? Wie werden da vielleicht Mannschaftsräte gebildet, die auch vielleicht Konflikte klären oder Probleme behandeln? Findet da irgendeine Form von Bildung in dem Sinne statt? Gleiches gelte für Feuerwehren, Gesangsvereine, Schützenvereine. […] Das ist ein Riesenpotenzial, aber da, finde ich, passiert so oft relativ wenig und das ist so ganz dünn. Da gibt es vielleicht so drei, vier im Vereinskopf, sage ich mal, die vielleicht so ein demokratisches Bewusstsein haben, aber dann in der Kabine oder am Mannschaftsabend oder was auch immer wird trotzdem ganz schön viel menschenfeindliche Scheiße dahergelabert und da schreitet niemand ein. Das wird dann irgendwie hingenommen oder gehört dazu oder sonst was. Und das fände ich auch sehr interessant, da mehr zu machen, mehr zu ermöglichen." (Gruppeninterview 4, Geförderte)

Mit dem Blick auf mögliche Ressourcen wird in den Interviews wiederholt auf die **Herausforderungen** verwiesen, die mit der Vielzahl unterschiedlicher Netzwerke und Bündnisse einhergehe. Zwar sei deren Pluralität und Themenbezogenheit grundsätzlich begrüßenswert. Nichtsdestotrotz gingen mit diversen Abgrenzungsbemühungen und „Grabenkämpfen" (Gruppeninterview 4, Geförderte) Reibungsverluste einher, die ihrerseits dringend anderswo benötigte Ressourcen bündeln. Zugleich werden jene Auseinandersetzungen auch als Ausweis lebendiger Aushandlungsprozesse dargestellt. In Bezug auf den im Gruppeninterview zuvor gefallenen Begriff der „Grabenkämpfe" sagt eine interviewte Person:

„Ich finde ja sowas immer bereichernd eigentlich, weil das ja ein Zeichen für Diskussion ist. Und ich finde auch: Demokratie heißt ja nicht, dass wir uns alle leiden können und dass wir immer alle einer Meinung sind. Sondern es heißt auch, sich streiten, vor allen Dingen vielleicht auch sich streiten. Aber es setzt so viel demokratisches Wissen und so viel demokratische Haltung auch voraus, überhaupt damit umgehen zu lernen, was denn ist, wenn Leute nicht einer Meinung sind." (Gruppeninterview 4, Geförderte)

Widersprüche, Spannungslinien und Gegensätze seien aus dieser Perspektive auch belebend für Bündnisse, da sie Räume zur Aushandlung öffnen, statt vorschnell zu schließen (vgl. Barnewitz 2022). Eine dafür benötigte „demokratische Haltung" der einzelnen Akteur*innen zueinander gerate jedoch dann zunehmend unter Druck, wenn Abgrenzungsbewegungen von Akteur*innen innerhalb des Bündnisses als willkürlich und als nicht nachvollziehbar aufgefasst werden.

Auch aus dieser Motivation heraus plädieren mehrere Interviewte aus Siegen für die Etablierung eines Kontextes, in dem es gelänge, breitere Allianzen gegen die extreme Rechte zu bilden. Und auch eine Person mit einem explizit überregional angesiedelten Blick spricht sich dafür aus:

Ich glaube, die Zivilgesellschaft ist schon sehr plural. Und ich würde mir wünschen […], wenn es irgendwie gelingt, dort nochmal auch breitere Bündnisse zu schmieden. Und man quasi über diese verschiedenen Sichtweisen, die man da teilweise hat – politische Gruppen, Anti-Rassismus-Gruppen, aber dann eben ein bisschen dann zu den bürgerlichen Parteien und so weiter, Leute, die Erinnerungsarbeit machen, Leute, die gewerkschaftliche Arbeit machen […]. Ich glaube, schaden würde es nicht, wenn man einfach sagt: Okay, da eine breite, sichtbare Kraft nochmal zu haben vor Ort, die das Thema setzt. So, das wäre gut. […] Ich würde ja schon fast sagen, es wäre schon gut, wenn alles so bleibt, wie es jetzt ist, wenn nicht alles noch schlimmer wird. Aber nein. Man kann da schon auch noch Ansprüche haben." (Interview 10, Mobile Beratung)

Damit ein solches Vorhaben überhaupt gelingen könne, benötige es jedoch mehr als formale Akte. Vielmehr benötige es Kontexte kollektiver und konfliktiver Aushandlungen. Es fehle der „Raum, das zu diskutieren. Also Plattformen, wo man sich begegnen kann" (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger), schildert es eine Person. Dieser Eindruck fand sich zudem in den informellen Gesprächen wieder, die die Teilnehmenden der Gruppeninterviews nach dem Ausschalten der Mikrophone miteinander führten. Dort zeigten sie sich häufig für die Gelegenheit dankbar, ohne eine durch eine Tagesordnung vorgegebene Struktur über grundsätzliche Fragen des demokratischen Miteinanders in Siegen ins Gespräch zu kommen.

5.2 „Schlüsselpersonen“

Als besonders relevant zur Förderung demokratischer Kulturen in der Kommune wurden verschiedene lokal verankerte „Schlüsselpersonen“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger) genannt, deren demokratisches Engagement als zentrale Ressource für Siegen zu verstehen ist. Diesen Schlüsselpersonen gilt in Siegen besondere Aufmerksamkeit: Sie werden als Repräsentant*innen demokratischer Werte wahrgenommen, dienen demokratisch Engagierten als Ansprechpartner*innen und übernehmen Vermittlungsfunktionen, z. B. bei Konfliktsituationen innerhalb der Stadtgesellschaft.

In den Interviews wird deutlich, dass insbesondere **kommunale Spitzenämter** – allen voran Bürgermeister und Landrat – als entscheidend gelten. Von Bedeutung ist hier ein nahbares, präsentes Auftreten und eine Offenheit auch „für kleinste Probleme“ sowie die aktive Förderung von Beteiligungsformaten wie Bürger*innengespräche und Kinder- und Jugendbeteiligungsformate. Wiederholt wird die Notwendigkeit eines öffentlich sichtbaren Auftretens gegen demokratiefeindliche Ereignisse, Akteur*innen, Parteien und Gruppen genannt. In besonders positiver Erinnerung bleiben die Teilnahme von Bürgermeister und Landrat bei Veranstaltungen wie dem Christopher-Street-Day oder Demonstrationen gegen Rechtsextremismus sowie „eindrückliche Reden“ für Demokratie. Wichtig sei zudem eine klare demokratiefreundliche und antifaschistische Haltung, auf die man „langfristig bauen“ könne, sowie die Aktivierung weiterer Schlüsselpersonen, wie Ortsbürgermeister*innen der Stadt Siegen, für demokratiefreundliche Initiativen. Ein Interviewpartner fasst dies folgendermaßen zusammen:

„Also sozusagen die Funktion oder die Ämter von Bürgermeistern oder Landräten oder so, ist da ja schon entscheidend, welches Amtsverständnis die sozusagen haben. Und auf die wird natürlich besonders geguckt und wenn die sich eben, ich sage mal, da sehr stark einbringen und auch, was weiß ich, sich selbst für Beteiligungsformate einsetzen oder auch, wenn wir jetzt die Begriffe von eben als Demokratiefreunde sozusagen darstellen und das auch deutlich machen mit Statements und so weiter.“ (Interview 3, Verwaltung)

Zentrale **Leitungspersonen**, etwa aus der weiteren Stadtverwaltung, der Universität, von Wohlfahrtsträgern und Unternehmen werden als relevant erachtet, zum Beispiel wenn sie zur Teilnahme an Demonstrationen aufrufen oder öffentlich durch Reden und Positionierungen in Erscheinung treten und damit maßgeblich die Kulturen und das Klima innerhalb ihrer Institutionen beeinflussen.

Wiederholt werden Personen aus der **Sozialen Arbeit** als verlässliche Partner benannt. Sie seien „immer offen“ für demokratisches Engagement, kennen Förderstrukturen sowie Netzwerke.

Auch das **Vereins- und Verbandsleben** sei maßgeblich vom Engagement Einzelner abhängig, die Netzwerke pflegen, Räume und Veranstaltungen organisieren, Ideen einbringen und Ressourcen, wie Autos und Spenden, bereitstellen. Die Zentralstellung von Einzelpersonen wird als besonders fragil beschrieben: „Und wenn gewisse Schlüsselfiguren wegbrechen, dann schläft das irgendwann wieder ein“. Gleiches betrifft das Engagement von Studierenden, die häufig „auf der Durchreise“ seien, kurzfristig wertvolle Ideen einbringen und mitgestalten würden, aber Siegen „nicht als ihren Lebensmittelpunkt langfristig sehen“ (Interview 11, Weitere Initiative).

Schlüsselpersonen sind insofern eine wichtige Ressource, weil sie innerhalb ihrer Netzwerke und/oder in der Stadtgesellschaft im Besonderen in Erscheinung treten und damit zu relevanten Akteur*innen innerhalb stadtgesellschaftlicher Debatten werden. Indem sie demokratische Werte öffentlich

vertreten und in den Strukturen ihrer Einflussbereiche verankern, verleihen sie demokratiefördernden Anliegen Gewicht und Sichtbarkeit und tragen gegebenenfalls zur Mobilisierung weiterer Akteur*innen bei.

5.3 Orte und Räume

Während den Interviews wird immer wieder deutlich, wie wichtig Orte und Räume für Begegnungen sind. Von den Befragten werden bestimmte Treffpunkte wiederholt in ihrer Wichtigkeit betont, die wir im Folgenden exemplarisch heranziehen.

Für **Kinder und Jugendliche** seien vor allem die Jugendzentren und insbesondere die BlueBox in zentraler Lage ein „richtig zentraler Treffpunkt". Dort gäbe es „verschiedene Projekte […], wo man einfach sich austauschen kann und wo man aber auch aktiv werden kann […] da gibt es immer Möglichkeiten", so eine Jugendliche (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Zudem wird der Abenteuerspielplatz Rabauki als Ort benannt, wo Kinder und Jugendliche früh lernen können, „wie wichtig so ein Miteinander ist, so ein guter Umgang miteinander, aber auch, ja, wie funktioniert Demokratie?" (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen). Wichtig sei zudem die Akzeptanz von zentralen Treffpunkten außerhalb von Institutionen, also „selbstgewählte Orte" – ohne dass junge Menschen dort vertrieben werden. So seien sie an solchen Orten, wie dem Bahnhof, der Citygalerie, den Schulhöfen außerhalb der Schulzeiten, am oberen Schloss, der Siegpromenade oder der Nikolaikirche „teilweise nicht gern gesehen", wenngleich insbesondere solche Orte für Jugendliche besonders wichtig sind (Interview 1, Jugendarbeit). Aus sozialpädagogischer Perspektive ist dies mit dem Konzept der „Raumaneignung" und der Ermöglichung von Freiräumen für Kinder und Jugendliche zu fassen (vgl. Deinet 2022).

Besonders relevant erscheinen zudem **(sozio)kulturelle Zentren**. Häufig wird das Reallabor ‚KIQ – KulturIntegrationQuartier' in der Alten Hammerhütter Schule genannt. Das KIQ sei der zentrale „interkulturelle Treffpunkt" (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie) in Siegen. So berichtet eine befragte Person:

„Und das andere, also gerade so im privaten oder Bereich waren für mich internationale Kochabende im KIQ. Also ich war beteiligt an der Vorbereitung, an der Ausführung und nachher auch mit Saubermachen und so weiter. Das war für mich einfach so ein Kennenlernabend. Und also ein Kennenlernen von anderen Menschen, die einen migrantischen Ursprung hatten und ein sehr angenehmes Zusammentätigsein. Und das fand ich wirklich sehr, ja, sehr gut für mich auch." (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie)

Das KIQ werde von unterschiedlichsten Gruppen gerne genutzt und sei stets gut belegt, wenngleich der Zustand als dringend renovierungsbedürftig beschrieben wird.

Neben dem KIQ werden das Haus Herbstzeitlos, das Lÿz, das VEB, der VORTEX SURFER Musikclub, das Schellack und das Bruchwerktheater als zentrale Begegnungsorte benannt. Für Studierende erscheinen vor allem Räumlichkeiten an der Universität, wie die Räume der Fachschaften und das Kultkaff (Autonomes Kulturreferat der Uni Siegen), relevant.

Als zentrale Orte expliziter **politischer Bildung** werden die Mittwochsakademie der Universität Siegen, die Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung sowie die Bücherkiste benannt.

Darüber hinaus werden wiederholt Treffpunkte im **öffentlichen Raum** thematisiert. Hervorgehoben

wird etwa eine neue „Picknick-Kultur“ am Bertramsplatz und am Schlosspark. Darüber sei man „sehr positiv überrascht“ und man hoffe: „vielleicht bleibt es ja.“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger). Ein „großartiger Ort“ seien außerdem die Stufen am Siegufer (Interview 9, Soziale Arbeit) sowie das „SCHÖNUNDGUT Erfahrungsfeld Fischbacherberg“. Dies wird als „wichtiger demokratischer Ort […] für verschiedene Initiativen und Projekte“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projekte) beschrieben.

Gleichwohl wird auf die **Prekarität solcher Räume und Treffpunkte** verweisen. Besonders in Erinnerung geblieben sind die Schließungen verschiedener „Kultkneipen“, wie die „Motte“ (2004) oder der „Eulenspiegel“ (2023). Auch das Bangen um die Kneipe „Schellack“ taucht in den Interviews auf. Eine Person beschreibt diese Orte aus migrantischer Perspektive wie folgt: „Eulenspiel zum Beispiel oder am Bahnhof war Motte. Motte, da durften wir so ohne Angst hingehen.“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Das bedeutet mit dem Wegfall solcher Räume gehen auch sichere Räume für marginalisierte Gruppen verloren.

Auch niedrigschwellige Räumlichkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen oder Selbstorganisationen wie der „frei:RAUM e.V.“[4] gebe es nicht mehr: „man konnte sich diesen Raum mieten für einen sehr schalen Taler und konnte da mit seinem Verein reingehen oder man konnte das als Proberaum benutzen oder man konnte da Feiern drin veranstalten. Ja, aber das gibt es jetzt nicht mehr.“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger). Kritisiert wird die Kurzfristigkeit vieler Initiativen, u. a. aufgrund der Abhängigkeit von der politischen Lage und der städtischen Unterstützung:

„Also es gibt ja kaum irgendwie diese offenen sogenannten Begegnungsräume oder auch Bewegungen, Räume der sozialen Bewegungen hier, die nicht irgendwie abhängig sind von Mietverträgen, von Zuschüssen von der Stadt, von dem Gutwillen von Privatmenschen. Das ist auf jeden Fall ein Unterschied und das macht sie halt eben auch sehr anfällig gerade für politische Entwicklungen, für Repressionen von der Stadt oder vom Staat. Und ja, das macht mich ein bisschen pessimistisch, was die Zukunft angeht.“ (Interview 11, Weitere Initiative)

Insgesamt wird mehrfach betont, dass es an einem attraktiven „Begegnungszentrum“ bzw. einer „Begegnungsstätte, einem „Kulturzentrum“ für jegliche Zielgruppen fehle, das „moderner“ wäre als bestehende Räumlichkeiten.

Im öffentlichen Raum erschwerten **städtebauliche Maßnahmen und Restriktionen** die Raumaneignung durch zivilgesellschaftliche Initiativen. So hätte der neu gestaltete Herrengarten einen großen Platz und das Potenzial dort „Bürgerfeste“ oder „Musikveranstaltungen“ zu veranstalten; allerdings „meckert die Stadt immer, wenn man da irgendwie was veranstalten will, weil der Rasen kaputt geht. Und dann denke ich so, ja, also es ist halt Rasen im öffentlichen Raum, da laufen Leute drüber, da setzen sich Leute drauf, er geht auch ein bisschen kaputt“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger). Gleiches gelte für den Bertramsplatz:

„Also, das war ein schöner offener Park mit einem Spielplatz und jetzt ist das ein Spielplatz, eingezäunt in einer Grünfläche, wo aber irgendwie niemand sein soll. Wo auch ständig irgendwie die Polizei dann so da durchrockt und so weiter und so Razzien macht. Das ist eigentlich gegen Zivilgesellschaft.“ (ebd.)

Insgesamt zeigen die Interviews, dass zugängliche Räume eine zentrale Grundlage für Begegnung,

[4] Der frei:RAUM e.V stellte in der Löhrstraße 30 einen Raum für soziales Engagement zur Verfügung, der für satzungsgemäße Zwecke von Initiativen und Gruppen angemietet werden konnte. Im Mai 2024 wurde der frei:RAUM geschlossen (KGB Siegen o.J.; Instagram o.J.).

soziale Teilhabe und die Etablierung eines demokratischen Miteinanders bilden. Zugleich gefährden Schließungen, unsichere Finanzierungen sowie ordnungs- und stadtplanerische Einschränkungen die Verstetigung dieser Räume und damit auch die langfristige Stabilität zivilgesellschaftlichen Engagements.

5.4 Feste und Veranstaltungen

Neben den Orten und Räumen wurde in den Interviews wiederholt die **Relevanz von (Kultur-)Veranstaltungen und Stadtfesten** unterstrichen. In einer Vielzahl von Veranstaltungen wird dabei insbesondere das Freundschaftsfest hervorgehoben:

„Das ist total schön zu sehen, wer alles da ist und wer sich vorstellt. Und das ist wirklich ein multikulturelles Fest, was sehr viel Lebensfreude ausstrahlt. Und das, finde ich, macht Siegen aus." (Interview 12, Geförderte Projektträger)

Die Bedeutsamkeit von Veranstaltungsformaten wie dem Freundschaftsfest ist dabei eine doppelte: Zum einen eröffnen sie als Veranstaltungsformate selbst Räume der Begegnung, allgemein gesprochen für die in Siegen und Umgebung lebenden Personen. Zum anderen jedoch sind die Planungs- und Organisationsprozesse ihrerseits als Begegnungsformate zweiter Ordnung zu verstehen. In ihnen greifen zivilgesellschaftliche Organisationen ineinander, entwickeln vertrauensvolle Verhältnisse zueinander (vgl. hierzu Boeser & Wenzel 2022). Zivilgesellschaft lässt sich demzufolge nicht nur als eine Vielzahl nebeneinander existierender Akteur*innen, sondern als deren vielgestaltiges Miteinander begreifen, das es zu fördern und zu stützen gilt.

Zugleich spielen auch hier Fragen einer prekären oder prekärer zu werdenden Ressourcenausstattung eine zentrale Rolle. Auch wenn eine Vielzahl an Veranstaltungen benannt wird, wird der **Wunsch nach einer solideren Förderung und stärker zielgruppenübergreifenden Formaten** mehrfach formuliert. Dabei geht es dann nicht allein um Fördermittel für einmalige oder wiederkehrende Veranstaltungen, sondern auch um die Bereitstellung von Infrastrukturen der Begegnung. Dies zielt auf Unterstützung weiterer „Möglichkeit[en] des Zusammenkommens" (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger), beispielsweise im Rahmen gemeinschaftlicher Gartenbauprojekte.

Auch wird die Bedeutung von **Fachveranstaltungen und Fortbildungen** wiederholt benannt. Neben dem eben betonten Begegnungsaspekt geht es hierbei auch um Modi der Professionalisierung, bei denen beispielsweise städtische oder zivilgesellschaftliche und universitäre Akteur*innen ineinandergreifen, wie bei den jährlich stattfindenden Demokratiekonferenzen (vgl. Kapitel 6.2, 6.3). Solche Kontexte eröffnen damit immer auch Möglichkeitsräume für themenbezogene Kooperationen.

Schließlich wird auch die **Demonstrationskultur** Siegens als „relativ florierend" (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger) beschrieben. Besonders im Anschluss an mobilisierende Ereignisse von bundespolitischer Relevanz – etwa die Veröffentlichung der Correctiv-Recherchen im Januar 2024 – hätte in Siegen ein kurzfristig vorhandenes Mobilisierungspotenzial für demokratische Großdemonstrationen genutzt werden können. Jedoch wird dies nicht von allen Interviewten als ein Ausweis einer belebten Zivilgesellschaft betrachtet. So seien jene Großereignisse für ein breiteres Personenspektrum Siegens allenfalls kurzfristig mobilisierend:

„So ein Großereignis. Da kommen alle und dann, wenn man so denkt: ‚Okay, jetzt muss man irgendwie, sagen wir mal so, diese Welle reiten', kommt keiner mehr. Also jetzt nach diesen großen Kundgebungen auch gegen die AfD nach den Correctiv-

Recherchen und zur ‚Remigration' und so. Da waren an der Bismarckhalle ein paar tausend Leute und dann irgendwie ein paar Wochen später am Herrengarte nur noch Vier-, Fünfhundert gekommen. Das ist so mein Eindruck immer. Die Leute denken: ‚Naja, ich habe mich jetzt einmal positioniert, jetzt ist ja gut.'" (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger)

Die **Rolle von Großdemonstrationen** wird in den Interviews somit nicht allein als Erfolgsgeschichte, sondern als ambivalent eingeordnet. Zwar sei einerseits das große Mobilisierungspotential zu begrüßen. Andererseits deuten sich Risse zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen an, wenn es um Fragen der Verstetigung von Engagement und Protest geht. Besonders denjenigen, die skeptisch auf das schnelle Abflauen der Demonstrationen blicken, erscheinen diese lediglich als Akte einer symbolische Selbstvergewisserung. Diese seien zwar hilfreich, um das Augenmerk auf spezifische Themen zu lenken. Die symbolische Selbstvergewisserung berge jedoch die Gefahr, die Bedeutung der Demonstrationen auf ihre demonstrative Wirkung zu reduzieren. Anhaltende Auseinandersetzungen mit strukturellen Themen – wie beispielsweise der Verbreitung von Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – würden damit verdeckt. Eine interviewte Person äußert sich dazu folgendermaßen:

„Das ist einfach kein Thema. Sondern es geht nur darum: Wie können wir […] die Maske aufrechterhalten, dass wir eine tolle Zivilgesellschaft sind und eine ganz linke, oder nicht linke, aber humanistische und weltoffene Stadt sind? Und wir müssen immer wieder noch ein Straßenfest machen und nochmal zeigen, wie bunt wir sind, und noch ein paar Regenbogenfahnen aufhängen, um diese Maske einfach aufrechtzuerhalten." (Interview 11, Weitere Initiative)

Die ambivalenten Perspektiven auf Feste, Veranstaltungen und Demonstrationen verdeutlichen damit zugleich deren Chancen und Grenzen. Sie können Begegnungsräume eröffnen, zivilgesellschaftliche Netzwerke stärken und gesellschaftliche Themen sichtbar machen. Sie können jedoch auch Gefahr laufen, in ihrer Wirkung lediglich punktuell und symbolisch zu bleiben. Umso bedeutsamer sind daher verlässliche Ressourcen und Infrastrukturen, die es ermöglichen, solche Anlässe in kontinuierliche Formen von Vernetzung, Engagement und gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu überführen. Wichtig sind dabei insbesondere auch Räume, die kritische (Selbst-)Befragungen vereinfachen.

5.5 Beteiligungsformate

Beteiligungsprozesse finden auf unterschiedlichen Ebenen und in vielfältigen Formen statt. Sie eröffnen – im besten Fall – verschiedenen Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten, ihre Interessen einzubringen und das Gemeinwesen mitzugestalten. Das Unterkapitel betrachtet zunächst Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche und nimmt anschließend die Rolle von Schlüsselpersonen sowie die Bedeutung von Vereinen und Verbänden in den Blick. Daran rücken formelle Beteiligungsstrukturen wie Gremien und Beiräte sowie weitere Beteiligungsprozesse in den Fokus, bevor abschließend der vom Rat der Stadt Siegen beschlossene, aber bislang nicht eingerichtete Bürger*innenrat als spezifischer Beteiligungsansatz näher beleuchtet wird.

5.5.1 Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche

Als besonders etabliertes Beteiligungsformat für Kinder und Jugendliche wird in den Interviews das Siegener **Jugendparlament** hervorgehoben, das seit 2012 besteht. Einige Befragte äußern sich

wiederholt stolz über seine Entwicklung und Verstetigung:

„Also es gibt kaum Kommunen, die ein solch gut aufgestelltes Jugendparlament oder so eine Vertretung haben. […] Und da sind wir in Siegen schon sehr stolz drauf, oder da dürfen wir sehr stolz drauf sein. Und das haben wir auch immer weiterhin gefördert. Und das ist auch etwas, was ich auch hoffe, was auch noch viele, viele Jahre noch weiterhin so bleibt." (Interview 6, Verwaltung)

Das Jugendparlament wird als „erste Schulung von jungen Menschen in der demokratischen Arbeit, also in den Ausschüssen der Stadt Siegen" (Interview 4, Verwaltung) beschrieben. Es eröffne Jugendlichen die Möglichkeit, kommunalpolitische Abläufe kennenzulernen, eigene Anliegen einzubringen und Interesse an weiterführendem politischem Engagement zu entwickeln. So könnten Gewählte aus dem Jugendparlament im Jugendhilfeausschuss beratend mitwirken und an Sitzungen weiterer Ausschüsse teilnehmen. Welche Ausschüsse besucht werden, entscheidet das Jugendparlament selbst (Interview 4, Verwaltung; Interview 2, Jugendarbeit).

Darüber hinaus setzen die Jugendlichen – u. a. mit Unterstützung durch den Jugendfonds im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" – eigeninitiativ Veranstaltungen und Projekte um. Dazu zählen beispielsweise ein jährliches Konzert gegen Rechts, Bildungsfahrten, Demokratieprojekte an Schulen und Podiumsdiskussionen zu Wahlen. Inhaltlich beschäftigte sich das Jugendparlament in den vergangenen Jahren insbesondere mit Rechtsextremismus und Strukturen der extremen Rechten. Darüber hinaus hätte es Veranstaltungen und Projekte zu Rassismus, Sexismus, Homophonie, Terrorismus, Islamismus und Antisemitismus sowie zu aktuellen Themen wie Krieg und Klima gegeben (Interview 2, Jugendarbeit). Eine Jugendliche bezeichnet das Jugendparlament als „die eine große Partizipationsmöglichkeit" in Siegen (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie).

Gleichzeitig werden auch Grenzen des Formats benannt. Vor allem Jugendliche, die bereits ein grundsätzliches Interesse an Politik hätten, würden erreicht; andere Jugendgruppen seien teilweise weniger erreichbar (Interview 2, Jugendarbeit). Zudem sei das Jugendparlament zuletzt mit politischen Neutralitätsforderungen konfrontiert gewesen, obwohl es sich selbst als überparteiliches Gremium versteht. Dort sei es seitens einiger politischer Vertreter*innen zu einem „Shitstorm, den das Jugendparlament erlebt hat", gekommen (ebd.). Vonseiten der Jugendlichen wird außerdem der Eindruck geäußert, innerhalb kommunalpolitischer Gremien nicht immer „ernst genommen" zu werden (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Kritisch wird insbesondere die konkrete Einbindung in die Ausschussarbeit bewertet:

„Eigentlich sollen junge Leute politische Partizipation und Strukturen kennenlernen. Und was sie kennenlernen, sind politische Strukturen, die sehr veraltet sind, […] die sich gleichzeitig nicht um das Engagement und die Einbindung der jungen Leute kümmert. Also wenn Leute aus dem Jugendparlament in die Ausschüsse gehen, sind sie sehr allein. Sie werden nicht großartig adressiert. Sie werden nicht großartig unterstützt. Sie fühlen sich sehr isoliert und haben vielleicht auch ein bisschen Angst." (Interview 4, Verwaltung)

Neben dem Jugendparlament werden auch **Jugendtreffs** als Orte benannt, „wo [Jugendliche] Beteiligung wahrnehmen können" (Interview 2, Jugendarbeit). Auch in andere **Formate der Jugendarbeit**, wie etwa im Rahmen von Vereinen, könnten sich Jugendliche „direkt und konkret einbringen" (ebd.). Jugendarbeit – sei es in Form von Jugendtreffs, Vereinen oder Verbänden – gilt als zentraler Orte der Demokratiebildung (vgl. Sturzenhecker & Richter 2010). Gleichwohl stehen Jugendtreffs und Formate einer diversitäts- und diskriminierungssensiblen Jugendarbeit als Orte der Demokratiebildung mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik zunehmend unter Druck, unter anderem

aufgrund von Delegitimierungsversuchen insbesondere durch Akteur*innen der extremen Rechten sowie im Zuge fiskalpolitischer Steuerungslogiken, wodurch Handlungsspielräume zunehmend eingeschränkt werden (vgl. Hafeneger et al. 2020; Hübner et al. 2025). Zudem werden punktuelle Partizipationsmöglichkeiten in der **Schule** genannt. Im Rahmen von Wahlen zu (Bezirks-)Schülersprecher*innen bzw. zu Schulparlamenten würden Jugendliche beteiligt werden (vgl. hierzu kritisch: Wohnig 2026; Coelen &Wohnig 2025; Coelen 2010).

Insgesamt verfügt Siegen über verschiedene, teils stark formalisierte Beteiligungsformate für Jugendliche, während Kinder in den vorliegenden Beschreibungen kaum in Erscheinung treten. Zugleich stellt sich die Frage, welche jungen Menschen durch diese Angebote tatsächlich erreicht werden, wie ernst ihr Engagement genommen wird und in welchem Maße sie sich selbst als ernst genommen erfahren.

5.5.2 Vereine und Verbände

In den Interviews wird ein **Bild Siegens mit einer vielfältigen und engagierten Vereins- und Verbandslandschaft** gezeichnet. Das Ehrenamt wird dabei ausdrücklich als wesentliche Ressource für ein gelingendes Zusammenleben beschrieben. So gebe es in Siegen „enorm viele Vereine, die hier aktiv sind“ (Interview 4, Verwaltung). Besonders hervorgehoben werden Sportvereine, die freiwillige Feuerwehr sowie diverse weitere Vereine als wichtige Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit.

Den Vereinen werden dabei **unterschiedliche soziale Funktionen** zugeschrieben. Sportvereine seien insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene von Bedeutung, während Heimat-, Kultur- und Erinnerungsvereine insbesondere für ältere Menschen eine wichtige Funktion erfüllen. Der freiwilligen Feuerwehr wird darüber hinaus eine besondere Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zugeschrieben. Aktivistischere Initiativen seien hingegen besonders für die Protestkultur Siegens von zentraler Relevanz, insbesondere wenn es um die Ausrichtung von und Mobilisierung zu (Gegen-)Protesten geht.

Als weitere Ressource wird die **Vielfalt spezialisierter Initiativen und Selbstorganisationen** sichtbar. Genannt werden unter anderem Migrantenselbstorganisationen, gegen Diskriminierung positionierte Netzwerke, queere Initiativen sowie kleinere lokale Zusammenschlüsse. Das „Netzwerk gegen Diskriminierung“ wird beispielsweise als Akteur beschrieben, der sich „regelmäßig zusammensetz[t] und austausch[t] und Aktionen mach[t]“ (Interview 5, Geförderter Projektträger). Auch die Migrantenselbstorganisation wird als Bereich beschrieben, in dem „viele, viele Dinge [...] entstanden sind“ (Interview 8, Geförderter Projektträger).

In diesem Kontext wird auch der **Wunsch nach stärkerer Vernetzung** formuliert: Die vielen Gruppen sollten „untereinander auch eine Koordination haben“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie) und intensiver miteinander kommunizieren. Die Vereins- und Verbandslandschaft stellt damit eine zentrale Ressource für sozialen Zusammenhalt, Teilhabe und demokratisches Engagement dar, deren Potenzial durch bessere Förderung und Vernetzung noch stärker genutzt werden könnte.

5.5.3 Gremien und Beiräte

Die Zusammenarbeit in den politischen Gremien Siegens wird in den Interviews **insgesamt ambivalent**

beschrieben. Einerseits wird das politische Klima als grundsätzlich konstruktiv wahrgenommen. Insbesondere zwischen den demokratischen Fraktionen von Volt, Linken, Grünen, SPD, FDP und CDU gebe es eine „große interfraktionelle Zusammenarbeit“ (Interview 4, Verwaltung), die sich zunehmend zu einer projektbezogenen Zusammenarbeit entwickle. Andererseits wird betont, dass der Trend zu mehreren, aber kleineren Fraktionen des Rates die politische Arbeit teilweise erschwere. Zudem lasse sich in manchen Themenfeldern eine „impulsartig[e] und reflexartig[e]“ (Interview 4, Verwaltung) Debatten- und Streitkultur beobachten, die den kommunalen Politikzyklus erschwere.

Als wichtige Ressource wird die **grundsätzliche Funktionsfähigkeit der politischen Gremien und die Möglichkeit zur Beteiligung** hervorgehoben. Der Rat der Stadt Siegen und die Ausschüsse werden als Orte demokratischer Mitwirkung beschrieben. Auch aus Sicht der Verwaltung sind zusätzliche Gremien wie das Jugendparlament zwar mit höherem Arbeitsaufwand verbunden, zugleich aber „wichtig und sinnvoll“ (Interview 3, Verwaltung). Dennoch seien daher politische Prozesse aufwendiger und weniger vorhersehbar als früher. Die zunehmende Zahl politischer und gesellschaftlicher Interessenvertretungen führe demnach zu „mehr Schleifen“ (ebd.) und binde zusätzliche Ressourcen.

Von zivilgesellschaftlicher Seite aus wird wiederum kritisiert, dass jene **Beteiligungsprozesse oft als wirkungslos** gelten. So schildert eine interviewte Person das folgende Erlebnis:

„Also ich erinnere mich da auch an so eine Umfrage zum öffentlichen Nahverkehr. Die war auch so: Wie könnte man den öffentlichen Nahverkehr anders gestalten? Da habe ich mich auch […] hingesetzt und wir haben uns wirklich viele Gedanken gemacht. Weil wir hier das Problem haben; ich sage mal, auf der Linie Kochs Ecke bis Geisweid fährt alle fünf Minuten ein Bus. Und alles darüber hinaus wird schwierig. Also hier auf die Berge, geschweige denn in die Dörfer, kann man froh sein, wenn es halbstündlich passiert.“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger)

Auch wenn Beteiligungsprozesse grundsätzlich zu begrüßen seien, werden sie häufig als in die Leere führend wahrgenommen. Auf die benannte Umfrage sei „nie was zurückgekommen“ (ebd.), was die eigene Beteiligung letzten Endes dequalifiziere. Sie droht in diesem Sinne „simulativ“ zu werden (vgl. hierzu Blühdorn 2013).

Eine besondere Herausforderung für die Gremienarbeit stellt der **Umgang mit der AfD** dar. In den Interviews wird einerseits eine klare Abgrenzung der demokratischen Fraktionen auf Grundlage eines breiten „Grundkonsenses“ (Interview 3, Verwaltung) beschrieben. Zugleich stehe dieser Grundkonsens angesichts des anhaltenden Umfragehochs der AfD auf Bundes- und Landesebene zunehmend unter Druck. Angesichts dessen sowie aufgrund schrittweiser Annäherungsprozesse bezüglich politischer Programmatiken (vgl. Schroeder & Bruns 2025) stellt sich für zivilgesellschaftliche Akteur*innen im Hinblick auf Gremien die Frage, wie konsequent an diesem „Grundkonsens“ festgehalten werde. Von zivilgesellschaftlicher Seite aus werden gegenüber der Verwaltung und politischen Gremien daher **klare Positionierungen** – etwa in Form von Veranstaltungen, Leitbildern und der Übernahme organisationaler Vorbildrollen – eingefordert. Adressiert werden in den Interviews explizit die Verwaltungsstrukturen der Stadt Siegen, insbesondere in Gestalt von Personen mit Leitungsverantwortung und kommunalpolitischer Präsenz.

Insgesamt deutet sich damit ein Spannungsfeld zwischen einer grundsätzlich tragfähigen demokratischen Zusammenarbeit und zunehmenden politischen Konflikten, höherem Abstimmungsbedarf und veränderten Anforderungen an die Gremienarbeit an.

Darüber hinaus werden mehrfach die bestehenden **Beiräte als hilfreiche Brücken zwischen**

Kommunalpolitik und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen beschrieben. Durch ihre Bündelungsfunktion eröffne sich ein hilfreicher Weg, die Interessen spezifischer Gruppen der Siegener Stadtbevölkerung im kommunalpolitischen Raum zu artikulieren. Hervorgehoben werden hier insbesondere der Integrationsrat, der Inklusionsbeirat, sowie der Seniorenrat der Stadt Siegen. Die mit ihnen verknüpften, vonseiten der Stadt Siegen bereitgestellten Infrastrukturen (z.B. Geschäftsführungen, Budgets und Raumnutzungsmöglichkeiten) werden als relevant für ihre Tätigkeiten erachtet.

Neben diesen prinzipiellen Gutheißungen werden gleichzeitig Ambivalenzen und Kritikpunkte benannt, die – so einige der Interviewten – jenes partizipative Potential zu schmälern drohen. Dazu zähle eine Langatmigkeit politischer Prozesslogiken, welche Möglichkeiten zur Beteiligung auf diesem Wege ungleich verteile.

Darüber hinaus spiegele sich jene Pluralisierung des Parteiensystems auch in den Strukturen der (Bei-)Räte wider. Angesichts dessen drohe das Arbeitsklima in „nicht sachlich[e]“ und „unproduktiv[e]“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie) Modi zu kippen. Jene Risse, die mehrfach in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht benannt wurden (vgl. Kapitel 4.1), finden sich mit den Beiträgen mancher Interviewter auch im Bezug etwa auf Beiratsstrukturen. Auch hier ist damit die Frage aufgeworfen, wie gremienbezogene Zusammenarbeit angesichts nicht zuletzt parteipolitisch polarisierter Bedingungen gestaltet werden kann.

5.5.4 Bürger*innenbeteiligungsprozesse und der Bürger*innenrat

In den Interviews wird ein **breites Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten** in Siegen benannt. Neben formalen politischen Gremien werden insbesondere Demonstrationen, Vereine, Initiativen, runde Tische, soziale Medien und weitere niedrigschwellige Formate als wichtige Wege gesellschaftlicher Teilhabe beschrieben. Dabei wird betont, dass unterschiedliche Formate notwendig sind, da klassische parlamentarische Beteiligungsformen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erreichen. Dies zielt insbesondere auf Engagementschwellen, die die Möglichkeiten zum Engagement ungleich verteilen (vgl. allgemein dazu BMFSFJ 2025; Munsch 2026). In Siegen betreffe dies vor allem Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Migrationsgeschichte.

Als Ressource wird zudem die **ausgeprägte Beteiligungs- und Demonstrationskultur** in Siegen wahrgenommen. Demonstrationen schaffen öffentliche Sichtbarkeit und ermöglichen, sich gemeinsam für demokratische Anliegen einzusetzen. Auch Vereine bieten Möglichkeiten zur Mitbestimmung und zur aktiven Gestaltung des eigenen Umfelds; insgesamt wird die Landschaft an Vereinen und Netzwerken als „breit“ beschrieben. Gleichzeitig zeigen die Interviews, dass Beteiligung nicht automatisch zu einer nachhaltigen Aktivierung führt. Diese Entwicklung kann als „Eventisierung“ (Hitzler 2011) begrifflich gefasst werden. Große Ereignisse wie Demonstrationen können demnach hohe Mobilisierungsgrade erreichen, während das Engagement anschließend deutlich nachlassen kann, wenn das Aufrechterhalten nachhaltiger sozialer Strukturen nicht gelingt.

Als **Herausforderung** wird insbesondere die fehlende Rückkopplung bei Beteiligungsprozessen benannt. So berichten Interviewte von Beteiligungen und Befragungen, auf die anschließend „nie eine Reaktion oder überhaupt ein Ergebnis“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger) folgte, was

ausdrücklich als frustrierend erlebt wird. Zugleich wird die Bedeutung von Offenheit und Zugänglichkeit hervorgehoben: In Vereinsstrukturen sei die „Möglichkeit [...] der Partizipation des Öffnens für andere Bevölkerungsgruppen“ (Interview 6, Verwaltung) teilweise bereits mitgedacht. Insgesamt erscheint die Beteiligungslandschaft damit als vielfältige Ressource, deren Wirkung wesentlich davon abhängt, ob unterschiedliche Zielgruppen erreicht und Beteiligungsergebnisse sichtbar aufgegriffen werden.

Als wiederkehrender Konfliktherd im Themenfeld kommunalpolitischer Beteiligungsformate trat das Thema **Bürger*innenrat** hervor. Von zivilgesellschaftlich verankerten Akteur*innen wurde der im Dezember 2021 vom Rat der Stadt Siegen gefasste Beschluss zur Einrichtung eines Bürger*innenrates wiederholt als partizipativer Hoffnungsträger benannt (vgl. Universitätsstadt Siegen 2021: 17 f.). Gleichzeitig stehe dieser für die Enttäuschung partizipatorischer Versprechen, da dessen Einrichtung nach wie vor auf sich warten lasse. Weiter zugespitzt formuliert lege für manche Interviewte der Umstand, dass die Einrichtung Bürger*innenrat seitens der Stadt Siegen nicht proaktiv verfolgt werde, die Vermutung nahe, dass der Stadt nur vordergründig an dem ergebnisoffenen Einbezug der Bürger*innen gelegen sei. Eine zivilgesellschaftlich verankerte Person nutzt dafür den Begriff der „Alibi-Partizipation“ und begründet ihn folgendermaßen:

„Ich nenne das so, weil ich den Eindruck habe, dass man gefragt wird, um Widerspruch zu minimieren. Nicht, weil man tatsächlich das machen will, was die Leute sich wünschen, sondern damit man sie mal angehört hat. Und dann kann man sagen: ‚So, ja, das haben wir jetzt aber auch gehört und wir nehmen das mal mit.‘, Das ist dann der Satz, der kommt. Und danach passiert nichts.“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger)

Aufseiten der Stadtverwaltung wird demgegenüber auf Fragen personeller und finanzieller Ressourcen verwiesen, deren Bereitstellung bislang nicht hätten geklärt werden können. Hinzu kommt eine von einer Person aus der Stadtverwaltung artikulierte, grundsätzliche Skepsis. Anders als der Rat der Stadt Siegen fuße ein Bürger*innenrat nicht auf einer rechtlich verbrieften Legitimation. Die damit einhergehende Kompetenzlosigkeit eines Bürger*innenrates würde letzten Endes die Enttäuschung über Beteiligungsformate potenzieren. Eine Person aus der Verwaltung formulierte es folgendermaßen:

„[E]s ist völlig klar: Es gibt keine Entscheidungskompetenzen. […] Und was man den Menschen mit diesem Bürgerrat suggeriert, ist: ‚Ihr entscheidet dann über Themen, die für die Gesamtgesellschaft wichtig sind. Und das wird dann auch genau so umgesetzt.‘ […] Und zweitens werden da Dinge rauskommen, die wahrscheinlich häufig gar nicht so umsetzbar sind, weil der Einblick in Strukturen und politische Verständnisse fehlt. […] Dann wird das Ganze in den Rat [der Stadt Siegen, Anm. der Verfasser*innen] gehen und dann wird es der politischen Realität zum Opfer fallen. […] Und im Endeffekt wird das Gremium, was eigentlich demokratisch legitimiert ist, zu entscheiden, anders entscheiden als der Bürgerrat. Und damit produzieren sie nur Enttäuschung und keine Partizipation. […] Ich glaube, wir leisten mit dem Bürgerrat einen Bärendienst für die demokratischen Strukturen in unserer Stadt.“ (Interview 4, Verwaltung)

Der Kontrast zwischen den Auffassungen hinsichtlich der (noch) nicht erfolgten Einrichtung eines Bürger*innenrates deutet eines jedoch an: Enttäuschungs- und Frustrationserfahrungen drohen nicht (allein) in der Zukunft. Anders, als es das vorherige Zitat suggeriert, verfestigen sie sich bereits in der Gegenwart, im Hier und Jetzt. Insbesondere aus Perspektive derjenigen Akteur*innen, die sich für die Einrichtung eines Bürger*innenrates einsetzten, droht der bislang nicht umgesetzte Ratsbeschluss symptomatisch zu werden. Die qua Ratsbeschluss erfolgte Zusicherung zur Einrichtung eines Bürger*innenrates wird rückblickend als eine „Strategie der Einhegung“ (Interview 11, Weitere Initiative) interpretiert, die das Ringen um zivilgesellschaftliche Beteiligungsräume eher paternalistisch

zu bändigen statt ernst zunehmen versuche.

Insgesamt deutet der Blick auf Ressourcen und Möglichkeitsräume in Siegen auf vielfältige Formate der Beteiligung hin. Diese reichen von verbindlichen Formaten, wie Gremien, Vereine, Netzwerke und Initiativen sowie im Rahmen von Bürger*innenbeteiligungsprozessen bis hin zu niedrigschwelligeren Möglichkeiten der temporären Teilnahmen an und Mitgestaltung von Angeboten, Festen und Veranstaltungen. Zugleich verdeutlicht die Analyse die politische Vorbildfunktion lokaler Schlüsselpersonen, die Bedeutung sicherer, langfristig nutzbarer und attraktiver Räumlichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement sowie die bislang begrenzte Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen.

6. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in Siegen

Nachfolgend wird auf Spezifika des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ näher eingegangen. Nach der Skizzierung von dessen aktueller – bundespolitischer – Situation werden die Formate in und für Siegen in den Blick genommen. Der Blick auf bislang geförderte Projekte mündet schließlich in eine Gegenüberstellung von Chancen und Grenzen des Bundesprogramms für Siegen.

6.1 Das Bundesprogramm und seine aktuelle Situation

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erfährt derzeit eine ausgeprägte Aufmerksamkeit. Anlass dazu ist auch die Veröffentlichung der Förderrichtlinien für die dritte Förderperiode 2025-2032. Die Schwerpunkte sollen neuerdings auf Demokratiebildung, Extremismusprävention und den digitalen Raum ausgerichtet sein (BMBFSFJ 2026c). Dies gehe – so etwa die GEW – zulasten der „Förderung von religiöser, geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (GEW 2026) und damit macht- und ungleichheitskritischer Formate. Mit der Umgestaltung der Programmziele sollen mehr als 200 bislang geförderte Projekte in den kommenden Jahren keine Förderung erhalten, was mit einem erheblichen Verlust von Erfahrungswissen einhergehe.

Zugleich ist der Zeitpunkt der Veröffentlichung der neuen Förderrichtlinien insofern überraschend, als dass die Veröffentlichung der neuen Richtlinien noch vor der Fertigstellung der vom BMBFSFJ selbst beauftragten Evaluation erfolgte. Dies irritiert insofern, als dass seitens der zuständigen Behörden zumeist Wert auf evaluative Begleitungen gelegt wird. In einem gemeinsamen Papier (bap et al. 2026) kritisieren drei wesentliche Fachorganisationen der politischen Bildung und Demokratiebildung – der Bundesausschuss politische Bildung (bap), die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) sowie die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) – diese zeitliche Abfolge ebenso wie die benannten inhaltlichen Aspekte, wozu auch die Funktionalisierung politischer Bildung als „Extremismusprävention“ zu zählen ist (s. u.).

Zudem lassen sich im weiter gefassten Kontext des Bundesprogramms **diverse Angriffe und Delegitimierungsversuche** beobachten. Dies geschieht beispielsweise in Form von Anträgen (vgl. exempl. Deutscher Bundestag: Drucksache 21/6925) und Kleiner Anfragen (vgl. exempl. Deutscher Bundestag: Drucksache 20/15101), aber auch darüber hinaus in orchestrierten medialen Kampagnen, die häufig unter dem Deckmantel einer Forderung nach „Neutralität“ lanciert werden. Zuwendungsempfangende Organisationen, so der Vorwurf, müssten sich demnach an den Neutralitätsgeboten des Staates messen lassen und sich entsprechend politisch zurückhalten.

Derartige Diskurse bleiben nicht ohne Auswirkungen; auch kommunale PfDs sind davon betroffen. So häufen sich Berichte über Kommunen, die sich von „Demokratie leben!“ zurückziehen – beispielsweise von der bayerischen Kreisstadt Regen, von der schleswig-holsteinischen Stadt Bargteheide oder auch vom sächsischen Landkreis Bautzen (Ohlendorf 2026). Dabei lässt sich beobachten, dass bei den kommunalen Ratsentscheidungen neben der AfD mehrfach auch Vertreter*innen der CDU bzw. CSU für die Ablehnung einer Förderung über „Demokratie leben!“ stimmen. Begründet wird dies von den entsprechenden Akteur*innen auch mit der Kritik an einer vermeintlich mangelnden „Neutralität“ (vgl. exempl. für den Fall der Stadt Salzwedel Schönian 2025). Diese Diskurse und Entscheidungen lassen sich als „Teil gezielter Destabilisierung und Umdeutungsversuche“ (Krüger 2025: 317) fassen.

Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, dass sowohl fachwissenschaftlich als auch juristisch und demokratietheoretisch dieser Ruf nach einer „Neutralität“ zivilgesellschaftlicher und politisch-bildnerischer Institutionen ins Leere läuft (vgl. statt vieler Wohnig und Zorn 2022). Die anhaltende Konjunktur des Diskurses um eine vermeintliche „Neutralität“ – der auch in den geführten (Gruppen-)Interviews mehrfach benannt wird – deutet damit zum einen auf eine orchestrierte Strategie zur Delegitimierung politischer Institutionen, des Bundesprogrammes sowie der Zuwendungsempfangenden selbst. Zum anderen wird klar, dass die PfDs keineswegs automatisch vor derartigen Infragestellungen geschützt sind – was auch für die Siegener PfD gilt. Angesichts dieser anhaltenden Verunsicherungsstrategien wäre ein klarer Rückhalt für die betroffenen Akteur*innen durch die Behörden und Verwaltungen aller föderalen Ebenen zu begrüßen.

Auf bundespolitischer Ebene zeigt sich hingegen mit der **„zunehmenden Involvierung von Verfassungsschutz und Sicherheitsbehörden“** (Sämann & Wohnig 2026: 123; vgl. ferner Pichl 2026) eine gegenläufige Tendenz. Neben dem stärker zentralisierten Aspekt der Extremismusprävention (vgl. kritisch dazu Bürgin 2021) zählt dazu die von Bundesfamilienministerin Karin Prien angekündigte Durchführung sogenannter „Haber-Verfahren“ im Umfeld des Bundesprogramms und darüber hinaus (vgl. exempl. Deutscher Bundestag, Drucksache 21/5411). Mittels des Haber-Verfahrens können Bundesministerien und -behörden Anfragen an den Verfassungsschutz stellen. Dieser überprüft im Anschluss, inwiefern zu Personen und Organisationen, die Fördergelder beantragen oder erhalten, verfassungsschutzrelevante Informationen vorliegen. Dieses Vorgehen wurde bereits im Jahr 2019 durch den damaligen Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit kritisiert. Angeführt werden das Fehlen einer geeigneten Rechtsgrundlage sowie eine Verletzung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit (Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit 2026). Grundsätzlich befeure eine solche Perspektivierung ein „Klima des Misstrauens“ (o. A. 2025) gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Schließlich bleibt dabei festzuhalten, dass jene **Delegitimierungsversuche gegenüber dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vor einem breiter angelegten Horizont zu begreifen** sind. Im Feld der (politischen) außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung lassen sich aktuell diverse Disruptionen und Erosionen beobachten. Diese erstrecken sich von restriktiven Auslegungen des Gemeinnützigkeitsrechts für zivilgesellschaftliche Organisationen (Bürgin 2024: 186 f.) über die Rücknahme vormals zugesicherter Förderzusagen seitens des Bundesinnenministeriums (BMI) (FragDenStaat 2026) bis hin zu einer erheblichen personellen, strukturellen und inhaltlichen Neuausrichtung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Decker 2026).

Die Gleichzeitigkeit und Verschränkung dieser Entwicklungen lässt sich unter dem Begriff der **„shrinking spaces“** (vgl. dazu Graf Strachwitz), also der zunehmenden Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume, zusammenfassen. Im Ringen um Deutungshoheiten angesichts dieser Konflikte darf dabei nicht vergessen werden, dass weder politische Bildung noch zivilgesellschaftliches Engagement in lediglich affirmativen Modi aufgehen können. Beides lebt wesentlich von der Kritik am Bestehenden sowie von der Befragung struktureller (Macht-)Verhältnisse (vgl. Flügel-Martinsen 2019). Beides zielt auf eine Demokratisierung der Demokratie und auf den Impuls, „dass weder Demokratie noch Zusammenhalt ohne real vorhandene und nicht ohne Weiteres aufzuhebende Konflikte zu haben sind“ (Jehle 2025). Der Demokratie verpflichtete Akteur*innen sind gut beraten, dies zu beherzigen, um den Entwicklungen eines „democratic backsliding“ (vgl. statt vieler

Bermeo 2016) entgegenzuwirken. Das betrifft explizit auch Aspekte institutioneller Resilienz kommunaler Einrichtungen zur Förderung und Stabilisierung zivilgesellschaftlichen Lebens – so auch in Siegen.

6.2 Formate in und für Siegen

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird in Siegen durch die Stadt Siegen und den Caritasverband Siegen-Wittgenstein e. V. ausgerichtet. Die im Rahmen des Bundesprogramms eingerichtete **Partnerschaft für Demokraite (PfD)** ist als lokales Bündnis zur Unterstützung des Engagements „für eine demokratische, freie und friedliche Gesellschaft“ (BMFSFJ 2026) zu verstehen. Im Rahmen der PfD steht der Stadt Siegen ein Aktionsfonds zur Verfügung, der lokale Kleinprojekte für Vielfalt, Toleranz und Demokratie mit geringem Aufwand finanziell unterstützen soll. Lokale Initiativen können hierfür jährlich Anträge einreichen. Die PfD setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

Das **Federführende Amt** übernimmt vor allem verwaltungsinterne Aufgaben im Zusammenhang mit dem Bundesprogramm und trägt die administrative Verantwortung. Die Arbeit des Federführenden Amts wird als „anders“ im Vergleich zu klassischen Verwaltungsaufgaben beschrieben. Grund hierfür sei etwa, dass verschiedene Gremien und „auch sehr viele Menschen letztlich an dem ganzen Prozess beteiligt sind“ (Interview 7, Verwaltung). Gleichwohl wird in diesem Zusammenhang die Relevanz von Fortbildungen für die Funktion des Federführenden Amts betont, etwa wenn es darum geht in der Kommune das „Storytelling“ zum Bundesprogramm zu optimieren, um weitere Projektträger für Anträge zu gewinnen (Interview 6, Verwaltung). In den Interviews wird außerdem deutlich, dass das Federführende Amt nicht nur als verwaltender Akteur verstanden werden kann, sondern aktiv – gemeinsam mit der Koordinierungs- und Fachstelle – bei der Ausrichtung, Gestaltung und Umsetzung des Programms mitwirken kann, etwa indem bestimmte Zielgruppen mit Anfragen adressiert, Ideen zur Gestaltung des Bündnisses eingebracht werden oder an der Planung und dem inhaltlichen Fokus der Demokratiekonferenzen mitgewirkt wird (Interview 6, Verwaltung).

Die **Koordinierungs- und Fachstelle** unterstützt und berät Projektträger bei der Antragsstellung im Rahmen des Bundesprogramms. Darüber hinaus organisiert sie öffentliche Veranstaltungen, wie die Demokratiekonferenz, und unterstützt bei der Vernetzung vor Ort. Die Koordinierungs- und Fachstelle wird als „jemand der sich kümmert“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen) wahrgenommen, insbesondere bei der Antragsstellung und Netzwerkaktivitäten. Im Besonderen wird die Funktion der Öffentlichkeitsarbeit betont, etwa das Bekanntmachen des Aktionsfonds und der einzelnen Projekte. Auch hier wird die Notwendigkeit der Teilnahme an Fortbildungen, Treffen regionaler und überregionaler Netzwerke und der Austausch mit anderen Partnerschaften für Demokratie deutlich gemacht (Interview 5, Geförderter Projektträger).

Das **Bündnis** – ehemals Begleitausschuss – ist als Gremium aus Vertreter*innen der lokalen Zivilgesellschaft und Politik zu verstehen. Auch das Jugendparlament ist mit „zwei Plätzen“ vertreten (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Zu den Aufgaben des Bündnisses gehört die Planung und Organisation der PfD vor Ort sowie die Entscheidung über die Vergabe der Projektmittel aus dem Aktionsfonds für Projekte nach einer Vorauswahl durch die Koordinierungs- und Fachstelle und das Federführende Amt, die prüfen, ob „das zu den Förderrichtlinien passt“ (Interview 5, Geförderter

Projektträger).

Die Befragten beschreiben die Arbeit des Bündnisses vor allem als jährliche Sitzung zur Beratung und Abstimmung über eingereichte Projektanträge. Gelegentlich werden Rückfragen an die anwesenden Antragssteller*innen gestellt; ausführlichere inhaltliche Diskussionen fänden seltener statt. Aufgrund des engen Zeitrahmens seien solche Debatten kaum möglich: „Innerhalb zwei drei Stunden muss man alles abgestimmt haben. Deswegen so Grundsatzfragen, so viel Diskussion, geht da nicht." (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie).

Im Jahr 2025 kam es zu einer strukturellen Veränderung: Der frühere Begleitausschuss – ein Netzwerk verschiedener lokaler Akteur*innen – wurde mit dem bereits seit 2008 bestehenden „Bündnis für Demokratie" zusammengefügt. Die Zusammenlegung – so die Befragten – sei vor dem Hintergrund schwindender Beteiligung in beiden Formaten erfolgt und als Versuch zu verstehen, die bestehenden Strukturen wiederzubeleben. Zugleich sollte die Entstehung „paralleler Strukturen" (Interview 3, Verwaltung) vermieden und ein größeres, aktiveres Gremium geschaffen werden, das auch inhaltlich stärker zusammenarbeitet (ebd.). In den Interviews wird allerdings deutlich, dass der Zweck und die Arbeitsweise des Bündnisses in seiner neuen Funktion und Form von den beteiligten Akteur*innen divergent verstanden wird.

Für die Weiterentwicklung des Bündnisses wird eine Ausweitung seiner Aufgaben und Aktivitäten über die Entscheidung über Projektanträge hinaus angeregt. Gewünscht wird sich insbesondere eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung mit den geförderten Projekten, aktuellen Themen und den gemeinsamen Zielen des Bündnisses sowie auch eine beratende Begleitung der Projektträger*innen untereinander. Ideen hierfür sind etwa Treffen zur gemeinsamen „Rückschau" auf abgeschlossene Projekte und ein „offensiveres Handeln" (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger), d. h. stärker aktionistische Sichtbarkeit des Bündnisses nach außen. Auch eine stärkere gegenseitige Beteiligung der Bündnispartner*innen an den Projekten der anderen wird als Möglichkeit genannt, die Vernetzung und Zusammenarbeit zu verbessern.

Darüber hinaus werden die Rahmenbedingungen der Bündnistreffen thematisiert. Gewünscht werden ein geeigneter und angenehmer Sitzungsort sowie Getränke als Zeichen der Wertschätzung. Die zeitlich eng getakteten Abstimmungen über die Projektanträge werden teilweise als „sehr anstrengend" wahrgenommen.

Das **Jugendforum** (in Siegen auch: Jugendbeirat) verfügt über einen eigenen Jugendfonds und plant daraus eigene Projekte und Veranstaltungen. In Siegen wird der Jugendfonds in Kooperation mit dem Stadtjugendring Siegen e. V und dem Jugendparlament organisiert (Caritas Siegen-Wittgenstein e. V. 2025). Projekte, die über den Jugendfonds realisiert wurden, sind in Kapitel 6.3 zusammengefasst. Das Jugendforum setzt sich aus Mitgliedern des Jugendparlaments zusammen. Diese kontaktieren außerdem Vertreter*innen der Schüler*innenvertretungen, von Jugendtreffs, aus Vereinen und weitere Jugendliche, um beim Jugendforum mitzuwirken. Das hätte „in den vergangenen Jahren […] mal besser, mal schlechter funktioniert" (Interview 2, Jugendarbeit). Insgesamt sei aber „gewollt, dass jetzt auch Jugendliche, die nichts mit dem Jugendparlament zu tun haben, an diesem Gremium und damit auch an diesen Entscheidungsprojekten [zu Projekten aus dem Jugendfonds] beteiligt sind und das auch mitbekommen, was da läuft und wie sowas funktioniert" (ebd.). Hauptaufgabe des Jugendforums ist es, Projekte zu planen und darüber zu diskutieren. Dafür gäbe es keine konkreten

Vorgaben; vielmehr würden die Jugendlichen das selbst gestalten und entscheiden; gelegentlich von einer pädagogischen Fachkraft unterstützt. Das Jugendforum mit dem Jugendfonds wird insgesamt als wichtiges „Gremium“ für Jugendliche verstanden. Eine befragte Person sagt: „Das ist toll, dass auch junge Menschen […] da die Möglichkeit haben, mitzuentscheiden“ und „die Möglichkeit haben, eigene Projekte einzubringen und von dieser Förderung zu profitieren“ (Interview 1, Jugendarbeit). Gewünscht wird sich zukünftig eine Beteiligung von „mehr unterschiedlichen Jugendlichen auch […] außerhalb des Jugendparlaments“ (Interview 2, Jugendarbeit) und eine höher frequentierte Zusammenarbeit im Rahmen des Jugendforums. Das sei aber allein aufgrund der Topografie in Siegen teilweise schwer,

„weil das so verstreut ist, dass man den Jugendlichen kaum sagen kann, fahrt jetzt in die Kreisstadt und trefft euch da einmal im Monat, um irgendwie über Demokratie zu sprechen. Das ist schon alleine von der Infrastruktur oder von der Struktur der Region auch viel schwieriger.“ (Gruppeninterview 2, Geförderte Projektträger)

Zugleich fordere eine Beteiligung am Jugendparlament und am Jugendforum große zeitliche Kapazitäten. Zudem ist es vorgesehen, dass die Jugendlichen auch über die Verteilung des Aktionsfonds mitbestimmen. Hier wird sich ein Konzept gewünscht, dass junge Menschen niedrigschwelliger einbindet. So sei es für Jugendliche manchmal nicht nachvollziehbar, warum sie dort mitwirken:

„aber für Jugendliche ist das so, okay, äh, also was soll ich jetzt da, wo drüber soll ich jetzt abstimmen und warum soll ich dafür Nachmittag opfern, dass ich jetzt über irgendwelche, für irgendwelche Leute, die ich nicht kenne, die irgendwas machen wollen, was ich nicht kenne, äh, warum muss ich denn jetzt da sein und irgendwie darüber abstimmen?“ (Interview 2, Jugendarbeit).

Fester Bestandteil der PfD ist die jährlich stattfindende **Demokratiekonferenz**, die gemeinsam „mit dem Bündnis […] und mit den Akteuren, die halt diese Partnerschaft ausmachen“, (Interview 5, Geförderter Projektträger) gestaltet wird. Die Demokratiekonferenz wird einerseits als Veranstaltung verstanden, die dazu diene, interessierte Menschen zusammenzubringen und über ein aktuelles Thema zu diskutieren. Andererseits biete sie die Möglichkeit „nochmal breit Werbung für dieses Bundesprogramm“ (Interview 6, Verwaltung) zu machen. Bei der Themenwahl der Demokratiekonferenzen wird sich an den Handlungsschwerpunkten der jeweiligen Förderperiode des Bundesprogramms orientiert. In den letzten Jahren war das beispielsweise die Auseinandersetzung mit „Ausstieg aus dem Rechtsextremismus“, „Krieg in der Ukraine“, „Women’s Rights are Human Rights“, „Demokratie lernen – aber wie?“ und „Hass, Extremismus und Radikalisierung im Netz“. Hierbei sei es nicht immer leicht die Bedürfnisse von Projektträgern und Vereinen mit den Handlungsschwerpunkten des Bundesprogramms zu verbinden. Teilnehmende waren primär Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und von freien Trägern und Vereinen. Besonders hervorgehoben wird die Teilnahme junger Menschen:

„Ich finde total gut, dass das Jugendparlament es schafft, viele Jugendliche dort mit einzubinden. Das ist mir immer ganz, ganz wichtig, dass wir auch die jungen Leute mit dazu holen und dass die auch da zu Wort kommen können und sich daran auch beteiligen können.“ (Interview 6, Verwaltung)

Kritisiert wird, dass es sich bei den Demokratiekonferenzen um „so einen closed job“ (Interview 8, Geförderte Projektträger) handle. Teilnehmen würden vor allem solche Personen, „die sich sowieso schon mit der Thematik beschäftigen“ (ebd.). Gewünscht wird sich hier, dass die Demokratiekonferenz mehr in die allgemeine Stadtgesellschaft bzw. in die „breite Bevölkerung“ getragen werde. Eine befragte Person wünscht sich darüber nachzudenken, „wie können wir auch die Menschen so ein

bisschen an den Diskussionstisch wieder zurückbringen oder auch motivieren, an den Angeboten teilzunehmen“, die weniger prodemokratisch eingestellt sind (ebd.).

Die Interviews deuten wiederholt darauf hin, wie sehr der Austausch bei den Demokratiekonferenzen von den Teilnehmenden geschätzt wird. Mit Blick auf die bundesweiten Debatten um die Prekarität des Bundesprogramms (vgl. Kapitel 6.1) beschreibt eine Person einen möglichen Wegfall der Demokratiekonferenzen wie folgt:

„Aber was ja wirklich auch wegfallen würde, wären die Demokratiekonferenzen, die ja aber mit ihren Themen und mit der Öffentlichkeitsarbeit ja auch immer Impulse setzen und ja auch immer aktuelle Themen aufgreifen. Also wenn man nochmal dran denkt, an die Veranstaltung, wo der Aussteiger aus der rechtsextremen Szene gesprochen hat, was ja sehr eindrücklich war, oder als wir den Ukraine-Krieg, als der gerade begonnen hatte, wo wir ja auch die ukrainische Gruppe dahatten, wo dann einfach auch Betroffene gesprochen haben. Und jetzt aktuell nochmal zum Thema Demokratie auch in der Schule […]. Das sind natürlich immer auch ganz wichtige Impulse, auch nochmal zu diskutieren, was wird in der Welt so diskutiert und was müssen wir auch aufgreifen. […] Das wäre, glaube ich, schon auch ein Verlust, weil die Ressourcen, diese Themen wieder aufzugreifen wären dann wirklich auch nicht da.“ (Interview 12, Geförderte Projektträger)

Eine andere Person sagt, dass die Demokratiekonferenz ein Format sei, das sie „vielleicht alle 14 Tage mal machen sollten“ (Interview 6, Verwaltung), um miteinander ins Gespräch zu kommen und aktuelle Themen zu besprechen.

Die im Rahmen des Bundesprogramms realisierten Formate in Siegen ermöglichen insbesondere durch das Bündnis, das Jugendforum und die Demokratiekonferenzen Partizipationsmomente, die Umsetzung zahlreicher Projekte sowie Anlässe der Begegnung, des Kennenlernens und der Diskussion. Solches wäre ohne diejenigen, die den Rahmen dafür schaffen – die Koordinierungs- und Fachstelle und das Federführende Amt – kaum möglich. Zugleich bleiben in diesen Formaten weitere Potenziale verborgen, insbesondere für eine intensivere, themenspezifischere und stärker unterstützende Zusammenarbeit und die Öffnung gegenüber weiteren Zielgruppen.

6.3 Projektförderung und geförderte Projekte[5]

Seit der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ durch die Stadt Siegen im Jahr 2015 wurden jährlich etwa 35.000 Euro für Projekte im Rahmen des Aktionsfonds und circa 10.000 Euro für den Jugendfonds bereitgestellt, wobei ein Eigenanteil von 10 Prozent durch die Kommune erfolgte und die weiteren 90 Prozent aus Bundesmitteln bereitgestellt wurde. Jährlich werden im Durchschnitt circa 25 bis 30 Projekte durchgeführt, wobei etwa 10 Projekte im Rahmen des Jugendfonds realisiert werden.[6] Über die Projekte und den Umfang der Projektförderung entscheidet das Bündnis bzw. das Jugendforum.

Im Rahmen des **Jugendfonds** wurden auf Initiative von Jugendlichen in der Förderphase 2020 bis 2024 verschiedene Jugendprojekte umgesetzt. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten Formate politischer Bildung und Prävention, unter anderem zu Themen wie Antisemitismus, Diskriminierung, Unterdrückung, mentale Gesundheit, Sexismus und sexualisierter Gewalt. Eine Jugendgruppe besuchte in den Sommerferien das Haus der Geschichte in Bonn. Darüber hinaus gab es verschiedene

[5] Eine Auflistung und Beschreibung aller geförderter Projekte ist unter folgendem Link zu finden: https://caritas-siegen.de/demokratie-leben/, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

[6] Diese Informationen erhielt das Autor*innenteam vom Federführenden Amt der Partnerschaft für Demokratie in Siegen.

kulturelle und kreative Formate, wie Graffiti-Projekte, einen Schulpodcast, das jährliche Konzert gegen Rechts, ein Familienfest zum Thema Vielfalt sowie die Unterstützung des Jungen Theaters Siegen. Insbesondere die wiederholte Förderung einzelner Formate – wie Workshops gegen Antisemitismus, der Konzerte gegen Rechts und Projekte des Jungen Theaters – verweisen auf die kontinuierliche Bedeutung des Bundesprogramms innerhalb lokaler Jugend- und Demokratieförderung.

Durch den **Aktionsfonds** wurden verschiedene Projekte insbesondere zur interkulturellen Begegnung und politischen Bildung gefördert.[7] Das Spektrum reichte von niedrigschwelligen Begegnungsformaten über längerfristige Workshops und Fortbildungen bis hin zu sozialraumbezogenen und -aktivierenden Projekten. Bei der Sichtung der Projekte aus den Förderjahren 2020 bis 2025 zeigten sich verschiedene Themenbereiche:

Ein Schwerpunkt lag auf der **Förderung von Begegnung und interkulturellem Austausch**.[8] Dazu gehörten unter anderem internationale Kochabende, Begegnungswerkstätten, die Gestaltung eines Gemeinschaftsgartens, Freundschafts-, Familien- und Stadtteilfeste, eine inklusive Sportveranstaltung und wiederholt interkulturelle Filmwochen. Außerdem gab es künstlerisch-kreative Formate, wie Kurzfilm-, Kunst- und Kinderbuchprojekte oder verschiedene Theaterveranstaltungen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten **politische Bildungs- und Präventionsveranstaltungen**. In Workshops, Fortbildungen, Lesungen, Konferenzen, Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen, Wanderausstellungen und Veranstaltungsreihen wurden Themen wie Rechtsextremismus, Populismus, Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Verschwörungstheorien, Hate Speech im Internet und die Geschichte des Nationalsozialismus bearbeitet. Darüber hinaus fanden Veranstaltungen zu Menschen- und Frauenrechten, Gleichberechtigung, Sexismus und sexualisierter Gewalt sowie Ableismus und Barrierefreiheit statt. Auch aktuelle politische Themen wurden aufgegriffen, wie eine Aufklärungsveranstaltung zu Covid-19, eine angeleitete Diskussion zum Isreal-Palestina-Konflikt, zu Rechtspopulismus in Europa, zur Debattenkultur und bevorstehenden Wahlen. Es gab verschiedene Veranstaltungen zur historisch-politischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit. Im Rahmen einer Bildungsreise nach Amsterdam setzten sich Teilnehmende beispielsweise mit Antisemitismus auseinander; im Rahmen einer Wanderausstellung mit der Verfolgung queerer Menschen in der NS-Zeit. Auch kreative Formate der Erinnerungsarbeit wurden umgesetzt, wie die Entwicklung von Graphic/Comic Novels über die Schicksale von NS-Opfern aus Siegen. Mehrere Projekte adressierten explizit Kinder und Jugendliche, darunter Projekte zum Klassenklima, Theaterprojekte, gemeinsame Ausflüge oder wiederholt Veranstaltungen zu anstehenden Wahlen.

Darüber hinaus wurden **sozialräumliche und quartiersbezogene Projekte** unterstützt. Dazu zählten verschiedene Stadtteilprojekte und -feste sowie Maßnahmen zur Gestaltung öffentlicher Orte, beispielsweise das Aufstellen von Bänken als „Plätze für Toleranz“ oder einer mobilen Bücherkiste. Die Projekte richteten sich an unterschiedliche Zielgruppen: an Kinder- und Jugendliche, Lehrkräfte, Schulen, Vereine, Ehrenamtliche und Multiplikator*innen ebenso wie an die gesamte Siegener Stadtgesellschaft.

Die Rückmeldungen zum Prozess der **Projektförderung** sind ambivalent: Vor allem kleinere Vereine und Personen mit weniger Antragserfahrung melden zurück, dass der Prozess von

[7] Zur Kritik am Begriff des „Interkulturellen“ und der „interkulturellen Kompetenz“ vgl. Mecheril (2008).
[8] Vgl. vorherige Fußnote.

Antragsvorbereitung, -einreichung, das Einholen von Vergleichsangeboten bis zu den Verwendungsnachweisen sehr bürokratisch und herausfordernd sei, wenngleich die Koordinierungs- und Fachstelle als unterstützend, „mit Rat und Tat“ zur Seite stehend und mit „sehr viel Herzblut“ (Interview 12, Geförderte Projektträger) wahrgenommen wird. So sagt eine Person: „Migranten oder Kleininitiativen haben Angst oder schaffen es nicht, weil sie wenige Leute sind, und stellen den Antrag nicht“ (Gruppeninterview 1, Bündnis für Demokratie). Die „alten Hasen“ (ebd.) – gemeint sind große Wohlfahrtsträger und antragserfahrene Projektträger – erleben die Antragstellung als „unproblematisch“ und „einfach“ (Interview 8, Geförderter Projektträger). Als herausfordernd wird zudem die Kurzfristigkeit zwischen Antragsstellung, Bewilligung und Realisierung der Projekte genannt:

„Als Anwenderin würde ich mir wünschen, dass man einen Antrag vielleicht zum 31.03. stellt, dass das quasi Antragstellung ist, aber dann bis zum 31.03. das Jahr drauf. Also dass es wirklich ein Jahr ist und nicht ein Kalenderjahr, sondern zwölf Monate.“ (Interview 12, Geförderte Projektträger)

Damit zusammen hängt auch die Kritik am Bundesministerium, das teilweise erst späte Rückmeldungen zu den Bewilligungen gibt, sodass längere Zeiten der Ungewissheit bestehen, ob Projekte überhaupt realisiert werden können. Gewünscht wird sich zudem eine „Langfristigkeit“ (Interview 5, Geförderter Projektträger) und Verstetigung von solchen Projektförderstrukturen. Zudem werden die mit den neuen Förderrichtlinien veränderte Themenschwerpunkte teilweise als begrenzend bzw. „immer strikter“ (ebd.) werdend erlebt. So habe man „gar keine andere Wahl“, selbst wenn man „jetzt sagen würde, ich habe eine total gute Projektidee“ (Interview 12, Geförderte Projektträger).

6.4. Ein kurzes Resümee: Zur Bedeutung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ für Siegen

Wie die Diskussion der Formate im Rahmen des Bundesprogramms sowie die Übersicht der geförderten Projekte in Kapitel zeigen, eröffnet „Demokratie leben!“ für Siegen zahlreiche Chancen. Das Programm schafft nicht nur finanzielle Spielräume für Projekte der Demokratiebildung, sondern ermöglicht auch Begegnung, Partizipation, das Verfolgen eigener Interessen und die Mitgestaltung einer demokratischen Stadtgesellschaft. Die große Bandbreite der geförderten Projekte verweist zugleich auf einen konkreten Bedarf vor Ort sowie auf die Kreativität und das Engagement der Antragssteller*innen, Projektträger und der Siegener Stadtgesellschaft.

Besonders bedeutsam sind diese Förderstrukturen für **kleinere Vereine, Initiativen und Projektträger**, die häufig kaum über eigene finanzielle Rücklagen oder Zugänge zu weiteren Fördermitteln verfügen. Während größere Projektträger zum Teil auf etablierte Strukturen und andere Fördermöglichkeiten zurückgreifen können, erlaubt das Bundesprogramm kleinen Akteur*innen überhaupt erst, Projekte in einem größeren Umfang umzusetzen. Ohne diese Unterstützung müssten viele Vorhaben verkleinert oder zu Lasten privater Haushalte finanziert werden. So beschreibt eine Person:

„Wir würden auch ohne das Bundesprogramm weitermachen, aber eben kleiner, wir würden keine größeren Veranstaltungen machen können. Wir kriegen ja keine Spenden von irgendwo. Wir machen alle unsere privaten Portemonnaies auf und finanzieren es dann selbst.“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger).

Zugleich ermöglich das Bundesprogramm auch größeren Projektträgern die Möglichkeit, Angebote

über das alltägliche Arbeitsgeschäft hinaus zu realisieren und neue, positive Zugänge zu Demokratiebildungsprojekten zu erproben: „Man kommt jetzt da aber auch mal nicht mit der Keule und sagt, du darfst das nicht, du darfst das nicht, sondern man bietet Alternativen an.“ (Gruppeninterview 4, Geförderter Projektträger). Das sei eine „richtig, richtig coole Nummer“.

Mehrfach wird zudem die besondere Bedeutung des Bundesprogramms für Menschen hervorgehoben, die von Diskriminierung und Marginalisierung betroffen sind. „Demokratie leben!“ stärke sichtbare demokratische Netzwerke und schaffe Verständnis für unterschiedlichste Lebensrealitäten. Gerade vor dem Hintergrund antidemokratischer Entwicklungen wird das Programm in Siegen als wichtige demokratische Gegenbewegung verstanden: Sein Wegfall würde nicht nur konkrete Projekte gefährden, sondern auch Begegnungs-, Schutz- und Beteiligungsräume schwächen, die für viele Menschen in Siegen von zentraler Bedeutung sind:

„Da bin ich froh, wenn wir hier sagen können, ja, das ist aber so, es gibt so starke demokratische Bewegungen und Netzwerke, dass es auch sichtbar wird, dass man sich auch da wohlfühlen kann, egal welche Herkunft man hat. Also das ist vielleicht auch noch so ein Aspekt, was ich glaube, was schon, wenn es wegbrechen würde, ja, eine traurige Entwicklung wäre auf jeden Fall und für viele Menschen auch mehr Unsicherheit bedeuten würde.“ (Gruppeninterview 2, Geförderter Projektträger)

Neben dem erheblichen Mehrwert des Bundesprogramms für die Siegener Stadtgesellschaft weisen die Interviews auch auf **strukturelle und inhaltliche Spannungsfelder** hin. Diese betreffen insbesondere die bundespolitisch vorgegebenen Förderrichtlinien, die sich verändernden Themenschwerpunkte sowie finanzielle Unsicherheiten durch bundespolitische Infragestellungen des Programms. Befragte äußern die Sorge, dass Sparmaßnahmen auf Bundesebene auch lokale Strukturen in Siegen gefährden könnten: „Das ist wirklich etwas und deswegen sind auch teilweise jetzt Demokratieprojekte ja wohl in Gefahr, weil wirklich der Rotstift angesetzt wird.“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen). Dies könnte dazu führen, dass Projekte und Formate wegfallen, die sich gegen menschenfeindliche Entwicklungen richten, Begegnungen ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Auch **veränderte Förderstrukturen** werden als Herausforderungen wahrgenommen. Insbesondere bei der Antragsstellung führen neue Vorgaben und Themenschwerpunkte zu Irritationen und Unsicherheiten. Teilweise reagieren Projektträger darauf, dass sie kurzfristig ihre Anträge „nochmal neu gestrickt und passend gestrickt haben“ (Gruppeninterview 3, Weitere Initiativen). Dies verweist auf ein Spannungsfeld zwischen lokalen Ideen und Bedarfen von Initiativen einerseits und den auf Bundesebene definierten Themenvorgaben andererseits. Diese Themenschwerpunkte werden teilweise als „Einengung“ wahrgenommen. Aus Sicht einiger Befragter wäre daher ein offenerer Umgang mit den Themenschwerpunkten wünschenswert, der stärker den lokalen Bedarfen entspricht.

Kritisch wird zudem eine als starke Fokussierung auf Kinder- und Jugendliche wahrgenommene Ausrichtung des Programms diskutiert. Zwar bilden Kinder und Jugendliche eine zentrale Zielgruppe von Demokratieförderprojekten; zugleich wird darauf hingewiesen, dass demokratiegefährdende Einstellungen und die Zustimmung zu antidemokratischen Positionen und Parteien nicht auf junge Menschen begrenzt sei. Eine befragte Person problematisiert daher, dass der Eindruck entsteht, Demokratiegefährdung sei vor allem ein „Jugendproblem“, und fragt mit Blick auf andere Bevölkerungsgruppen: „Wo sind da die Bildungsangebote?“ (Gruppeninterview 4, Geförderte Projektträger). Daraus ergibt sich der Wunsch nach Bildungs- und Beteiligungsformaten, die sich stärker an unterschiedliche Altersgruppen richten.

Abschließend fasst eine befragte Person die Notwendigkeit des Bundesprogramms auf die Frage, wann es das Bundesprogramm nicht mehr bräuchte, folgendermaßen zusammen:

„Ja. Ich denke, es müsste den Status der allgemeinen Zufriedenheit über alles für jeden Bürger, wenn wir den erreicht haben, wenn er sich nicht mehr über den Nachbarshund beschwert und wenn er sich nicht mehr über Ukrainer beschwert, die von staatlichen Leistungen leben müssen und alle genügend Wohnraum und Geld und Mittel zur Verfügung haben. Ich glaube dann. Aber solange Menschen erkennen, andere Menschen sind anders und zu dem Schluss kommen, mir gefällt das nicht, wird dieses Bundesprogramm ‚Demokratie leben!' immer seine Daseinsberechtigung haben. Also, wenn wir das aufgegeben haben, dass das Neid und Missgunst und alle von allem genug haben und profitieren, dann können wir es aufgeben." (Interview 6, Verwaltung)

7. Zusammenfassung und Ausblick

Ziel der vorliegenden Analyse ist es, die demokratische und zivilgesellschaftliche Situation in Siegen zu beschreiben und die verfügbaren Ressourcen – insbesondere im Hinblick auf die PfD im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ – herauszuarbeiten. Dies soll als Grundlage für die Entwicklung eines Handlungskonzepts der PfD sowie für die Umsetzung von Projekten und Maßnahmen dienen, um demokratieförderliche Strukturen weiterzuentwickeln.

In der Analyse zeigte sich eine **Ambivalenz bzw. Gleichzeitigkeit** von einerseits ermöglichenden und förderlichen Strukturen und andererseits Begrenzungen, Disruptionen und Demokratiefeindlichem. Diese Ambivalenzen werden im Folgenden anhand der für die Untersuchung leitenden Fragestellungen zusammengefasst:

Welche antidemokratischen und demokratiegefährdenden Strukturen und Entwicklungen zeigen sich in der Stadt Siegen? Welche Kontexte und Rahmenbedingungen ermöglichen bzw. begünstigen diese Problemlagen?

Antidemokratische Strukturen zeigen sich in Siegen insbesondere im Auftreten von Akteur*innen der extremen Rechten sowie deren Vorfeldorganisationen. Dies gilt aktuell vor allem für die AfD, die im Stadtrat und in weiteren Gremien vertreten ist und bei Wahlen wachsenden Zuspruch erhält. Hinzu kommen wiederholte **rechtsextreme, rassistisch motivierte und queer-feindliche Bedrohungen** und Angriffe sowie die **Infragestellung und Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen** und von Personen und Gruppen, die sich für marginalisierte Menschen einsetzen. Darüber hinaus deuten die Interviews auf ein Gefühl einer zunehmenden Polarisierung und Verschärfung politischer Debatten hin, die insbesondere durch soziale Medien verstärkt werde. Als besonders prägend wird die Corona-Pandemie beschrieben, in deren Verlauf verschwörungsideologische und demokratiefeindliche Mobilisierungsformen in der Siegener Stadtgesellschaft hervortraten. Zugleich werden Forderungen nach „Neutralität“ als strategisches Mittel eingeordnet, mit dem zivilgesellschaftliche Akteur*innen – insbesondere demokratiefördernde sowie explizit antifaschistisch positionierte Personen, Gruppen und Projekte – unter Druck gesetzt werden.

Begünstigt werden diese Entwicklungen mutmaßlich durch das **Zusammenwirken verschiedener Faktoren**: Siegen ist durch hohe politische, räumliche und soziale Fragmentierung gekennzeichnet. Teilhabechancen – etwa im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Initiativen, soziale Dienste und die Stadtverwaltung – hängen in erheblichem Maße vom Wohnort und den jeweiligen Mobilitätsmöglichkeiten ab. Vor diesem Hintergrund sind drohende Kürzungen im sozialen Bereich, von denen insbesondere Unterstützungsangebote für marginalisierte Gruppen betroffen sein könnten, besorgniserregend. Zwar verfügt Siegen über eine hohe Engagementquote; zugleich besteht jedoch die Gefahr, dass begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen, die Abhängigkeit von kommunaler Förderung und die Unsicherheit über mögliche Kürzungen sowie kurzfristige Projektförderungen zu einer Überlastung der Engagierten und einem Rückzug aus dem Engagement führen. Die zahlreichen etablierten Vereine, Verbände und Netzwerke können zudem für neue Akteur*innen und insbesondere für marginalisierte Gruppen schwer zugänglich sein. Abgrenzungen und Bündniskonflikte erschweren darüber hinaus eine breite gemeinsame Positionierung gegen demokratiefeindliche Akteur*innen, Gruppen und Parteien.

Welche Akteur*innen und Netzwerke der Zivilgesellschaft, die zu einem demokratischen Miteinander beitragen, sind in Siegen präsent? Wie ist deren Zustand und welche Unterstützungsstrukturen benötigen diese Akteur*innen und Gruppen bei der Durchführung und Entwicklung ihres Engagements?

Siegen zeichnet sich durch eine vielfältige und äußerst engagierte Zivilgesellschaft aus. Dazu gehören Vereine, Verbände, Sport- und Kulturinitiativen, Migrant*innenselbstorganisationen, zielgruppenspezifische Gruppen, Wohlfahrtsverbände, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Kirchen und andere Religionsgruppen, Bildungsträger, engagierte Einzelpersonen sowie politische Akteur*innen. Verschiedene Netzwerke haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese Gruppen miteinander zu verbinden. Auch die zahlreichen Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, die von verschiedenen Akteur*innen beantragt und gestaltet werden, verdeutlichen das breite Angebot an Begegnungs-, Bildungs- und Beteiligungsformaten. Besonders hervorgehoben wird das Engagement des Jugendparlaments, das sich in außerordentlicher Weise zivilgesellschaftlich und politisch einbringt.

Siegen verfügt damit über einen **großen Schatz an zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Gruppen** sowie über viele Menschen, die ihre freie Zeit aus Überzeugung einem Ehrenamt widmen. Gleichwohl sind diese Gruppen teilweise mit Nachwuchs- und Bindungsproblemen, der Abhängigkeit von engagierten Einzelpersonen, begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen, prekären Räumlichkeiten und kurzfristiger Projektförderung konfrontiert. Zudem kommt es zu Bedrohungen und Angriffen, insbesondere gegenüber queeren, migrantisierten und antifaschistisch positionierten Gruppen.

Benötigt werden neben der Siegener Partnerschaft für Demokratie (PfD) vor allem **verlässliche, langfristige und niedrigschwellige Förderstrukturen.** Darüber hinaus braucht es sichere, langfristig nutzbare und attraktive Räumlichkeiten sowie regelmäßige Anlässe für Begegnung und Selbstorganisation. Dies zeigte sich auch ganz praktisch im Rahmen der geführten Gruppeninterviews, indem dieses Format der Tischgespräche von den Teilnehmenden mehrfach als Möglichkeit der Begegnung und des Austausches benannt wurde und im Anschluss Kontaktdaten ausgetauscht wurden. Insgesamt erscheinen eine stärkere Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit bestehender Initiativen sinnvoll und die offene Solidarisierung mit Gruppen, die von antidemokratischen und demokratiefeindlichen Akteur*innen angegriffen und infrage gestellt werden. Die PfD kann als koordinierende und unterstützende Infrastruktur weiterhin eine zentrale Rolle bei Vernetzung und Förderung einnehmen. Neben dieser projektförmigen Förderstruktur braucht es allerdings auch kontinuierliche Formate, die Begegnung, Zusammenarbeit und die kritische Reflexion mit eigenen Selbstverständnissen und Handlungsweisen ermöglichen.

Welche weiteren kommunalpolitischen Akteur*innen, Organisationen und Individuen tragen maßgeblich zu einem demokratischen Miteinander bei? Inwiefern können diese Akteur*innen zu einer konstitutiven Bearbeitung möglicher Problemlagen beitragen?

Als zentrale Akteur*innen werden in Siegen insbesondere die kommunale Verwaltung, der Bürgermeister, Parteien und Stadtverordnete, Bildungseinrichtungen, wie z.B. auch die Universität, Kindertagesstätten und Schulen, lokale Medien und Unternehmen als relevant für ein demokratisches Miteinander benannt. Besondere Bedeutung haben dabei **Schlüsselpersonen**, die demokratische

Werte offensiv vertreten und sich öffentlich gegen menschenfeindliche Ereignisse, Entwicklungen, Akteur*innen und Gruppen positionieren. Auch Mitarbeitende der Verwaltung und insbesondere der Sozialen Arbeit übernehmen wichtige Funktionen, indem sie gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen oder auch verwehren können.

Antidemokratische Problemlagen können durch diese Akteur*innen insofern konstitutiv bearbeitet werden, indem sie demokratische Teilhabe nicht nur symbolisch befürworten, sondern strukturell verankern. Das heißt nicht nur, dass es **Beteiligungsformate** gibt, sondern auch, dass Empfehlungen und Entscheidungen aus diesen Beteiligungsformaten (wie z.B. dem Kinder- und Jugendparlament oder dem geplanten Bürger*innenrat) ernst genommen werden und beteiligte Personen über den gesamten Prozess der Entscheidungsfindung und Umsetzung der Ideen hinweg involviert werden. Dazu gehört aber auch eine Zugänglichkeit zu Behörden, die Sicherung einer sozialen Infrastruktur, eine diskriminierungssensible Haltung in den eigenen Reihen und klare öffentliche Reaktionen auf antidemokratische Vorfälle. Politik und Verwaltung können zudem verlässliche Fördermittel und Räume bereitstellen und der Partnerschaft für Demokratie – nicht nur mit finanziellen Mitteln in Form des Eigenanteils – den Rücken stärken.

Welche Angebote und Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Mitgestaltung gibt es in Siegen? Wie werden diese Formate genutzt und bewertet?

Siegen verfügt über verschiedenste Partizipationsangebote. Dazu zählen insbesondere das Jugendparlament, die Partnerschaft für Demokratie mit dem Jugendforum und dem Bündnis für Demokratie, Mitgestaltungsmöglichkeiten in (Bei-)Räten, Vereinen und Verbänden, in Jugendzentren, Schulen, in verschiedenen Netzwerken und bei Stadtteilinitiativen. Diese Formate werden von temporären Partizipationsmöglichkeiten, etwa bei Demonstrationen, Festen, Veranstaltungen oder spezifischen Bildungsangeboten, ergänzt. Auch die geplante Einführung eines Bürger*innenrats erweckt bei den Befragten die Hoffnung, perspektivisch stärker in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse miteinbezogen zu werden.

Die bestehenden Formate sind als Ressource für Siegen zu verstehen. Besonders positiv hervorgehoben werden das **Jugendparlament** und die Möglichkeit, über den Jugendfonds im Rahmen des Bundesprogramms eigene Ideen umzusetzen. Auch Entscheidungen des Bündnisses für Demokratie über Projekte im Rahmen des Aktionsfonds eröffnen die Möglichkeit für ausgewählte Akteur*innen mitzugestalten. Vereine und Offene Jugendtreffs beinhalten darüber hinaus Formen der Teilhabe, die nicht an Gremien gebunden sein müssen.

Gleichzeitig zeigen sich Grenzen in Reichweite und Nutzung: Formale Beteiligungsangebote erreichen häufig politisch interessierte und mobile Personen; bestimmte Personengruppen, insbesondere migrantisierte Menschen, Menschen mit Beeinträchtigung und Bewohner*innen peripherer Stadtteile werden nur begrenzt erreicht. Jugendliche berichten davon, in kommunalpolitischen Gremien nicht immer ernst genommen zu werden.

Welche Rolle spielt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Partnerschaft für Demokratie (PfD) in Siegen im Kontext der dargestellten Situation?

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die **PfD spielen in Siegen eine zentrale Rolle als Förder-, Vernetzungs- und Beteiligungsstruktur**. Im Rahmen des Aktionsfonds und des Jugendfonds

können lokale Projekte unterstützt, durch die jährlichen Demokratiekonferenzen aktuelle Themen diskutiert und über Formate, wie z.B. das Bündnis (ehemals: Begleitausschuss), Vernetzung angeregt werden. Die durch den Aktions- und Jugendfonds realisierten Projekte und die jährlich stattfindenden Demokratiekonferenzen eröffnen Bildungsangebote und kritische Auseinandersetzungen mit vergangenen und aktuellen antidemokratischen Entwicklungen und der eigenen Haltung, ermöglichen Begegnung und Zusammenarbeit sowie die Mitgestaltung von Stadtteilen und Quartieren.

Vor dem Hintergrund der Präsenz rechtsextremer und verschwörungsideologischer Akteur*innen und Gruppen in Siegen, Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Debattenkultur, Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und sozialer und räumlicher Ungleichheiten bietet die PfD einen Rahmen, um lokale Problemlagen aufzugreifen und demokratische Kräfte zu stärken. Ihr besonderes Potenzial liegt darin, auch kleinere Initiativen zu unterstützen und neue wie etablierte Organisationen und Gruppen miteinander zu vernetzen, aktuelle Themen und Konflikte in Bildungs- und Begegnungsformate zu überführen sowie demokratisches Engagement durch Öffentlichkeitsarbeit sichtbar zu machen und in die Stadtgesellschaft hineinzutragen.

Die Analyse deutet jedoch auch auf **Leerstellen** hin: Die projektförmige und teilweise kurzfristige Förderung, einige Zugangshürden zur Antragsstellung und programmbedingte Veränderungen bei den Förderrichtlinien erschweren aus Sicht der interviewten Personen nachhaltige und inklusive Strukturen der Demokratieförderung. Gewünscht wurde eine breitere Beteiligung von Personen über den Kreis der bekannten Engagierten hinaus und eine stärkere inhaltliche Zusammenarbeit.

Insgesamt zeigt die Situations- und Ressourcenanalyse, dass Siegen über vielfältige demokratiefördernde und zivilgesellschaftliche Ressourcen verfügt, deren nachhaltiger Bestand jedoch verlässliche Rahmenbedingungen voraussetzt. Aufgabe der genannten Akteur*innen wird es nun sein, auf Grundlage dieser Analyse im Rahmen der Entwicklung eines Handlungskonzepts zu beraten, wie bestehende Strukturen gesichert, weiterentwickelt und für bislang wenig erreichte Gruppen geöffnet werden können. Dabei gilt es insbesondere, langfristige Fördermöglichkeiten, sichere Räume, verbindliche Beteiligungsformen sowie regelmäßige Vernetzungs- und Austauschformate in den Blick zu nehmen.

8. Anhang

8.1 Glossar

Das Glossar dient als Orientierungshilfe für zentrale Fachbegriffe und Abkürzungen, die im vorliegenden Bericht verwendet werden. Die jeweiligen Begriffe werden knapp erläutert, um einem ähnlichen Verständnis der Inhalte näherzukommen. Dabei wird sich auf das für das Begriffsverständnis Wesentliche konzentriert. Detailliertere Auseinandersetzungen zu den jeweiligen Begriffen und Konzepten können dadurch jedoch nicht ersetzt werden.

Ableismus	Abwertung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen oder zugeschriebenen Behinderungen
AfD	Alternative für Deutschland; Partei, die von deutschen Verfassungsschutzbehörden als in mehreren Landesverbänden als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wird und auf Bundesebene als „rechtsextremer Verdachtsfall“ geführt wird (Stand: August 2026)
Aktionsfonds	Fördertopf für lokale Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zur Gestaltung der PfD in Siegen
Antidemokratisch	Gegen demokratische Grundwerte und die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet
Antifaschistisch	Politische Haltung, die sich aktiv gegen Faschismus, Rechtsextremismus, autoritäre Ideologien und antidemokratische Strukturen richtet
Antisemitismus	Abwertung und Diskriminierung von Menschen, die als jüdisch wahrgenommen und mit dem Judentum in Verbindung gebracht werden
Begleitausschuss	Früheres Gremium aus zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zur Steuerung der „PfD“ in Siegen
Bündnis für Demokratie	Zivilgesellschaftliches, überparteiliches Bündnis verschiedener Akteur*innen in Siegen, das gegründet wurde, um rechtsextremer Raumnahme in Siegen entgegenzuwirken
Bürger*innenrat	Beteiligungsformat, bei dem zufällig ausgeloste Bürger*innen gemeinsam Handlungsempfehlungen zu einem vorgegebenen Thema entwickeln; vom Rat der Stadt Siegen beschlossen und noch nicht umgesetzt (Stand: August 2026)
CSD	Christopher-Street-Day; Aktionstag für die Rechte und Sichtbarkeit queerer Menschen
Demokratiekonferenz	Jährliches Diskussions- und Austauschtreffen der PfD
democractic backsliding	Schrittweiser Abbau demokratischer Institutionen, Rechte und Normen sowie das Aushöhlen von deren Substanz

Demokratie	Politische Ordnung auf der Grundlage von Beteiligung, Gleichheit, Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit
Demokratie leben!	Bundesprogramm zur Förderung von Demokratie, Vielfalt und Extremismusprävention
Der Dritte Weg	Rechtsextreme und neonazistische Kleinpartei
Disruption	Störung bzw. Unterbrechung von Bestehendem
Extreme Rechte	Sammelbegriff für ein politisches Spektrum rechtsextremen Positionen
Extremismus	Verfassungsfeindliche Bestrebungen und Gruppierungen
Fach- und Koordinierungsstelle	Beratungs-, Unterstützungs- und Vernetzungsstelle der PfD
Federführendes Amt	Städtische Stelle zur Verwaltung der PfD
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	Abwertung und Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit oder zugeschriebenen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe
Intersektionalität	Gleichzeitigkeit und Verschränkung verschiedener Formen von Diskriminierung
Jugendbeirat	(auch: Jugendforum): Beteiligungsformat für Jugendliche im Rahmen der PfD, in dem Jugendliche eigene Projekte planen und über den Jugendfonds mitentscheiden
Jugendfonds	Fördermittel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ für selbst entwickelte Projekte von Jugendlichen
Jugendforum	(auch: Jugendbeirat): Beteiligungsformat für Jugendliche im Rahmen der PfD, in dem Jugendliche eigene Projekte planen und über den Jugendfonds mitentscheiden
Jugendparlament	Unabhängiges und überparteilich gewähltes Gremium, das die Interessen von Jugendlichen in Politik und Öffentlichkeit vertritt
Marginalisierung	Verdrängung von Personen und Gruppen an den Rand der Gesellschaft
Migrantisierung	Vorgang, bei dem Personen als fremd und nicht zugehörig markiert werden, etwa aufgrund des Aussehens, der Name oder der Sprache – unabhängig von einer tatsächlichen Migrationsgeschichte
Migration	Dauerhafte oder längerfristige Verlegung des Lebensmittelpunkts von Menschen an einen anderen Ort
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands; rechtsextreme Partei, heute unter dem Namen „Die Heimat“
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr

Partizipation	Beteiligung, Mitbestimmung und Teilhabe von Menschen an Entscheidungsprozessen, die ihr eigenes Leben betreffen
Partnerschaft für Demokratie (PfD)	Lokales Netzwerk zur Förderung von Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlichem Engagement in der Kommune; gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“
Queer	Sammelbegriff für sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten, die nicht heterosexuellen und binären Normen entsprechen
Querdenker	Bezeichnung für eine Protestbewegung, die sich insbesondere gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen richtete; oft mit Verschwörungsideologien und Staatsablehnung verbunden
Rassismus	Ideologie und gesellschaftliche Praxis, durch die Menschen aufgrund zugeschriebener ethnischer, kultureller und äußerer Merkmale abgewertet, benachteiligt und/oder ausgeschlossen werden
Rechtsextremismus	Politische Einstellungsmuster und Handeln, das die Gleichwertigkeit aller Menschen ablehnt und sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet
Shrinking Spaces	Einschränkungen von Handlungsspielräumen für Zivilgesellschaft und politisches Engagement
Skinhead-Szene	Heterogene Subkultur; ein Teil davon ist rechtsextrem und neonazistisch geprägt
Zivilgesellschaft	Gesellschaftlicher Bereich zwischen Staat, Wirtschaft und Privatleben, etwa Vereine, Verbände, Stiftungen und soziale Bewegungen

8.2 Literaturverzeichnis

Achour, Sabine; Gill, Thomas (2020): Extremismusprävention als politische Bildung? In: Polis - Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung 24 (4), S. 11–13.

bap; DVPB; GEMINI (2026): Zur Neuausrichtung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“: Reform muss plurale politische Bildung stärken. Fachorganisationen der politischen Bildung nehmen Stellung zum geplanten Umbau. Online verfügbar unter: www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2026/05/Stellungnahme_Demokratie-leben_bap_DVPB_GEMINI.pdf, zuletzt geprüft: 15.08.2026.

Barnewitz, Max (2022): Streitet Euch? Streiten?! Unbestritten? Unbestritten? In: Projektstelle gegen Rechtsextremismus am Evangelischen Tagungs- und Bildungszentrum Bad Alexandersbad e.V. (Hg.): Rechtes Denken, rechtes Reden - und wie darauf reagieren? Zur Verschränkung von Demokratiearbeit und systemischer Kommunikation. Bad Alexandersbad: Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokraite und Menschenwürde e.V. Online verfügbar unter: https://bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de/wp-content/uploads/2024/07/RechtesDenkenRechtesReden_digitaleVersion-1.pdf, zuletzt geprüft: 30.08.2026, S. 32–35.

Bermeo, Nancy (2016): On Democratic Backsliding. In: *Journal of Democracy* 27 (1), S. 5–19.

Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Suhrkamp.

Boeser, Christian; Wenzel, Florian (2022): Lange Nacht der Demokratie. Inspiration, Begegnung und Reflexion im öffentlichen Raum. klemm+oelschläger.

BMBFSFJ (2026): Über „Demokratie leben!“. Online verfügbar unter: www.demokratie-leben.de/dl/programm/ueber-demokratie-leben, zuletzt geprüft: 11.08.2026.

Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (2019): Kooperation zwischen Bundesministerien und dem Bundesamt für Verfassungsschutz zwecks Überprüfung zivilgesellschaftlicher Projekte (sog. HaberVerfahren). Online verfügbar unter: www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/DokumenteBfDI/AccessForAll/2019/2019_Schreiben-BfdI-an-BMI.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt geprüft: 16.08.2026.

Bundeskriminalamt (2026): Lagebericht zur Sicherheit von LSBTIQ*. Online verfügbar unter: www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/SicherheitLSBTIQ/SicherheitLSBTIQ_node.html, zuletzt geprüft: 17.08.2026.

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2026a): Online verfügbar unter: www.demokratie-leben.de/dl/programm/programmbereiche/partnerschaften-fuer-demokratie, zuletzt geprüft: 15.08.2026.

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2026b): Förderaufrufe für Projekte im Rahmen von "Demokratie leben!" ab 2027. Online verfügbar unter: www.demokratie-leben.de/dl/service/aktuelles/foerderaufrufe-fuer-projekte-im-rahmen-von-demokratie-leben-ab-2027-286922, zuletzt geprüft: 15.08.2026.

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2026c): Das Bundesprogramm

"Demokratie leben!" wird weiterentwickelt. Online verfügbar unter: www.demokratie-leben.de/dl/service/aktuelles/das-bundesprogramm-demokratie-leben-wird-weiterentwickelt-286854, zuletzt geprüft: 16.08.2026.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025): Vierter Engagementbericht der Bundesregierung. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Zentrale Ergebnisse. Online verfügbar unter: www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/264738/ff6cd5914000bdb0b7d5c924012cee18/vierter-engagementbericht-barrierefrei-deutsch-data.pdf, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

Bundesverband Trans* (2026): Aktionsplan „Queer Leben“ bedroht – Bundesregierung bleibt Antworten schuldig. Online verfügbar unter: www.bundesverband-trans.de/aktionsplan-queer-leben-bedroht-bundesregierung-bleibt-antworten-schuldig/, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

Bürgin, Julika (2021): Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung. Beltz Juventa.

Caritas Siegen-Wittgenstein e. V. (2025): „Demokratie leben!“. Online verfügbar unter: www,caritas-siegen.de/demokratie-leben, zuletzt geprüft: 11.08.2026.

Coelen, Thomas (2010): Partizipation und Demokratiebildung in pädagogischen Institutionen. In: Zeitschrift für Pädagogik 56 (2010) 1, S. 37-52.

Coelen, Thomas; Wohnig, Alexander (2025): Spannungsverhältnis von Schule und Demokratiebildung. In: Sabine Achour, Matthias Sieberkrob, Detlef Pech, Johanna Zelck, Philip Eberhard: Handbuch Demokratiebildung und Fachdidaktik. Bd. 1: Grundlagen und Querschnittsthemen. Frankfurt am Main, S. 65-75.

Correctiv (2024): Geheimplan gegen Deutschland. Online verfügbar unter: https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/, zuletzt geprüft: 28.07.2026.

Decker, Markus (2026): Fokus auf Linksextremismus: Bundeszentrale für politische Bildung plant Kurswechsel. Herausgegeben vom RedaktionsNetzwerk Deutschland. Online verfügbar unter: www.rnd.de/politik/politische-bildung-bpb-will-sich-staerker-um-linksextremismus-kuemmern-LJUQBESIFJG7TA7S3VWVJZ42IU.html, zuletzt geprüft: 16.08.2026.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Brähler, Elmar (Hg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Psychosozial-Verlag.

Deinet, Ulrich (2022): Freiraum. In: Fabian Kessl, Christian Reutlinger (Hg.): Sozialraum. Eine elementare Einführung. Springer VS, S. 549-560.

Die Bundeswahlleiterin (2025): Bundestagswahl 2025: Endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter: www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html, zuletzt geprüft: 29.07.2026.

Die Landeswahlleiterin NRW (2025): Kommunalwahlen 2025. Online verfügbar unter: www.wahlergebnisse.nrw/kommunalwahlen/2025/aktuell/a000000kw2500.shtml, zuletzt geprüft:

29.07.2026.

Die Linke (2011): Anschlag auf das Kreis- und Fraktionsbüro. Online verfügbar unter: Anschlag auf das Kreis- und Fraktionsbüro: Die Linke Kreisverband Siegen-Wittgenstein, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

DJI (2025): U18-Bundestagswahl: Endgültiges Wahlergebnis. Online verfügbar unter: https://www.dbjr.de/fileadmin/Grafiken/Wahlergebnis_U18_Bundestagswahl_2025.pdf, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

DGB NRW (2025): Jahrestag zur Ermordung von Bruno Kappi jährt sich zum 33. Mal. Online verfügbar unter: https://nrw.dgb.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/jahrestag-der-ermordung-von-bruno-kappi-jaehrt-sich-zum-33-mal/, zuletzt geprüft: 23.07.2026.

Elias, Norbert (2002): Etablierte und Außenseiter. Suhrkamp.

FragDenStaat (2026): bpb BMI Radikale Töchter. Online verfügbar unter: https://fragdenstaat.de/dokumente/sammlung/230-bpb-bmi-radikale-tochter/, zuletzt geprüft: 16.08.2026.

Flügel-Martinsen, Oliver (2019): Befragung, negative Kritik, Kontingenz. Konturen einer Theorie des Politischen. In: Ulf Bohmann und Paul Sörensen (Hg.): Kritische Theorie der Politik. Suhrkamp, S. 450-469.

Frankenberg, Günter; Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2025): Autoritäre Treiber eines Systemwechsels. Zur Destabilisierung von Institutionen durch die AfD. Campus.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2026): Kürzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ - GEW fordert verlässliche Demokratieförderung ohne Leerstellen. Online verfügbar unter: www.gew.de/aktuelles/detailseite/gew-fordert-verlaessliche-demokratiefoerderung-ohne-leerstellen, zuletzt geprüft: 16.08.2026.

Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V (2026): Rechtsgutachten zur Frage der Verfassungswidrigkeit der Partei Alternative für Deutschland nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes. Online verfügbar unter: https://freiheitsrechte.org/uploads/publications/Demokratie/GFF_AfD-Gutachten.pdf, zuletzt geprüft: 27.08.2026.

Graf Strachwitz, Rupert (2021): A Contested Civic Space. Zum Verständnis des bürgerschaftlichen Raums. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34 (4), S. 549–575.

Hafeneger, Benno; Jestädt, Hannah; Schwerthelm, Moritz; Schuhmacher, Nils; Zimmermann, Gillian (2020): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Wochenschau Verlag.

Hafeneger, Benno; Jestädt, Hannah (2022): Jugend- und Bildungsverständnis hinter den Neutralitätsforderungen der AfD. In: Alexander Wohnig und Peter Zorn (Hg.): Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung - politische Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 119–136.

Heitmeyer, Wilhelm (2025): Autoritärer Nationalradikalismus als Systembedrohung. In: Günter Frankenberg und Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Autoritäre Treiber eines Systemwechsels. Zur Destabilisierung von Institutionen durch die AfD. Campus, S. 25–51.

Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela; Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen

der Bedrohung II. Suhrkamp.

Helmert, Cornelius; Sondermann, Rosa; Wagenschwanz, Lisa; Böhme, Tom (2025a): Situations- und Ressourcenanalyse für den lokalen Aktionsplan - Die PfD - im Saale-Holzland-Kreis. Online verfügbar unter: www.idz-jena.de/im-dialog/situations-und-ressourcenanalysen, zuletzt geprüft: 23.07.2027.

Helmert, Cornelius; Wagenschwanz, Lisa; Sondermann, Rosa (2025b): Situations- und Ressourcenanalyse für die PfD im Kyffhäuserkreis. Online verfügbar unter: www.idz-jena.de/im-dialog/situations-und-ressourcenanalysen, zuletzt geprüft: 23.07.2026.

Hill Collins, Patricia (2023): Intersektionalität als kritische Sozialtheorie. Unrast Verlag.

Hitzler, Ronald (2011): Eventisierung. Drei Fallstudien zum marketingstrategischen Massenspaß. Springer VS.

Hübner, Jennifer; Jestädt, Hannah; Sämann, Jana; Theuerkauf, Erik (2025): Zwischen Parlament und Praxisfeld. Arenen und Dynamiken jugendpolitischer Interventionen der AfD in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Sozial Extra, 49 (4), S. 432-437.

Instagram (o.J.): freiraumsiegen. Online verfügbar unter: https://www.instagram.com/freiraumsiegen/?hl=de, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

Jehle, May (2025): Politische Bildung. In: Anna Pollmann und Christopher Möllmann (Hg.): Schlüsselbegriffe gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ein kritisches Vokabular. Band 2. Wallstein Verlag, S. 616–628.

Jugendnetzwerk Lambda e.V. (2026): Rahmenvereinbarung des Jugendnetzwerk Lambda e.V. vollständig gestrichen – bundesweite LSBTIQ* Jugendverbandsarbeit vor dem Aus. Offener Brief an Karin Prien, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ). Online verfügbar unter: https://lambda-online.de/wp-content/uploads/2026/08/Offener-Brief-vom-Jugendnetzwerk-Lambda-an-Karin-Prien.pdf, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

KGB (o.J.): frei:Raum. Online verfügbar unter: https://www.kgb-siegen.de/freiraum/, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

Kommunal-atlas.de (o.J.): Universitätsstadt Siegen. Online verfügbar unter: https://kommunal-atlas.de/atlas/siegen/ansicht/6836c3a9d5bf51951dc541f3, zuletzt geprüft: 05.08.2026.

Kuckartz, Udo; Rädiker, Stefan (2024): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz. Beltz Juventa.

LSDV* (2026): Bundesregierung begreift Aktionsplan "Queer leben" als abgeschlossen. Online verfügbar unter: www.lsvd.de/de/ct/16161-Bundesregierung-begreift-Aktionsplan-Queer-leben-als-abgeschlossen, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp.

Mecheril, Paul (2008): „Kompetenzlosigkeitskompetenz“. Pädagogisches Handeln unter Einwanderungsbedingungen. In: Georg Auernheimer (Hg.): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität. Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15–34.

Merton, Robert King; Kendall, Patricia (1984): Das fokussierte Interviews. In: Christa-Maria Hopf (Hg.): Qualitative Sozialforschung. Klett-Cotta, S. 171–204.

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW (2025): Queer durch NRW. Studie zu Lebenslagen und Erfahrungen von LSBTIQ*. Online verfügbar unter: www.mkjfgfi.nrw/system/files/media/document/file/queer-durch-nrw-gesamtfassung_bf.pdf, zuletzt geprüft: 17.08.2026.

Misoch, Sabina (2019): Qualitative Interviews: De Gruyter.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (2020): Der III. Weg im Sieger- und Sauerland. Berichte und Analysen zur extremen rechten im Regierungsbezirk Arnsberg. Online verfügbar unter: www.mobile-beratung-gegen-rechts.de/fileadmin/inhalte/pdfs/auf_dem_Schirm_1_-_III._Weg_Siegerland_2._Auflage.pdf, zuletzt geprüft: 23.07.2026.

Munsch, Chantal (2026): Vierter Engagementbericht. Verwehrte Zugangschancen, Schwellen und Privilegien in einer ungleichen Gesellschaft. In: Lilian Schwalb, Sebastian Kießig und Johanna Neuling (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Inklusion. Jahrbuch Engagementpolitik 2026. Wochenschau Verlag, S. 19–26.

o.A. (2025): Klima des Misstrauens: Demokratie leben!-Projekte werden durchleuchtet. In: Polis - Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung 29 (4), S. 4.

Ohlendorf, Vera (2026): Kommunale Demokratieprojekte vor dem Kollaps? Online verfügbar unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/kommunale-demokratieprojekte-vor-dem-kollaps-159807/, zuletzt geprüft: 30.08.2026.

Pichl, Maximilian (2026): Extreme Klauseln. Warum die neuen Extremismusklauseln Demokratieprojekte gefährden und der AfD in die Hände spielen. Verfassungsblog. Online verfügbar unter: https://verfassungsblog.de/extreme-klauseln/, zuletzt geprüft: 30.08.2026.

Quent, Matthias; Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Springer VS.

Radio Siegen (2025): Knapper Vorsprung. Online verfügbar unter: https://www.radiosiegen.de/artikel/knapper-vorsprung-2244377, zuletzt geprüft: 18.08.2026.

Sämann, Jana (2025): „Immer wieder, dass doch da dieser Anspruch sei mit der Neutralität." Neutralitätsanrufungen als Delegitimationsstrategie und ihre Folgen in der Jugendarbeit. In: Soziale Arbeit 74 (8-9), S. 303-310.

Sämann, Jana; Wohnig, Alexander (2026): Außerschulische politische Jugendbildung. Aktuelle Herausforderungen, Steuerungs- und Einflussnahmeversuche. In: Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung (Hg.): Jugendarbeit und Jugendpolitik als europäisches Projekt? Entwicklungen – Positionierungen – Reflexionen. Wochenschau, S. 117–128.

Schönian, Valerie (2025): Bleibt uns fern mit eurem Geld. DIE ZEIT. Online verfügbar unter: www.zeit.de/2025/18/salzwedel-demokratieprojekte-stadtrat-foerderung-sachsen/komplettansicht, zuletzt geprüft: 30.08.2026.

Siegener Zeitung (2023): Regenbogen in Flammen. Queerfeindlicher Angriff auf andersROOM in

Siegen. Online verfügbar unter: www.siegener-zeitung.de/lokales/siegerland/siegen/regenbogen-in-flammen-queerfeindlicher-angriff-auf-andersroom-in-siegen-UHQPEE4GYNE5FENJWFIV3XJHQA.html, zuletzt geprüft: 28.07.2026.

Stadt Siegen (2026): Wahlen, Volks- und Bürgerbegehren. Online verfügbar unter: www.siegen.de/rathaus-politik/wahlen-volks-und-buergerbegehren, zuletzt geprüft: 29.07.2026.

Sturzenhecker, Benedikt, Richter, Elisabeth (2010): Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit – partizipative Potenziale nutzen. In: Dirk Lange, Gerhard Himmelmann (Hg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 103-115.

Strube, Jens (2026): Dobrindt plant Finanzierungs-Stopp für unabhängige Asylberatung – scharfe Kritik von Verbänden. Hg. v. RedaktionsNetzwerk Deutschland. Online verfügbar unter: www.rnd.de/politik/asyl-streit-ministerium-will-beratungs-foerderung-streichen-verbaende-fassungslos-DNH32QTXHRGNLED72JQCWATKYE.html, zuletzt geprüft: 17.08.2026.

Universitätsstadt Siegen (2021): Öffentliche Niederschrift über die 10. Sitzung des Rates. Online verfügbar unter: https://ratsinfo.siegen.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZQJtruYzXWcmFEkGIN9vwX09JdKT9pnD3ppWtN8SKfD5/Oeffentliche_Niederschrift_Rat_22.12.2021.pdf, zuletzt geprüft: 17.08.2026.

Universitätsstadt Siegen (2025): Wahlergebnisse. Online verfügbar unter: https://wahlen.kdvz.nrw/production/kw2025/05970040/praesentation/index.html, zuletzt geprüft: 05.08.2026.

van Dyk, Silke; Haubner, Tine (2021): Community-Kapitalismus. Hamburger Edition.

Walgenbach, Katharina (2017): Heterogenität – Intersektionalität – Diversity in der Erziehungswissenschaft. utb Verlag.

Wegweiser Kommune 2026a: Sozialbericht Siegen. Online verfügbar unter: www.wegweiser-kommune.de/berichte/sozialbericht+siegen, zuletzt geprüft: 05.08.2026.

Wegweiser Kommune 2026b: Sozialbericht Deutschland. Online verfügbar unter: https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/sozialbericht+deutschland, zuletzt geprüft: 05.08.2026.

Westfälische Rundschau (2008): Wasserwerfer vor der Siegerlandhalle, 14.11.2008. Online verfügbar unter: www.wr.de/archiv-daten/article1289635/wasserwerfer-vor-der-siegerlandhalle.html, zuletzt geprüft: 11.11.2025.

Westfalenpost (2025): Integrationsrat Siegen: AfD kann nicht alle gewonnenen Sitze besetzen. Online verfügbar unter: www.wp.de/lokales/siegen-und-umland/article410108078/integrationsrat-siegen-afd-kann-nicht-alle-gewonnenen-sitze-besetzen.html, zuletzt geprüft: 05.08.2026.

Westfalenpost (2024): Siegen: Schon wieder Angriff auf queeres Zentrum – „geschockt“. Online verfügbar unter: www.wp.de/lokales/siegen-und-umland/article407424331/siegen-schon-wieder-angriff-auf-queeres-zentrum-geschockt.html, zuletzt geprüft: 28.07.2026.

Wohnig, Alexander (2026): Mythos 24: „Schule trägt zur Demokratiebildung bei“ In: Ludger Brüning; Jörg Siewert (Hg.): 33 Mythen über Schule und Unterricht. Und was sich daraus für die Praxis ableiten

lässt. Beltz, S. 201-208.

Wohnig, Alexander; Zorn, Peter (Hg.) (2022): Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung - politische Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung.

Wolff, Stephan (2022): Dokumenten- und Aktenanalyse. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Rowohlt, S. 502–514.